

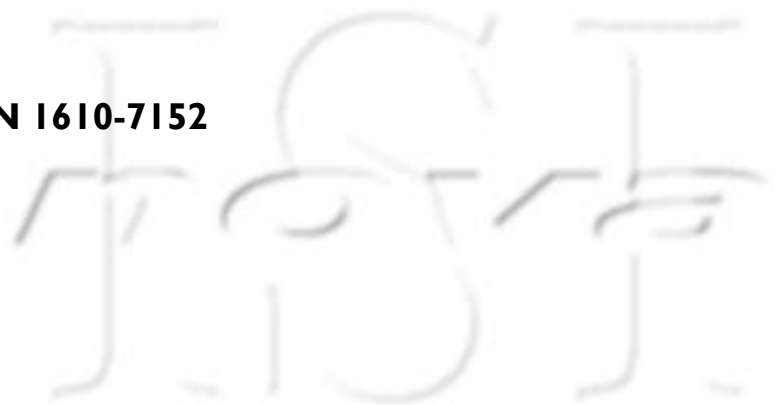
**René John**

unter Mitarbeit von Jana Rückert-John, Julian Huber,  
Jens Jetzkowitz und Antje Fischer

# **Das Scheitern einer globalen Konferenz als Chance partikularer Lösungen**

**Die Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige  
Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 im Spiegel der Printmedien  
und der Pressemitteilungen von Parteien und Verbänden in  
Deutschland**

**ISSN 1610-7152**



Das Arbeitspapier entstand im Zusammenhang mit dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FKZ 3711 17 101) „Repräsentativbefragung zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftlicher Analysen“, gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt vom Juli 2011 bis Januar 2014.

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

## Impressum

### Beiträge zur Sozialinnovation

ISSN 1610-7152

Herausgegeben vom

Institut für Sozialinnovation e.V.  
Postfach 12 01 22 • 10591 Berlin  
Tel./Fax: +49 700-ISINOVA-1  
(+49 700-4746682-1)  
Email: [info@isinova.org](mailto:info@isinova.org)  
[www.isinova.org](http://www.isinova.org)

Redaktion: Institut für Sozialinnovation

Verlag: Eigenverlag

Jahr: 2015

© Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwertung, der Nachdruck, die Vervielfältigung durch Kopie, sind nur mit Zustimmung des Herausgebers gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zitation: [Autor][Jahr]:[Titel]. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. [...]. Berlin: Institut für Sozialinnovation. [Downloadpfad, Datum]

# Inhaltsverzeichnis

1 Normalität des Umweltgedankens.....	5
2 Struktur des Materialkorpus zur Rio+20-Konferenz.....	8
3 Rio+20 als printmediales Ereignis.....	12
a) Die ersten beiden Berichtsphasen: Ausblick zwischen Enttäuschung und Hoffnung.....	12
Bilanz der letzten 20 Jahre.....	12
Aufgaben und Erwartungen an die Rio+20-Konferenz.....	16
Ausblick der Teilnehmer.....	16
Einstimmung auf die Themen der Konferenz.....	18
Green Economy-Konzept im Fokus.....	21
Brasilien – Illustration der ökologischen Krise.....	25
Konstellation der Akteure.....	28
Synopsis zur Vorphase der Konferenz.....	31
b) Die dritte Berichtsphase: Schwierige Verhandlungen mit enttäuschendem Ausgang.....	32
Synopsis zur Konferenzphase.....	40
c) Die vierte Berichtsphase: Das Ende globaler Lösungen? Kommentare im Nachgang.....	41
Enttäuschender Kompromiss statt notwendiger Vereinbarungen.....	41
Die Alternative: Partikulare Vereinbarungen statt globaler Lösungen?.....	46
Synopsis zur Reflexionsphase.....	53
4 Rio+20 als Gegenstand von Pressemitteilungen deutscher Parteien und Umweltverbänden.....	56
a) Die Positionen der Regierungsparteien CDU und FDP.....	57
CDU.....	57
FDP.....	59
b) Die Positionen der Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.....	61
SPD.....	61
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	63
DIE LINKE .....	63
c) Unabhängige Beratungsgremien der Bundesregierung.....	65
Rat für Nachhaltige Entwicklung .....	65
Position des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen .....	66
d) Positionen nationaler und internationale Verbände im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes.....	67
Misereor.....	67
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.....	68
Greenpeace.....	69
Naturschutzbund Deutschland e. V.....	70
Naturfreunde.....	71
World Wide Fund for Nature (WWF).....	72
Zusammenfassung.....	73
5 Das Ende einer globalen Umweltkonferenz als Beginn einer umweltpolitischen Pragmatik.....	74
6 Literatur.....	80



# 1 Normalität des Umweltgedankens

Eine der wichtigsten internationalen umweltpolitischen Ereignisse im Jahr 2012 war die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (United Nation Conference on Sustainable Development). Unter Anspielung auf die erste Konferenz dieser Art im Jahr 1992, ebenfalls in Rio de Janeiro, wurde diese Konferenz „Rio+20“ genannt. Dieser Titel wurde auch als Teil des Konferenz-Logos verwendet. Die Konferenz fand vom 20. bis 22. Juni 2012 statt. Es nahmen daran Regierungsvertreterinnen und -vertreter von 190 UNO-Mitgliedsstaaten teil.

Während der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Konferenzen fanden weitere globale Nachfolgetreffen zu Umweltproblemen statt, die unmittelbar auf die Vereinbarungen von 1992 zurückzuführen waren. Vor allem die zahlreichen und regelmäßig stattfindenden Klimagipfel haben einige Popularität erlangt. Neben anderen thematischen Konferenzen, die sich mit Problemen der Entwicklung und Gerechtigkeit befassten, fand 2002 in Johannesburg ein Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung statt. Insgesamt wurden seit 1992 mehr als zwanzig Weltkonferenzen veranstaltet, davon allein vierzehn Klimakonferenzen.

Die Konferenzen zu Entwicklung, Klimawandel und Nachhaltigkeit müssen einerseits aufgrund der damit angesprochenen globalen Problemlagen internationalen Charakter tragen. Andererseits ist deren Häufung und Regelmäßigkeit ein Mittel, für Verbindlichkeit der Vereinbarungen zu sorgen. Jedoch nehmen diese internationalen Konferenzen auf diese Weise den Charakter von Routinen an. Internationale Konferenzen sind in diesem Sinne politische Gipfeltreffen, die in ihrer formalen Bedeutung nicht gesteigert werden können. Da sie aber gleichzeitig zur Routine geworden sind, verlieren sie tendenziell an Neuheitsgrad und können die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr binden. Gruppendiskussionen im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltsverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftliche Analysen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamts zeigen deutlich, dass die globalen Konferenzen zur nachhaltigen Entwicklung weder von den Konferenzen zum Klimaschutz unterschieden werden, noch dass deren Inhalt besonders erinnert oder ihnen Bedeutung beigegeben wird.<sup>1</sup>

Das Umweltthema selbst scheint als Normalität kaum interessant genug, um Aufmerksamkeit zu erzeugen – es sei denn, Umwelt wird im Modus von Katastrophe und Sorge thematisiert. Spätestens seit den 1980er Jahren kam das Thema in Westdeutschland mit den bundesweiten Wahlerfolgen der Grünen in der politischen Mitte an. Umweltpolitische Maßnahmen und Gesetze trugen zur Normalisierung des

---

<sup>1</sup> Dafür finden sich Hinweise in John (2012: 37, 58). Allein bei großem Interessen und Engagement für das Thema wird genauer unterschieden (ebd.: 92 f.).

Umweltthemas bei. Ein weiterer Etablierungsschub ging vor allem von der ab 1995 verstärkten Umsetzung der auf der Rio-Konferenz 1992 beschlossenen Agenda 21 aus. Das Thema des Klimawandels erlangte seit der Jahrtausendwende auch massenmedial verstärkte Aufmerksamkeit und ist heute ein wesentliches Element des Umweltdiskurses. Die ab 2002 vom damaligen Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft betriebenen Kampagnen zur Agrarwende und die massive Propagierung von Biolebensmitteln trugen ebenfalls zur Verankerung des Umweltthemas in der Bevölkerung bei. Umweltschutz und umweltgerechtes Verhalten wie Sparsamkeit im Ressourcenverbrauch sind mittlerweile gesellschaftliche Normalwerte, nach denen sich zwar nicht alle verhalten, deren Gültigkeit gleichwohl die breite Mehrheit anerkennt.

Die Inszenierung der Rio+20-Konferenz als Jubiläum kann insofern als Reaktion auf das tendenzielle Aufmerksamkeitsdefizit für die politische Thematisierung von Umweltproblemen und nachhaltiger Entwicklung gedeutet werden. Vor diesem Hintergrund war es auch für die Massenmedien eine Herausforderung, die Konferenz als Ereignis darzustellen. Erfuhr die Konferenz in Rio de Janeiro 1992 noch eine große Aufmerksamkeit und konnte große Wirkung auslösen, so hatte sich 20 Jahre später die Situation verändert. Zur Normalisierung des Umweltthemas und der Routinisierung der Globaltreffen zu Umwelt- und Entwicklungsthemen trat noch die mangelhafte Wirksamkeit dieser Treffen hinzu. Schon die schwierigen Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll 2002 und die letzte im Streit beendete Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen verdeutlichen die Grenzen internationaler Politik, Ergebnisse verbindlich festzulegen. Diese Ergebnislosigkeit, aber auch die umweltpolitischen Differenzen trugen zu einer tendenziellen Erwartungslosigkeit gegenüber den globalen Konferenzen – wie der nach zwei Jahrzehnten in Rio de Janeiro erneut zusammentretenden Versammlung – bei.

Diesen Eindruck vermitteln auch die Ergebnisse zu den auf die Rio+20-Konferenz zielenden Fragen der Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012, die im Juli und August nach der Konferenz durchgeführt wurde.<sup>2</sup> Von der Folgekonferenz zum Weltgipfel von 1992 in Rio de Janeiro wussten 35 Prozent aller deutschen Bürgerinnen und Bürger und hier vor allem Personen mit mittleren und gehobenen Ausstattungsniveaus.<sup>3</sup> Das heißt aber auch, dass über die Hälfte, nämlich 65 Prozent davon nichts erfahren hatten. Besonders selten hatten Jüngere bis 29 Jahre vom Weltgipfel in Rio gehört. Von diesen Personen dieser Altersgruppen wussten 73 Prozent nicht über die Konferenz Bescheid.

---

<sup>2</sup> Wesentliche Ergebnisse finden sich in der dazugehörigen Broschüre (BMU/UBA 2013).

<sup>3</sup> Diese beziehen sich auf die „Typen alltäglicher Lebensführung“ nach Otte (2004). Erläuterungen im Kontext der Repräsentativumfrage finden sich in BMU/UBA (2013: 14 f.).

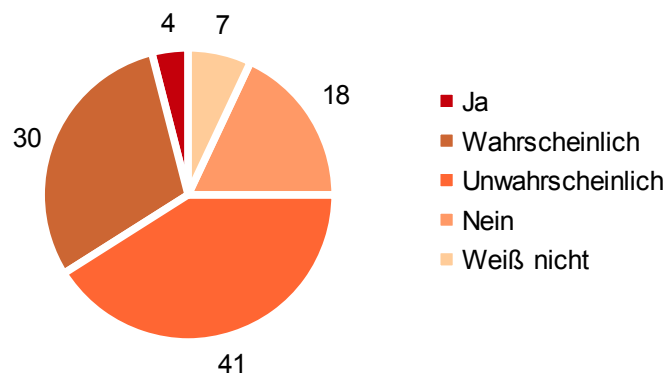
Tabelle 1: Bekanntheit des Weltgipfels Rio+20

Angaben in Prozent	Altersgruppen				Gesamt
	bis 29 Jahre	30 bis 49 Jahre	50 bis 65 Jahre	älter als 65 Jahre	
Nein	13	21	20	11	65
Ja	5	11	12	7	35
Gesamt	18	32	32	18	100

Frage: Ist Ihnen bekannt, dass im Juni dieses Jahres die Folgekonferenz zum Weltgipfel von 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat? N=2.000

Diejenigen, die vom Weltgipfel wussten, sollten die konkreten Folgen des Weltgipfels Rio+20 einschätzen. Ein Drittel dieser Gruppe von Befragten hielt den Weltgipfel für folgenreich und antwortet mit den Kategorien „Ja“ und „Wahrscheinlich“. Die überwiegende Mehrheit aber verhielt sich demgegenüber skeptisch.

Abbildung 1: Folgen des Weltgipfels Rio+20 für die Nachhaltigkeitspolitik (Angaben in Prozent)



Frage: Denken Sie, dass der Weltgipfel Rio+20 konkrete Folgen für die Nachhaltigkeitspolitik haben wird? (Nur für diejenigen, die die vorbergende Frage mit „Ja“ beantworteten: Ist Ihnen bekannt, dass im Juni dieses Jahres die Folgekonferenz zum Weltgipfel von 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat?) N=695

Da die Menschen nach Luhmann (1992) das meiste aus den Massenmedien wissen, stellt sich die Frage, was sie in Deutschland aus den Massenmedien über die Rio+20-Konferenz erfahren konnten. Für die zweifelsohne ihren Themen nach wichtige Konferenz ist zu fragen, wie diese als Ereignis trotz der Normalisierung von und Ermüdung gegenüber umweltpolitischen Themen und Veranstaltungen dargestellt wurde. Welche räumlichen Bezüge auf globaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene wurden adressiert? Inwiefern konnte die Berichterstattung und Kommentierung zur global bedeutenden Konferenz von Rio de Janeiro 2012 zur Aktivierung des Engagements der Leserschaft für umweltpolitische Probleme beitragen? Welche Akteursgruppen wurden bei den Berichten zur Rio+20-Konferenz dargestellt und adressiert? Wie wurde die Rolle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft ge-

genüber der Politik, aber auch den Unternehmen, den Umweltverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen debattiert?

Um diese Fragen zu beantworten, wurde eine umfangreiche Analyse der Beiträge in deutschen Tageszeitungen, ergänzt durch einige Wochenzeitungen und Zeitschriften durchgeführt, die zur Konferenz von Rio berichteten. Diese Analyseergebnisse werden im Anschluss den Pressemitteilungen deutscher Parteien und Umweltverbände gegenübergestellt, die auf diese Berichte teils reagierten, teils weitere Berichte anregten. Hier lässt sich ermessen, inwiefern die Ereignisse auf der Rio+20-Konferenz die umweltpolitischen Agenden bestätigten oder zur Umsteuerung beitrugen.

Im Folgenden wird ein Überblick über den Materialkorpus der ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gegeben, an dem sich eine Beschreibung der Berichte im zeitlichen Verlauf anschließt, deren Analyse die Frage zum Aktivierungspotenzial der Massenmedien aus Anlass der Konferenz von Rio beantwortet. Die Analyse der Parteimitteilungen lässt Schlüsse darauf zu, inwiefern die Agenden der Parteien hier Anlass für eine Fortführung oder Neuausrichtung finden. Letztlich geht es darum zu klären, ob die Berichte in einer Weise Irritationspotenzial besaßen, dass von dem so vermittelten Ereignis Innovationsschübe für die Alltagsroutinen der Leserinnen und Leser, also der Bürgerinnen und Bürger, wie für die politischen Routinen der Parteien zu erwarten sind.

## **2 Struktur des Materialkorpus zur Rio+20-Konferenz<sup>4</sup>**

Das Material zur Medienanalyse wurde im Zeitraum vom 24. Mai bis zum 4. Juli 2012 gesammelt. Dazu wurden ausgewählte deutsche Printmedien beobachtet und alle Beiträge gesammelt, die einen Bezug zur Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung aufwiesen. Dieser Bezug brauchte nur generell gegeben sein, sodass gerade zum Beginn des Beobachtungszeitraums einige Beiträge sich auf die Rio+20-Konferenz als Kontext beziehen. Dadurch ist in der Vorphase einerseits der Umfang der Sensibilisierung der Leserschaft für das kommende Ereignis erkennbar, andererseits durch weiterführende Bezüge die Art der sachlichen Anschlüsse ablesbar, die Hinweise auf das thematische Spektrum der Rio+20-Konferenz geben.

Im Sample wurden folgende Zeitungen berücksichtigt: die „Berliner Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ (FR), die sich beide einen Redakteurspool teilen und entsprechend gleichlautende Beiträge aufwiesen, die „Märkische Oderzeitung“ (MOZ) und die „Oberhessische Presse“ (OHP) als regionale Tageszeitungen, die „Bild“ als überregionale Boulevardzeitung, sowie fünf überregionale Tageszeitungen, wobei „Die Welt“ als konservativ-wirtschaftsliberal, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) als bürgerlich-konservativ, die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) als links-liberal und die „Tageszeitung“ (TAZ) als links-alternativ angesehen werden. Außerdem wurde Wochenzeitungen „Die Zeit“ und das

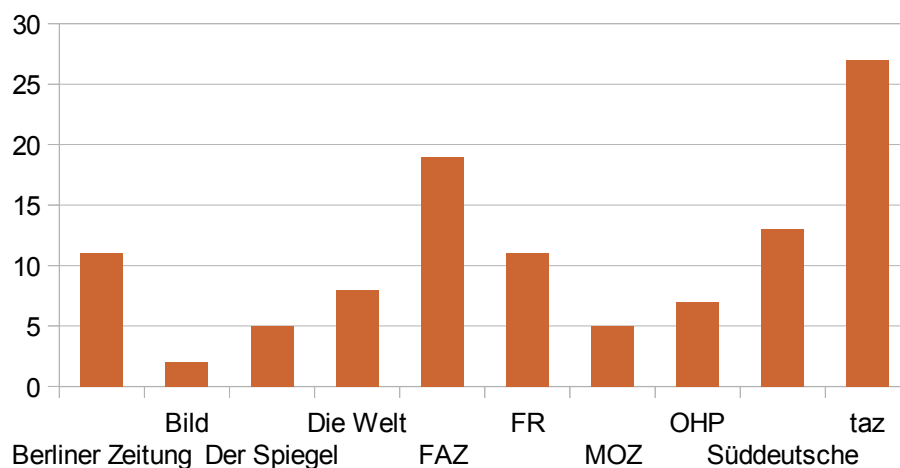
<sup>4</sup> Dieser Teil beruht in wesentlichen Zügen auf eine Analyse von Jens Jetzkowitz und Antje Fischer.



Magazin „Der Spiegel“ in das Sample einbezogen. Die regionalen Tageszeitungen wurden entsprechend der Gruppendiskussionen ausgewählt, die die Repräsentativbefragung zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012, wie oben erwähnt, begleiteten.

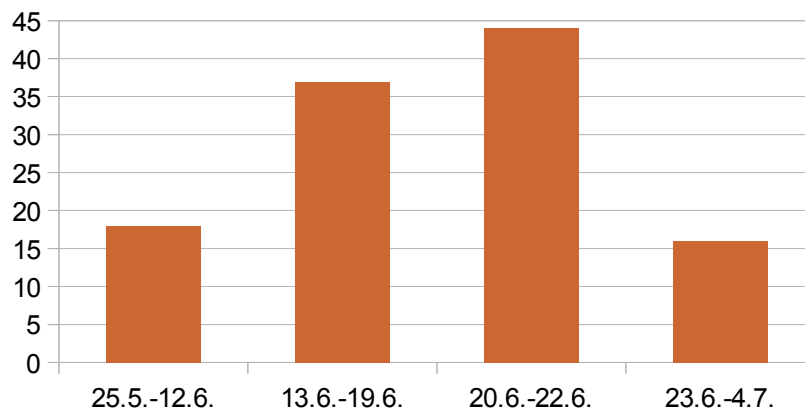
Insgesamt wurden 115 Beiträge gesammelt. Am häufigsten bezog sich die TAZ mit 27 Beiträgen auf die Rio+20-Konferenz, gefolgt von der FAZ mit 19 Beiträgen. Insofern kann man von einem, das politische Spektrum übergreifenden Interesse an der Rio+20-Konferenz und dem Thema nachhaltige Entwicklung sprechen. Unterschiede werden eher hinsichtlich des Qualitätsanspruchs und des antizipierten Publikums der untersuchten Zeitungen deutlich. Die „Berliner Zeitung“ und FR sowie die SZ kommen noch auf mehr als zehn Beiträge, die Regionalblätter MOZ und OHP widmen sich mit etwa gleicher Intensität der Rio+20-Konferenz. Dagegen fällt die „Bild“ mit nur zwei Beiträgen klar ab. Beachtlich ist die Beitragsintensität der „Zeit“ und des „Spiegels“, die sich der Konferenz in insgesamt nur vier Ausgaben mit sieben beziehungsweise fünf Beiträgen widmeten (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Die im Sample berücksichtigten Zeitungen und die Anzahl der in ihnen erschienenen Beiträge



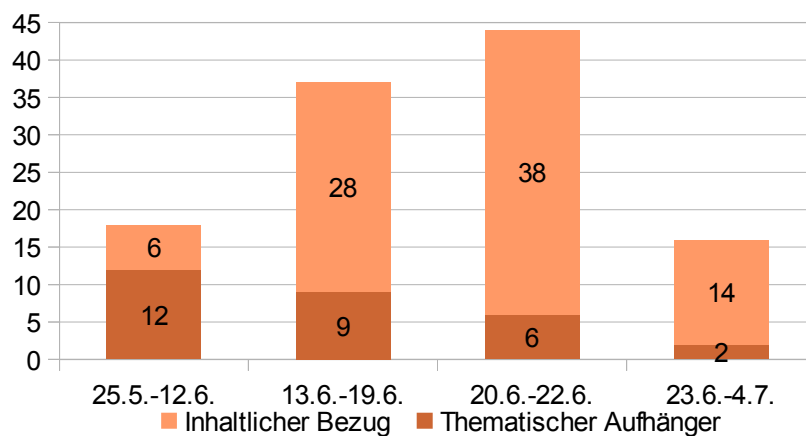
Im zeitlichen Verlauf lassen sich zunächst vier Phasen unterscheiden. Bereits am 25. Mai 2012, beinahe vier Wochen vor dem Beginn der Konferenz, begann deren printmediale Thematisierung. Bis zum 12. Juni 2012 erschienen in den beobachteten Zeitungen 18 Beiträge, in denen die Konferenz wenigstens erwähnt wurde. Eine Woche vor dem Konferenzbeginn erschienen 37 Beiträge. Die ausgedehnte und intensivierete Vorberichterstattung deuten auf eine große öffentliche Aufmerksamkeit, die der Konferenz geschenkt wurde. Über die drei Tage des Konferenzgeschehens berichteten 44 Beiträge. Danach geht die Aufmerksamkeit zurück. In der Woche nach der Konferenz wird Nachlese gehalten, die Auswertung hat jedoch bereits während der Konferenz eingesetzt. Nur 16 Beiträge sind noch in den zwei Wochen nach Konferenzabschluss in den ausgewählten Zeitungen erschienen (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Die vier Phasen der Berichterstattung und die Anzahl der erschienenen Beiträge



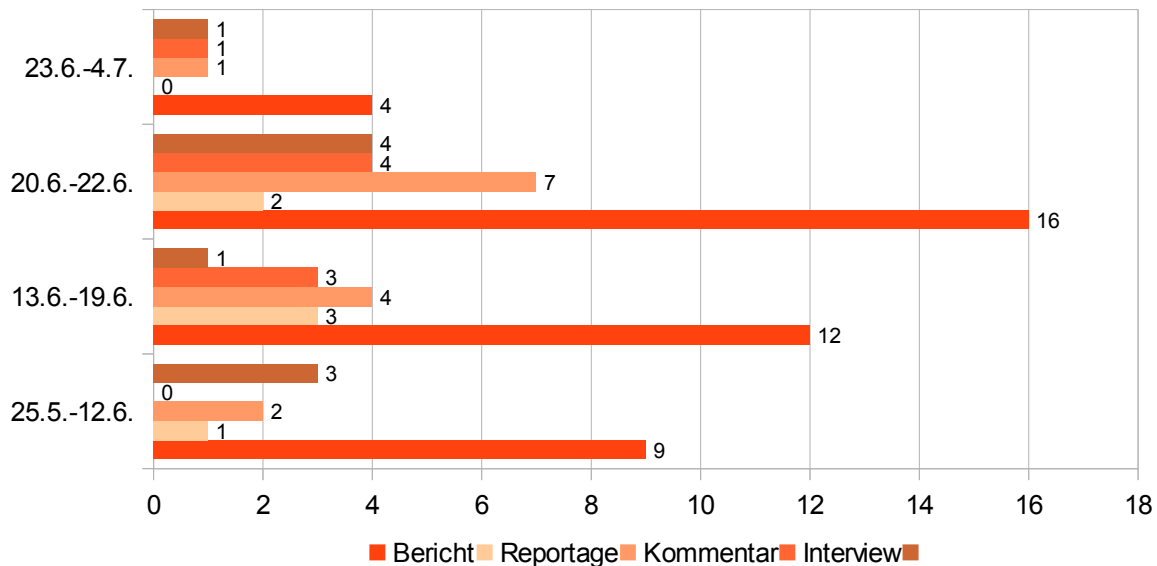
Von Phase zu Phase der Berichterstattung fungierte Rio+20 immer weniger als thematischer Aufhänger für ein anderes Thema. Vielmehr wurde immer konkreter über die bevorstehende, sich vollziehende und schließlich vergangene Konferenz mit ihren Ergebnissen berichtet (siehe Abb. 4).

Abbildung 4: Der Bezug auf Rio+20 in den verschiedenen Phasen der Berichterstattung



Hinsichtlich der Textgattungen der Beiträge in den überregionalen Printmedien lässt sich im zeitlichen Verlauf erkennen, dass die während der ersten drei Phasen zunehmenden Berichte mehr und mehr durch Kommentare ergänzt wurden. Während der zweiten Phase, der Vorverhandlungen, und der dritten Phase, der eigentlichen Konferenz, werden in Interviews Erwartungen an die Konferenzergebnisse formuliert, Stimmungen vermittelt und schließlich erste Kommentare von Teilnehmern und Beobachtern präsentiert. Reportagen vermitteln darüber hinaus Eindrücke vor allem vom Tagungsort Rio de Janeiro (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Textgattungen im zeitlichen Verlauf in überregionalen Zeitungen



Die Samplebeschreibung ist bereits ein Teil der deskriptiven Auswertung der gesammelten Beiträge zur Rio+20-Konferenz. Die Auswertung der Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge erfolgte als Inhaltsanalyse, die sich einerseits an der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 1997, 2010) anlehnt, andererseits den Empfehlungen von Mayring (2000) zur Codierung folgt. In einer ersten Phase wurde jeder Beitrag für sich analysiert. Diese, nach der Dokumentarischen Methode sogenannte formulierende Interpretation beinhaltet die paraphrasierende Wiedergabe der jeweiligen Texte, die Feststellung von Textsorten sowie latenter und manifester Sinngehalte. Zugleich wurden die Texte hinsichtlich des thematischen Zusammenhangs wie auch hinsichtlich der Sequenzen kodiert.

Die paraphrasierten Formulierungen der Zeitungsbeiträge bildeten die Grundlage der verdichteten Beschreibungen, die im Folgenden präsentiert wird. Auf die formulierende Interpretation setzt die rekonstruktive Interpretation auf, die die Texte als Fälle miteinander in Beziehung setzt und hinsichtlich Unterschiede und Gemeinsamkeiten vergleicht. Die Kodierungen geben hierbei Orientierungen, diese Beziehungen zu erkennen. Die Zusammenfassung der Textinterpretationen richtete sich nach den leitenden Fragestellungen aus. Schließlich lässt sich auf dieser Grundlage die Herstellung des Ereignisses, die Rio+20-Konferenz, und deren Bewertung im Untersuchungszeitraum rekonstruieren. Diesem Vorgehen folgte auch die Auswertung der Parteimitteilungen, mit denen die Resultate der Analyse der Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge kontrastiert werden.

Die folgende Darstellung der Beiträge richtet sich primär nach den oben dargestellten zeitlichen Phasen während des Beobachtungszeitraums. Dabei werden die ersten beiden Phasen zur Vorphase zusammengefasst. Diese Gliederung wird durch eine thematische Zuordnung der Beiträge weiter differenziert. Daran schließen sich Synopsen zu den jeweiligen Phasen an. In Kontrastierung mit den Analyseergebnissen der Parteimitteilungen werden schließlich zusammenfassend Antworten auf die eingangs gestellten Fragen gegeben.

### **3 Rio+20 als printmediales Ereignis**

#### ***a) Die ersten beiden Berichtsphasen: Ausblick zwischen Enttäuschung und Hoffnung***

##### **Bilanz der letzten 20 Jahre**

Die Artikel zur Rio+20-Konferenz setzen in den untersuchten überregionalen Zeitungen in der Regel mit einer Bilanzierung der Entwicklung seit der ersten Konferenz in Rio de Janeiro 1992 ein. Mit einer mehrseitigen Artikelsammlung informierten verschiedene Autoren in der „Welt“ unter der Rubrik „Energieeffizienz & Nachhaltigkeit“ ihre Leser am 26. Mai 2012 im Detail über Umfang und Folgen des aktuellen Ressourcenverbrauchs, über Energieerzeugung und -nutzung sowie über das Recycling von Abfällen mit losem Bezug auf die kommende Rio+20-Konferenz. Die detaillierten Informationen der Artikel sind teilweise grafisch ansprechend aufbereitet. Der erste Artikel weist unter der Frage „Wie viel Erde braucht der Mensch?“ unter Bezug auf den „Living Planet Reports“ des WWF bilanzierend darauf hin, dass es infolge der Lebensweise in den Industrienationen zu massiver Ressourcenverschwendung kommt, die größte Umweltzerstörung aber auf die dabei entstehende CO<sub>2</sub>-Emission zurückzuführen ist. Dies ist der Aufhänger, um im Folgenden über den Stand der weltweiten Nutzung erneuerbarer Energien zu berichten. Ein anderer Artikel lenkt die Aufmerksamkeit unter dem Titel „Jäger der verlorenen Schätze“ auf die Wiederverwertung von Ressourcen. In diesem Zusammenhang werden in einem anderen Artikel alternative Treibstoffe in der Hochseeschifffahrt vorgestellt, wodurch CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert werden können. Ein weiterer Artikel befasste sich ebenfalls unter der Maßgabe verringerter CO<sub>2</sub>-Emissionen mit der ökologischen Stadtentwicklung. Hier wird auch die Bedeutung dieses Themas für die kommende Rio+20-Konferenz ausdrücklich erwähnt. Drei weitere Artikel dieser Sammlung befassen sich mit Problemen der Energienutzung in deutschen Haushalten. Dabei geht es um Wärme, Strom und Zertifizierung der Energieeffizienz von Immobilien.

In weiteren Zeitungen dient der Bezug auf die kommende Rio+20-Konferenz als bloßer Anlass für Beiträge über zivilgesellschaftliches Engagement, beispielsweise bei einem Theaterprojekt in Brasilien

(TAZ, 6. Juni 2012), einem Schüler-Kunstprojekt in Berlin (Berliner Zeitung, 20. Juni 2012) sowie in Stadtgärten und bei der Lokalen Agenda 21 in München (SZ, 19. Juni 2012).

Ein anderes Thema eröffnet ein Bilanzierungsbeitrag in der „FAZ“ vom 30. Mai 2012 mit dem Titel „Das Erbe von Rio: Die Arche darf nicht untergehen“. Am Beispiel Madagaskars wird die Wirkung der Biodiversitätskonvention dargestellt, die auf der Rio-Konferenz 1992 beschlossen wurde und 1993 in Kraft trat. Durch enge Kooperationen zwischen Kommunen und Nationalparks konnte bis zu den innenpolitischen Unruhen 2009 die Idee der Biodiversität breit verankert und gesichert werden. Einerseits zeigt sich, dass internationale Beschlüsse wie jene der Rio-Konferenz auf nationaler Ebene positive Auswirkungen haben können, andererseits diese aber von den politischen Verhältnissen abhängen, die Umweltschutz zulassen. Im Text werden detaillierte Informationen über die Lage der Naturschutzparks und den umweltpolitischen Maßnahmen gegeben. Bilder illustrieren die besondere Flora und Fauna der Insel.

In der Woche vor dem Beginn der Rio+20-Konferenz werden die Bezüge dazu konkreter als in den bis dahin erschienen Beiträgen. Die „TAZ“ wirft in der Wochenendausgabe vom 9. und 10. Juni 2012 einen Blick auf die Rolle Deutschlands als Vorreiter ökologischer Politik. Zwar erfährt Deutschland international deshalb viel Lob, doch erscheint die Bilanz durchaus ambivalent, wie der Autor hervorhebt. Verschiedene Stimmen aus Politik, Wissenschaft und politiknaher Beratung werden angeführt, die eine Korrektur am ökologischen Kurs Deutschlands fordern. Grundlegendes Problem seien dabei die unveränderten Verhaltensweisen in der Gesellschaft, weil viel zu wenig für eine konkrete Nachhaltigkeitspolitik getan werde. Vor diesem Hintergrund legt der Artikel das Augenmerk auf die Defizite Deutschlands, über die auch die im Vorfeld von Rio+20 unterstellte Rolle als Vorreiter nicht hinwegtäuschen dürfe. Das begleitende Bild, Kühe auf einer Weide mit drei Windkraftträdern, bildet dazu einen eher sarkastischen Kommentar, der mit der Bildunterschrift „Glückliche Kühe auf gesunden Wiesen vor freundlichen Windrädern: Deutschland präsentiert sich als Ökoparadies“ noch unterstrichen wird.

Wenige Tage später, am 15. Juni 2012, präsentiert dieselbe Zeitung alte Überschriften von Berichten zur ersten Rio-Konferenz 1992. Die alten Überschriften und damit adressierten Problemlagen sind die gleichen wie 2012. Für den Autor wird dadurch deutlich, dass es ein grundlegendes Missverständnis bezüglich solcher Großkonferenz gibt. Sie sind seiner Meinung nach keine Problemlöser, weil die hochkomplexen Probleme gar nicht auflösbar sind: „Dabei lässt sich die Welt nicht einfach retten. Oder sie lässt sich einfach nicht retten“. Darum empfiehlt der Autor keine großen Erwartungen an die Rio+20-Konferenz zu richten. Ohne alternative Vorschläge zu präsentieren, verbreitet der Artikel eine passiv-pessimistische Perspektive auf das Nachhaltigkeitsproblem und die globale Umweltpolitik.

Ein halbseitiger Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 14. Juni 2012 klingt hinsichtlich der Bilanz der Umweltpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten ähnlich. Auch hier zieht der Autor eine negative Bilanz der globalen Umweltpolitik seit der Rio-Konferenz 1992, weshalb er auch für die kommende Rio+20-Konferenz keinerlei Fortschritt oder konkrete Maßnahmen zum nachhaltigen Wirtschaften erwartet. Sein Argument belegt er einerseits mit Statistiken zum Umweltschutz, die zeigen, dass sich seit 1992 nichts verbessert habe. Andererseits führt er aus, dass schon 1992 die eigentlichen Konflikte von den verhandelnden Regierungen unter den Tisch gekehrt wurden. Dabei werde die internationale Politik seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion von einem rigorosen Marktverständnis geprägt, vor dem der Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanke ins Hintertreffen gerät. Es zeigt sich darum, dass Ökonomie und Ökologie nicht zusammenkommen können, Wachstum bei geringerem Ressourcenverbrauch nicht möglich sei. Der Autor erwartet daher wenig bis gar nichts von der anstehenden Konferenz. Einzig eine Aufwertung der bestehenden UN-Institutionen hält er für realistisch.

Eine doppelseitige Bilanz anhand von Informationsgrafiken präsentierte am 19. Juni 2012 die „SZ“. Schon die Überschrift lässt ein ambivalentes Ergebnis erwarten, wenn die Umweltpolitik als gescheitert, die Entwicklungspolitik aber als erfolgreich bezeichnet wird. Unter der Rubrik Umweltpolitik werden Zahlen zur steigenden CO<sub>2</sub>-Emission, zur zunehmenden Überfischung, abnehmenden Waldfläche und Artenvielfalt präsentiert. Dafür sind unter der Rubrik Entwicklungspolitik positive Trends zu erkennen, wenn mehr Menschen Zugang zu Sanitäranlagen haben, die Armut zurückgegangen ist, das Niveau der Geburtshilfe gesteigert werden konnte, die Alphabetisierungsrate gestiegen ist und der Hunger zurückgedrängt werden konnte. Die Aufwendungen für die Entwicklungshilfe wurden tendenziell gesteigert und die Impfrate verbessert. Im Weiteren wird konstatiert, dass es seit der Rio-Konferenz von 1992 zwar viele gute Absichten gab, aber die aktuelle Lage sich als schlecht darstellt. Deshalb sind die grundsätzlichen Ziele der Rio+20-Konferenz nicht anders als die 20 Jahre zuvor. Brasilien habe bereits vorab die Bedeutung des Green Economy-Konzeptes als Lösung betont. Doch das klare Bekenntnis im ersten Entwurf der Abschlussdeklaration wurde vor allem von den USA und den G77-Staaten entschärft. Umweltverbände wie Greenpeace sehen darin ein Festhalten an überkommenen globalen Machtpositionen. Jedoch dominiert bei Finanzierungsfragen die Krise des Euro-Raums die Verhandlungen, was auch als Grund wahrgenommen wird, weshalb die deutsche Kanzlerin nicht zur Konferenz fährt. Der deutsche Umweltminister möchte darum die Erwartungen an die Konferenz dämpfen, wenngleich er sich mehr Elan bei den Vorverhandlungen gewünscht hätte. Das Vorstandsmitglied der Heinrich Böll-Stiftung, Barbara Unmüßig, kritisiert zwar den sich abzeichnenden Rio-Prozess, bemerkt aber gleichwohl, dass es das „einzige Forum“ für diese Verhandlungen sei. Letztlich vermittelt der Beitrag den Eindruck, dass niemand einen großen Erfolg der Konferenz erwartet. Trotzdem wird die fatalistische Hoffnung auf Ergebnisse gehegt, weil es keine Alternative dazu zu geben scheint.

Am selben Tag blickt Klaus Töpfer in der „Berliner Zeitung“ vom 19. Juni 2012 in einem Interview auf den ersten Rio-Gipfel von 1992 zurück. Ein Bild zeigt auf einem Viertel der Seite den Interviewten vor einem Baum und in einem Infokasten wird er kurz vorgestellt. Die restliche Seite füllt der Interviewtext aus. Töpfers Bilanz fällt insgesamt eher negativ aus, weil die Mitgliedsstaaten bei der konkreten Umsetzung der damaligen Beschlüsse bisher gescheitert sind. Dennoch sieht Töpfer der kommenden Konferenz mit Zweckoptimismus entgegen: „Wir haben hier die Chance, etwas zur Stabilisierung des Planeten zu tun – und das müssen wir schaffen“. Gerade hinsichtlich der „Green Economy“ erwartete er zwar Diskussionen, doch nur Positivbeispiele wie die deutsche Energiewende oder der Beschluss Kenias, den weiteren Energieausbau des Landes nur mit erneuerbaren Energien zu bestreiten, haben Überzeugungskraft. Dieser ökonomische Ansatz ist aber ungenügend, wenn angesichts der Finanzkrise das Wirtschaftssystem nicht grundlegend reformiert wird. Die Politik sei den Märkten derzeit unterlegen, muss aber wieder die Oberhand gewinnen. Dazu müssen potenzielle Akteure, vor allem zivilgesellschaftliche, eingebunden werden. Konferenzen wie die von Rio haben darum auch ihren Sinn, weil hier „Menschheitsthemen“ zur Sprache gebracht werden, die sonst viel weniger im Licht der Öffentlichkeit stehen würden. Der ökologischen Krise ist jedoch nicht mit Rezepten negativen Wachstums der Industriestaaten beizukommen, handelt man sich dann soziale Probleme ein, wie etwa das Beispiel Griechenlands zeigt. Viel eher muss sich an der Konsumhaltung der Industriestaaten etwas grundsätzlich hin zu mehr Verzicht ändern. Vor dem Hintergrund der „bremsenden“ Industriestaaten und aufsteigenden Schwellenländer erscheint ihm eine Veränderung des Wirtschaftssystems allerdings eher utopisch.

Noch am 21. Juni 2012, also als die offiziellen Verhandlungen auf der Rio+20-Konferenz schon liefen, veröffentlicht die „FAZ“ auf einer halben Seite im Wirtschaftsteil einen letzten Bilanzierungsartikel. Auch hier erscheint das Ergebnis ambivalent. Die erste Konferenz von 1992 wurde als Aufbruch der Menschheit nach dem Ende des Kalten Krieges bewertet. Die Armutsbekämpfung galt damals als Voraussetzung für den Umweltschutz. Beschlossen wurden Klimakonvention, nachhaltige Ressourcennutzung, Erhalt von Flora und Fauna sowie des Waldes. Seitdem wächst die Menschheit immer schneller, wobei die Armut abnahm. Die Wohlstandsmehrung aber folgte nicht aus den Beschlüssen von Rio, sondern geht auf die globalisierten Wirtschaftsströme und die aufstrebenden Wirtschaften Chinas, Indiens und anderer Entwicklungsländer zurück. Dieser Wohlstand ist jedoch nicht ökologisch ausgerichtet. Ähnlich wie in der „SZ“ zwei Tage zuvor, werden Erfolge und Misserfolge gegenübergestellt. So ist der Wald weiter geschrumpft, die Artenvielfalt nahm ab und die CO<sub>2</sub>-Emission zu, die Erderwärmung ist gestiegen. Allerdings hat sich der Zugang zu sauberem Wasser verbessert, die Welternährung konnte durch intensive Landwirtschaft (bei gleichbleibender Landwirtschaftsfläche) und nicht durch ökologische und regionale gesichert werden, wobei der Fleisch- und Fischkonsum stärker zunahm als das Bevölkerungswachstum. Ein Kasten informiert dazu unter der Überschrift „Grenzen des Wachstums“

über den Waldschwund im Süden, die Wohlstandsverbesserung und das Waldwachstum im Norden, was auf die intensivere Nutzholzgewinnung zurückgeführt wird. Ohne dass die Autoren davon direkte Schlüsse ableiten, lassen sich hiervon Aufgaben für die anstehenden Rio-Beschlüsse erwarten. Klar wird der Zusammenhang von zunehmendem Wohlstand durch verstärkten Ressourcenabbau und intensivierte Produktion hervorgehoben.

Im zeitlichen Verlauf lassen sich zwei Tendenzen der bilanzierenden Artikel erkennen. Waren die frühesten an konkreten Problemen der Leserinnen und Leser aber wenig an der kommenden Konferenz von Rio orientiert, setzten eine Woche vor Konferenzbeginn konkrete auf Rio 1992 bezogene Bilanzierungen ein. Dabei zeigt sich die Tendenz, dass die früh präsentierten konkreten Probleme erneuerbarer Energie und Ressourcennutzung als vor allem technisch lösbar dargestellt werden. Sobald die Perspektive auf die Konferenz und die Beschlüsse von 1992 gelenkt wurde, wich diese positive Stimmung einer eher ambivalenten bis pessimistischen. Dabei wurde auch die schon als Green Economy aufgezeigte technische Lösbarkeit von Umweltproblemen als unzureichend oder gar als Illusion dargestellt. Schon die Bilanzen legten nahe, die Erwartungen an die Ergebnisse der Konferenz eher gering zu halten. Die Erwartungen wurden in weiteren Artikeln noch ausführlicher diskutiert.

## **Aufgaben und Erwartungen an die Rio+20-Konferenz**

Im Vorfeld wurden in vielen Artikeln zur anstehenden Konferenz „Rio+20“ Aufgaben und Erwartungen formuliert. Thematisch lassen diese sich vor allem der Green Economy zuordnen. Ebenfalls wurden die Rollen der Verhandlungspartner angerissen.

### ***Ausblick der Teilnehmer***

In einem halbseitigen Interview mit dem Leiter des Potsdamer Klimaforschungsinstituts, Hans Joachim Schellnhuber, in der wöchentlichen Wissenschaftsbeilage der „FAZ“ vom 20. Juni 2012 bekennt er gleich in der Überschrift: „Ich glaube nicht an den Masterplan für die Welt“. Zunächst betont er, dass die Bundeskanzlerin eine verlässliche Partnerin in Sachen Energiewende ist, wenn sie auch nicht nach Rio fährt. Die deutsche Energiewende wird trotzdem international mit Spannung verfolgt. China hingegen ist mit dem Regierungschef vor Ort, um seine Führungsrolle gegenüber den anderen Entwicklungsländern zu behaupten. Im, zum Zeitpunkt des Interviews noch umfänglichen Entwurf für das Abschlussdokument kann er jedoch keine neuen Elemente bis auf wichtige Institutionalisierungsmaßnahmen und die Nachhaltigkeitsziele erkennen. Er betont, dass die Green Economy durch verbindliche Regeln wirklich nachhaltig gestaltet werden muss, die durch Nachhaltigkeitsziele gesetzt werden können. Jedoch sei von der aktuellen Konferenz nicht der gleiche Impuls wie von der vor zwanzig Jahren zu erwarten. Diesmal kommt es darauf an, konkrete Probleme anzusprechen und nicht alles unter einer



generalistischen Perspektive zu subsumieren. Die Konferenz ist eines von vielen Ereignissen auf den Weg zur nachhaltigen Transformation, nicht aber als ein großer Wurf zu verstehen.

In einer Reihe von mit Porträtfotos illustrierten Kurzprofilen verschiedener Akteure wurden deren Position zu den Themen der Rio+20-Konferenz in der „Zeit“ am 14. Juni 2012 vorgestellt. Beginnend mit Klaus Töpfer als Teilnehmer der ersten Rio-Konferenz beschrieb dieser die internationalen Konferenzen als wichtig, weil sie ein Problembewusstsein schaffen können. Dennoch ist sein Fazit zur ersten Rio-Konferenz ernüchternd, denn die Problemlage hat sich seit damals nicht wirklich geändert. Sein Ausblick auf Rio+20 ist deshalb zurückhaltend. Der als Nächster vorgestellte US-Unternehmer Jeffrey Hollender, der mit seinem Unternehmen „Seventh Generation“ umweltfreundliche Haushaltsprodukte herstellt, befindet die Konferenz als „gar nicht so übel“, weil solche Konferenzen die breite Aufmerksamkeit vieler Gruppen auf „unser Riesenumweltproblem“ lenken können. Die indische Umweltaktivistin Sunita Narain blickt als Teilnehmerin der ersten Rio-Konferenz „desillusioniert“ zurück, was den Verlauf der globalen Nachhaltigkeitspolitik angeht. Insbesondere sieht sie die Industriestaaten in der Pflicht, Handlungsinitiative zu zeigen. Problematisch sei, dass der Fokus zu sehr auf die Formulierungen der Kompromisse beschränkt sei. Die kenianische Umweltaktivistin Auma Obama fordert die Übernahme der Verantwortung der Industrienationen für verursachte Umweltzerstörungen. Erst dadurch werden gemeinsame Verhandlungen mit den südlichen Staaten ernsthaft möglich. Schließlich stellt der letzte Artikel in dieser Reihe den Umweltsekretär Zezé da Floresta der brasilianischen Kleinstadt Paty do Alferes vor, der aufgrund der Agenda 21 lokale Nachhaltigkeitsprojekte gestartet hat.

In einem Interview in „Die Zeit“ vom selben Tag mit dem Leiter des UN-Umweltprogramms (Unep), Achim Steiner, der mit großem Porträtfoto und einem kurzen einspaltigen Karriereverlauf vorgestellt wird, sieht ähnlich wie Schellnhuber „eine gewisse Desillusionierung“ bei allen Akteuren, was die Effektivität globaler Konferenzen angeht. Dennoch senden solche Konferenzen wie Rio+20 seiner Meinung nach „wichtige Impulse“ aus. Aus seiner Sicht sollte sich vor allem das Green Economy-Konzept durchsetzen. Außerdem erwartete er die Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer eigenständigen UN-Organisation, wodurch diese ihre Handlungsfähigkeit verbessern könnte.

Aus Sicht eines politischen Teilnehmers an der Rio+20-Konferenz erklärt der deutsche Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel in einem halbseitigen Interview in der „SZ“ vom 16. und 17. Juni 2012 unter der Überschrift „Mein Haus ist das wahre Klimaministerium“ die Bedeutung der Entwicklungspolitik für die ökologische Transformation. Diese Aussage wird durch das begleitende Foto, wo Niebel in einem Gewächshaus zu sehen ist, und der Bildunterschrift „Entwicklungspolitik lässt sich von Umweltpolitik nicht mehr unterscheiden“ unterstrichen. Erst durch die entwicklungspolitische Förderung wird nachhaltige Ressourcennutzung in Entwicklungsländern möglich. Mit Blick auf die erste Konferenz von Rio 1992 betont Niebel, wie wichtig es ist, konkrete Maßnahmen zu beschließen. Zwar weisen die

Vorverhandlungen noch nicht in diese Richtung, trotzdem hofft er, dass die Unep-Aufwertung gelingt und klare, verbindliche Ziele auf der Rio+20-Konferenz für die nachhaltige Entwicklung weltweit vereinbart werden. Als einer der deutschen Verhandlungsführer demonstriert der Entwicklungsminister deutlich Optimismus und Selbstbewusstsein für die kommenden Verhandlungen.

Ein Bericht über die Rolle des deutschen Umweltministers in der „OHP“ vom 19. Juni 2012 schließt mit einem ähnlichen Ton an den aktuellen Verlauf der Konferenzverhandlungen an. Die als stockend beschriebenen Vorverhandlungen der Rio+20-Konferenz sollten durch das Verhandlungsgeschick des, auf einem begleitenden Bild zuversichtlich radelnden Umweltministers wieder vorangebracht werden. Doch räumt Peter Altmaier selbst ein, „Umwelthemen haben momentan keine Hochkonjunktur“. Entsprechend formuliert er die Zielsetzungen für die Abschlussdeklaration eher niedrig. Aus deutscher Sicht werden als Ziele die Unep-Aufwertung und das Green Economy-Konzept genannt. Deutlich wird durch den Artikel, wie schwierig die Verhandlungslage schon im Vorfeld der Konferenz war, die deutsche Politik sich aber auch auf keinen umfassenden Erfolg der Konferenz festlegte.

Am 19. Juni 2012 zeichnet Barbara Unmüßig als Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung in der „TAZ“ in einem Gastbeitrag ein düsteres Bild des bisherigen Rio-Prozesses. Zwar bestimme mit dem Konzept der Green Economy ein „trefflich gewähltes Thema“ den Kongress, dieses verkomme aber durch die Verhandlungskonstellationen zum „Kampftema“. Die Schwellenländer sehen hierin ein Hemmnis für ihre nationale Wirtschaft. Die Industrieländer kann man nicht ernst nehmen, da sie „in absoluten Zahlen“ bisher nichts vom Konzept nachhaltiger Entwicklung, welches auf der Konferenz von Rio 1992 beschlossen wurde, umsetzten. Darüber hinaus stehe die Welt vor einem „Dilemma“, da Wachstum als Lösungsformel für die aktuelle Finanzkrise und Armutsüberwindung weltweit gelte, aber dies nur auf Kosten der Umwelt geht. Hingegen wäre die Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Wachstums das Mittel der Wahl. Dazu ist keine Verständigung auf der Rio+20-Konferenz zu erwarten. Die schon vorher „folgenlosen“ UN-Gipfel führten eher zu einer „Politikverdrossenheit“. Doch sei die UN gerade für die armen Entwicklungsländer die beste Plattform, um ihre Interessen zu artikulieren.

### ***Einstimmung auf die Themen der Konferenz***

Eine Woche vor dem Beginn der Rio-Konferenz wurden die Zeitungsläserinnen und -leser neben solchen Stimmungsbildern auch faktisch über die wesentlichen Verhandlungsthemen informiert, wobei diese Themendarstellungen sich nach Überblicksartikeln und Artikeln zu thematischen Debatten, insbesondere im Zusammenhang mit der Green Economy, unterscheiden.

Fünf Tage vor dem Bericht zur Rolle des deutschen Umweltministers bei den Verhandlungen informierte die „OHP“ am 14. Juni 2012 über die laufenden Vorverhandlungen und den Entwurf des Abschlussdokuments mit dem Titel „The Future we want“. Die Leserinnen und Leser erfahren anhand ei-

ner knappen dpa-Meldung, dass dieses Dokument sechs Kapitel mit den Themen Green Economy, Stärkung des Unep, Armutsbekämpfung, Energie, Schutz der Ozeane, Wälder und Berge umfasst. Außerdem wird erwähnt, dass 190 Regierungschefs zur Konferenz erwartet werden.

Ausführliche Berichte finden sich vor allem in den Wochenendausgaben verschiedener Zeitungen vor dem unmittelbaren Konferenzbeginn. Die „FR“ stellt in der Ausgabe vom 16. und 17. Juni 2012 über zwei Seiten die Verhandlungsthemen vor. Am Montag erschien dieser Artikel in gleicher Weise im Wissenschaftsteil der „Berliner Zeitung“. In der „FR“ war dieser Artikel wie auch die folgenden Konferenzberichte mit dem Rio+20-Logo gekennzeichnet. Das Anwachsen des Abschlussdokuments von 17 auf 280 Seiten und die anschließende Kürzung auf 80 Seiten lasse eine heftige Debatte darum erwarten, was angesichts der zu verhandelnden Probleme angemessen erscheint. Wie schon in den Bilanzierungen werden die Probleme, die CO<sub>2</sub>-Emission, der Klimawandel und Ressourcenverbrauch, der zunehmende Bedarf der wachsenden Bevölkerung an Bildung, Nahrung und sauberes Wasser genannt. Diese Themenvielfalt dämpft jedoch auch die Erwartungen an die Konferenz, die jedoch als einzige verbliebene Möglichkeit erscheint, rechtzeitig zu Lösungen für die Probleme zu gelangen. Der erste Gipfel vor 20 Jahren war ein Durchbruch nach dem Ende des Kalten Krieges, der mit den daraus resultierenden Dokumenten und dem Maßnahmenbündel der Agenda 21 auf die Probleme in ihren globalen und langfristigen Dimensionen erst aufmerksam machte. Gleichwohl wird auch hier die Bilanz als enttäuschend dargestellt, weil die damaligen Beschlüsse ohne Definition von Wachstum oder Verpflichtungen blieben. Außerdem sei die neoliberale Entwicklung der Wirtschaft, deren Krisen und die Konflikte zwischen Wirtschaft und Politik, Naturkatastrophen sowie der Wettlauf um Ressourcen nicht vorstellbar gewesen. Heute sei offensichtlich, dass die Beschlüsse von Rio aufgrund der Entwicklungen einfach nicht befolgt wurden. Die aktuelle Konferenz habe es mit einer veränderten Welt zu tun, die über neue Kommunikationstechnologien verfügt und neue Akteure, die aufstrebenden Wirtschaften (BRICS), ebenfalls Wohlstand einfordern. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die gemeinsame Verantwortung und im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit auch Gerechtigkeit zu betonen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise aber stelle die Rio-Konferenz in den Schatten, sodass wichtige Politiker, wie der US-amerikanische Präsident und die deutsche Kanzlerin nicht kommen werden.

Einen Tag später, am 18. Juni 2012, berichtet die „FR“ über die Stimmung in Rio während der Vorbereitung der Konferenz. Hoffnung wurde gesät, dass der amerikanische Präsident doch noch teilnehmen wird. Kurz vor dem Beginn der Konferenz sind mehr als die Hälfte der zu beschließenden Punkte umstritten, wozu die Finanzierung der Green Economy, der Technologietransfer von Nord nach Süd, die Festlegung der Nachhaltigkeitsziele, der Meeresschutz sowie die Unep-Aufwertung gehören. Die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung in armen Ländern wird aufgrund der aktuellen Finanzkrise als problematisch erachtet, weshalb die Entwicklungsländer mit einem Boykott der Verhandlungen über

die Green Economy drohen. Die schwierige Verhandlungslage wird durch die Absage der deutschen Bundeskanzlerin und des britischen Premierministers noch verschärft.

Mit einem kurzen Bericht informierte die „FR“ am 19. Juni 2012 über den Stand der Vorverhandlungen zur finanziellen Unterstützung nachhaltiger Entwicklung in armen Ländern, die keine Mehrheit findet. Stattdessen soll die Diskussion um zwei Jahre verschoben werden, um dann über einen einzurichtenden Fond zu verhandeln, in den die durch Subventionsabbau für fossile Brennstoffe eingesparten Mittel fließen sollen.

Ähnlich umfassend wie die „FR“ informieren mehrere Autoren auf zwei Seiten in der „TAZ“ vom selben Wochenende über die Themen, die auf der Rio-Konferenz 1992 beschlossen wurden, um von hier aus einen Ausblick auf die anstehende Rio+20-Konferenz anzuschließen. Der Text ist um eine stilisierte Weltkarte gruppiert, auf der verschiedene Informationskästen platziert sind. Damit werden die umweltrelevanten Entwicklungen der letzten 20 Jahre dargestellt. Präsentiert werden Statistiken zur zunehmenden CO<sub>2</sub>-Emission, Verbreitung mobiler Kommunikationstechnik, verbesserten Trinkwasserversorgung, zum zunehmenden Umfang des Finanzhandels, zu zunehmenden Ausgaben für die Entwicklungshilfe, zur zunehmenden Wüstenbildung, zum Rückgang der Artenvielfalt bei ansteigender Fläche von Naturschutzgebieten, zu steigenden Investitionen in erneuerbare Energien bei gleichzeitig steigender Öl- und Gasförderung und zunehmender Automobilproduktion, zur wachsenden Bevölkerung und steigendem Fleisch- und Fischkonsum und zunehmendem Anteil von Menschen mit Übergewicht. Die Stichhaltigkeit der Zahlen wurde zusätzlich noch durch einen Informationskasten „Statistik und Wahrheit“ erläutert. Die vielen präsentierten umweltrelevanten Probleme kommentieren zugleich die textliche Aussage, dass von der Rio-Konferenz einerseits aufgrund der Problemkomplexität keine durchgreifenden Maßnahmen, andererseits aufgrund der von den Schwellenländern „dominierten“ Verhandlungen und der sich verhärtenden Konfliktlinie zwischen Norden und Süden harte Verhandlungen erwartet werden. Es werden dieselben Diskussionspunkte, Unep-Aufwertung und Einsetzen eines Hochkommissars für Nachhaltigkeit, Festlegung von Nachhaltigkeitszielen und Entwicklung des Green Economy-Konzepts wie in der „FR“ genannt. Die Autoren sehen hier insbesondere die Gefahr, dass der Begriff der Green Economy den Begriff der Nachhaltigkeit als „neue Leerformel“ ablöst. Green Economy wird unter Bezug auf Greenpeace als Ausflucht vor der eigentlich nötigen, radikalen Lösung gedeutet, mit denen die globalen Machtverhältnisse lediglich stabilisiert werden. Dabei meinen die Autoren, dass ein Missverständnis der Verhandlungen auf der Rio-Konferenz von 1992 fortlebt, nämlich dass es den Industrieländern des Nordens um Umwelt, den Ländern des Südens aber um Wirtschaftswachstum geht, sodass hier Verhandlungsblockaden zu erwarten sind.

Begleitet werden die Informationen zu den Themen der aktuellen Konferenz von verschiedenen Hintergrundartikeln. Die „Berliner Zeitung“ berichtet in der Wochenendausgabe vom 16. und 17. Juni

2012 über die Entwicklung der Wüstenbildung und den Stand der Maßnahmen dagegen. In der „TAZ“ wird aus Anlass der Rio-Konferenz über die ineffiziente Umsetzung politischer Beschlüsse gegen Bio-piraterie informiert. In der „Welt“ werfen die ständigen Kommentatoren NGOs wie dem Club of Rome, WWF und Worldwatch Institut im Vorfeld der Rio+20-Konferenz Propaganda in Sachen Klimawandel vor. Sie betonen am 25. Mai 2012, dass schon seit 40 Jahren immer wieder vor katastrophalen Folgen des Klimawandels gewarnt wird. Ein weiterer Artikel in der „Welt“ wendet dieses Thema auf die Wachstumsdebatte an, womit der Anschluss an das Hauptthema der Rio-Debatten besser gelang. Am 18. Juni 2012 erklärt Bjørn Lomborg in einem aus dem Englischen übersetzten Gastbeitrag unter dem Titel „Verbohrt in Rio“, dass die unter dem Zeichen der Erderwärmung ablaufende Diskussion völlig fehl läuft. Dies sei nicht das drängendste Problem der Menschen in den Entwicklungsländern, sondern vielmehr die lebensbedrohliche Wasser- und Luftverschmutzung. Die Green Economy sei für Entwicklungsländer unattraktiv, weil sie nicht auf deren Probleme antwortet. Die UN-Begleitbroschüre zu Rio+20 gibt darum ein falsches Bild der Situation wieder. Der darin behaupteten CO<sub>2</sub>-armen Wachstumsstrategie Chinas steht die um ein Vierfaches gesteigerte CO<sub>2</sub>-Emission in den letzten 25 Jahren und die fast ausschließlich für den Export bestimmte Solarkollektorenproduktion gegenüber. Chinas wirtschaftlicher Aufschwung beruhe auf massiver Umweltzerstörung. Die Umstellung auf biologische Landwirtschaft wie etwa in Afrika führe jedoch in die Armut. Auch hätte die Green Economy keine Arbeitsmarkteffekte, da etwa in Frankreich durch massive Subventionen andere Stellen verloren gehen. Ebenfalls kritisiert der Autor die Vorstellung von „Null-Emission“-Elektroautos in der Broschüre, da ein Großteil des Stroms noch immer aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird. Lomborg fordert darum, den Schwerpunkt der Rio+20-Konferenz auf die „wichtigsten Umweltprobleme und deren einfache Lösungen“ zu legen, statt auf „trendige Themen und unrealistische Lösungen“.

### ***Green Economy-Konzept im Fokus***

Die Bedeutung des Green Economy-Konzepts wurde im Vorfeld der Rio+20-Konferenz den Leserinnen und Lesern der untersuchten Zeitungen durch die hervorgehobene Präsenz dieses Themas deutlich gemacht. Maßgeblich waren hier die vor allem technischen Lösungen für Umweltprobleme durch Ressourceneffizienz und die Diskussion der Möglichkeit eines hiermit verbundenen Wirtschaftswachstums.

In der Wochenzeitschrift „Spiegel“ vom 11. Juni 2012 kennzeichnet das doppelseitige Essay die negative Haltung von Öko-Aktivisten zur bestehenden Marktwirtschaft als innovationsfeindlich, wodurch Lösungen blockiert werden. Die globalen Umweltbewegungen sind dem Autor nach viel eher an einer Verhinderung neuartiger Lösungen interessiert, weil sie das notwendige Wirtschaftswachstum bekämpfen. Auch der internationalen Politik attestiert der Autor „Fortschrittsfeindlichkeit“, weshalb die Rio+20-Konferenz „genauso ergebnislos endet, wie der vergangene Klimagipfel in Durban“. Ein weite-

res zentrales Problem sieht der Autor darin, dass die Vorstellungen von Vorsorge und Nachhaltigkeit, wie sie in den westlichen Industriestaaten vorherrschen, nicht global, insbesondere nicht von den BRICS-Staaten geteilt werden. Vor allem aber die Ökologiebewegung unterminiere den Nachhaltigkeitsgedanken mit ihrer wachstumsfeindlichen Haltung. Denn „es braucht ein gewisses Maß an Wohlstand, damit sich die Bevölkerung eines Landes für Ökologie interessiert“, ist der Autor überzeugt. Für das dafür notwendige Wachstum müssen Umweltschäden zunächst in Kauf genommen werden, die aber ab einem bestimmten Wohlstandsniveau ausgeglichen werden, worauf eine Studie der ETH Zürich verweist und China beispielhaft zeigt. Auch Zahlen der UN zeigen, dass Industrialisierung und intensive Landwirtschaft mit Waldwachstum einhergehen und in Deutschland die CO<sub>2</sub>-Emission trotz Wirtschaftswachstum sank, wofür im Fakten-Teil eine Reihe von Zahlen aufgeführt wurde.

Am 13. Juni 2012 berichtete die „OHP“ über die Kooperation der deutschen Wirtschaft und Politik, vertreten durch den BDI und dem BMU, die im Bereich nachhaltiger Wirtschaft zusammenarbeiten wollen. Der deutsche Umweltminister Altmaier wird zitiert: „Umweltschutz und Wirtschaft sind keine Gegensätze. (...) Umweltschutz kann nur Erfolg haben, wenn er sich wirtschaftlichen Mechanismen bedient“. Der BDI hat die Absicht, auf der Rio+20-Konferenz Erfolge und Lösungen der deutschen Wirtschaft im Bereich Nachhaltigkeit vorzustellen, um diese gut in der Welt zu präsentieren und damit im Wettbewerb besser aufgestellt zu sein. Die deutsche Wirtschaft präsentiert sich auf diese Weise als ein Akteur, der die Umweltproblematik als Chance begreift und dadurch zum Partner der Politik beim Umweltschutz wird.

Die mit der „Green Economy“ besonders verknüpfte Initiative für nachhaltige Energie wird in einem Gastbeitrag von hohen UN-Funktionären am 15. Juni 2012 in der Regionalzeitung „Märkische Oderzeitung“ (MOZ) vorgestellt. Der Beitrag bildet dabei den Auftakt der Berichte über die Rio+20-Konferenz in der folgenden Woche. Unter der Überschrift „Die Energiezukunft, die wir wollen“ wird elektrischer Strom als notwendig für nachhaltige Formen von Wirtschaft und Wohlstand dargestellt. Notwendig sei, dass Energie in den Industrieländern nicht verschwendet wird und diese aus erneuerbaren Quellen stammt. Erfolge seien schon durch Partnerschaften zwischen Industrie und Zivilgesellschaft weltweit zu verzeichnen, wobei die Politik für Rahmenbedingungen und die Bürgerinnen/Bürger für nötige Unterstützung verantwortlich seien. Brasilien sei dafür ein Vorbild, überhaupt aber kann die Wirtschaft als Motor bei der Transformation wirken, wenn Nachhaltigkeit als Chance begriffen wird. Mit erneuerbarer Energie als Grundlage von Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und gesunder Umwelt sei eine nachhaltige Zukunft zu meistern. Der Charakter des Gastbeitrages stimmt sehr optimistisch auf die Konferenz ein, reduziert jedoch sehr stark auf das Energieproblem. Die Aufforderung an die Zivilgesellschaft mündet aber weniger in Partizipation als mehr in eine Aufforderung des Duldens und Gutheißen.

Wie die Energie aus erneuerbaren Quellen sich auch nachhaltig auf das Wirtschaftswachstum auswirken kann, demonstriert ein Artikel in der „FR“ vom 14. Juni 2012. „Sauberes Wachstum“ sei durch Solar-Kraftwerke wie das in Marokkos Wüste möglich, welches ein deutsches Konsortium plant. Strom soll hier für Europa, aber auch für die Anrainer erzeugt werden. Dies sei ein Beispiel für das „grüne Wirtschaften“, die Green Economy, der die Rio+20-Konferenz in „zehn Schlüsselsektoren“ zum Durchbruch verhelfen will. Green Economy wird vorgestellt als Wirtschaftswachstum ohne zunehmenden Ressourcenverbrauch und mit positiven Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Dieses Konzept treiben Unep, OECD und ILO, die internationale Arbeitsorganisation, gemeinsam voran. Die notwendige politische Unterstützung dafür soll in Rio erreicht werden. Als Finanzierungsquelle für die Green Economy kommen Ökosteuern und der Subventionsabbau für fossile Brennstoffe infrage. Diese Beschlüsse aber erfordern Verhandlungsgeschick, weil an den herkömmlichen Subventionen festgehalten wird.

Dieser Bericht wird in derselben Zeitung durch ein Interview mit Barbara Unmüßig, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, ähnlich wie in der „TAZ“ vom 19. Juni 2012 kommentiert. In ihren Augen ist die Green Economy nicht schon die Lösung für die nachhaltige Transformation, wenngleich Ressourcenknappheit und Klimawandel adressiert werden. Notwendig erscheint ihr eine Abkehr vom Wachstumsparadigma, weil auch die beste Technik die Grenzen des Wachstums nicht endlos verschieben könnte. Allerdings wird die Diskussion über Wachstum ausgespart, weil nur so immer mehr Menschen am Wohlstand partizipieren können, um damit die bisherigen Macht- und Verteilungskonstellationen beibehalten zu können. Darum muss es um die Kontrolle der grünen Technologien anhand ökologischer Grenzwerte gehen. Effizienz wird auf diese Weise mit Suffizienz gekoppelt werden. Das ist vor allem in den Industrieländern, aber auch für die über Gebühr konsumierenden Oberschichten der Entwicklungsländer nötig. Andernfalls sieht Unmüßig die Gefahr, dass die Green Economy wie schon eine nachhaltige Entwicklung zu einer bloßen „Worthülse“ wird, zu der sich alle bekennen, aber niemand sie realisiert. Die Gefahr einer ökologisch und nachhaltig ungenügenden Konzeption der Green Economy, die nur auf Effizienz setzt, ohne auch Suffizienz zu beachten, beherrscht im Folgenden auch die weitere Debatte um den Rio+20-Kongress.

Zunächst aber hebt der Unep-Chef, Achim Steiner, in einem Interview mit der „TAZ“ vom 16. und 17. Juni 2012 die Vorzüge und Bedingungen des Green Economy-Konzepts hervor. Dieses wurde maßgeblich vom Unep entwickelt, um als zentrale Maßnahme gegen die Fehlentwicklungen seit 1992 zu dienen und den Wandel der globalen Ökonomie hin zur Green Economy zu forcieren. Das Konzept hat sich schon als erfolgreich erwiesen, weil für 2011 „Rekordinvestitionen“ in erneuerbare Energien zu verzeichnen seien. Wichtig ist jedoch, dass auf der Rio+20-Konferenz der Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe durchgesetzt wird. Steiner betont, dass das Green Economy-Konzept eine andere Art des Wirtschaftens meint, weil hier auch „aktive sozialpolitische Komponenten“ berücksichtigt wer-

den. Auf der Rio+20-Konferenz soll der Green Economy nun zum Durchbruch verholfen werden. Das Interview wird durch ein Bild eines indischen Solarparks und einem kleinen Porträtfoto Steiners illustriert.

Dieses Interview, das Green Economy-Konzept und die Rio+20-Konferenz werden in derselben Ausgabe der „TAZ“ kritisch kommentiert. Mit Blick auf die Entwicklung seit der ersten Rio-Konferenz wird diese Art Veranstaltungen generell infrage gestellt. Sie dienen mit ihrem „Öko-Palaver“ nur dazu, den zuständigen Politikern zu einem „ernsthaften Bewusstseinswandel“ zu verhelfen. Wenn dieser geschehen ist, kann man auf solche Konferenzen verzichten. Bis dahin muss man den verhandelten Themen, wie aktuell der Green Economy, misstrauen. Denn ein solches Konzept akzeptiert den „weltumspannenden Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang einfach so“. Schon einige Tage zuvor fand sich in der „TAZ“ am 5. Juni unter lockerer Bezugnahme auf die Rio+20-Konferenz ein kritischer Bericht zum vermeintlich ökologischen Engagement des Sportartikelherstellers Puma, der jedoch hinter sozialen Auflagen und letztlich auch ökologischen weit zurück bleibe. Diese negative Meinung zur Green Economy spiegelt sich in einem Bericht der „TAZ“ über den Völkergipfel, der als Gegenveranstaltung parallel zur offiziellen Rio+20-Konferenz tagte. Anlass für den Artikel war der Auftritt Achim Steiners, der dort für die Green Economy warb, die jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer negativ beschieden wurde, weil sie „untrennbar“ mit dem bestehenden, „braunen“ Wirtschaftssystem verknüpft sei. Generell wurde der noch anstehenden Rio+20-Konferenz unterstellt, von Wirtschaftsakteuren massiv beeinflusst zu sein. Angesichts der ablehnenden Haltung rechnet der Autor des Artikels dem Unep-Chef Steiner hoch an, dass er den Versuch unternommen hat, mit den Vertretern auf dem Alternativgipfel ins Gespräch zu kommen.

Ohne kritischem Kommentar stellte die „SZ“ in der Wochenendausgabe vom 16. und 17. Juni 2012 aus Anlass der bevorstehenden Rio+20-Konferenz auf einer viertel Seite den Bericht „Nachhaltig zu einem Wohlstand für alle“ des Worldwatch Instituts vor, der sich mit dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem und seinen Folgen befasst und dies der Alternative einer „grünen Wirtschaft“ gegenüberstellt. Am 19. Juni 2012 präsentiert die „SZ“ auf einer doppelten Themenseite mit verschiedenen Artikeln die Haltung des Evangelischen Kirchenrates Deutschlands (EKD) zur Rio+20-Konferenz. Der EKD setzt dabei klar auf Suffizienz als wichtigstes Thema, weil Nachhaltigkeit als generationsübergreifend verstanden und umgesetzt werden muss: „Wir leben in der Kette der Generationen. Wir haben besondere Verantwortung vor denen, die nach uns kommen werden“.

Die Bedeutung der Wirtschaft für die globale Umweltpolitik allgemein und besonders für den Verlauf der Rio+20-Konferenz streicht ein Artikel in der „FAZ“ vom 20. Juni heraus. Auch wenn es sich dabei nicht um eine Wirtschaftskonferenz handele, sind die Beschlüsse auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen. Zwar wurden die Umweltprobleme durch diese erst verursacht, doch kommt es darauf an,



„sie grüner zu machen“. Aus diesem Grund reisten viele Manager auch deutscher Konzerne nach Rio. Deutsche Firmen und Dienstleister begreifen den wachsenden Ressourcenbedarf als Chance und nutzen diverse Begleitveranstaltungen zur Konferenz, um Handelsbeziehungen zu knüpfen. Wie die Umweltverbände betreiben die Industrievertreter Lobbyarbeit, um Einfluss auf die Konferenzdokumente zu nehmen. Dabei wünschen sie sich statt einer Green Economy eine grüner werdende Wirtschaft. Als Voraussetzung werden die Beschlüsse zur Überwachung des Maßnahmenkatalogs und die Koordination durch das Unep genannt.

Einen Tag später am 21. Juni 2012 berichtet die „FAZ“ erneut im Wirtschaftsteil von der Rio+20-Konferenz, indem ein geschichtlicher Überblick über die Konferenzen seit 1992 gegeben wurde. Dabei wurde das Konzept nachhaltiger Entwicklung auf Grundlage des Brundlandt-Berichts dargelegt und wie die Klimabeschlüsse zum Kyoto-Protokoll führten. Als Ziel der anstehenden Konferenz „Rio+20“ gilt es hier, der Green Economy den Weg zu ebnen und so für nachhaltige Entwicklung zu sorgen und Armut zu bekämpfen. Der Stand der Verhandlungen verdeutliche, dass keine Einigkeit über Richtigkeit und Art der Umsetzung dieses Ziels herrscht. Zwischenschritte wie der Meeresschutz und Nachhaltigkeitsziele bis 2015 könnten beschlossen werden. Die Unep-Aufwertung galt bereits als sicher. Weiter informiert der Artikel darüber, dass von Mittwoch bis Freitag Vertreter der 190 Mitgliedsstaaten der UNO debattieren werden und Deutschland durch den Umwelt- und den Entwicklungsminister vertreten sein wird. Außer der Bundeskanzlerin nimmt aber auch der US-Präsident nicht an der Konferenz teil. Deutsche Konzerne präsentieren mit eigenen Ausstellungen ihre Lösungen für die Green Economy, die gerade wegen solcher positiven Resonanz der Wirtschaft vom Gegengipfel der NGOs kritisiert wird. Der Artikel schließt lakonisch mit der Bemerkung, da man mit fünfzigtausend Teilnehmern an beiden Veranstaltungen rechnet, werden mindestens die Anbieter von Unterkünften die Veranstaltung als Erfolg verbuchen können. Wegen der hohen Preise hätten einige EU-Parlamentarier ihre Teilnahme schon abgesagt.

### ***Brasilien – Illustration der ökologischen Krise***

Die Situation des Umweltschutzes in Brasilien wird in den Zeitungen mit überregionaler Ausstrahlung im Vorfeld der Rio+20-Konferenz beschrieben. Dabei werden einerseits Beispiele für die konkreten Probleme nachhaltiger Entwicklung benannt, andererseits auf die besondere Lage des Gastgeberlandes des ersten wie des Jubiläums-Rio-Kongresses hingewiesen. Thematisch sind die Beiträge um Waldschutz und Agrarinteressen, wirtschaftlichen Aufschwung und das im Bau befindliche Wasserkraftwerk Belo Monte im Urwald sowie Infrastrukturprobleme und die Armut in Rio de Janeiro gruppiert.

Die „TAZ“ berichtet am 29. Mai 2012 auf einer halben Seite mit einem Foto von protestierenden Studenten vom Veto der brasilianischen Präsidentin zum umstrittenen Waldschutzgesetz, wodurch eine ab-

schließende Entscheidung darüber auf die Zeit nach der Rio+20-Konferenz vertagt wurde. Die „halbherzige Haltung“ der Regierung wird im Artikel schon als ein Hinweis auf die geringen Erfolgserwartungen hinsichtlich der anstehenden Rio-Konferenz gedeutet. Weder die umfassende Festlegung von Nachhaltigkeitszielen noch die Aufwertung des Unep scheint möglich. Der Einfluss der brasilianischen Agrarlobby auf die Waldgesetzgebung erweist sich so als ein Beispiel für die Blockade durch die Wirtschaft, auf deren stärkere Einbindung die Rio+20-Konferenz zielt. Von diesem Thema berichtet am gleichen Tag auch die „Berliner Zeitung“ in einem einspaltigen Artikel.

Den problematischen Einfluss der Agrarlobby in Brasilien spricht auch ein großer Artikel auf einer dreiviertel Seite in der „FAZ“ vom 4. Juni 2012 an. Zwei Fotos, die etwa die Hälfte des Artikels einnehmen, zeigen zum einen aus der Vogelperspektive zwei Reihen Mähdrescher auf einem Sojafeld, das sich bis zum Horizont erstreckt, zum anderen die siegessichere Vorsitzende des Landwirtschaftsverbandes. Der Artikel beleuchtet den Einfluss der starken Agrarlobby in Brasilien vor allem im Parlament. Engagement für Umweltschutz gilt unter Politikern oft nur als Lippenbekenntnis, da die überparlamentarische Lobbyvertretung die Interessen der Agrarwirtschaft praktisch „ohne Reibungsverlust“ in Gesetze transformieren könne. Die Entscheidung über das durch die brasilianische Präsidentin blockierte neue Waldschutzgesetz sei lediglich auf die Zeit nach der Rio+20-Konferenz vertagt worden. Der Artikel stellt das Gastgeberland in ein schlechtes Licht und die Frage in den Raum, inwieweit die nationale Lobby Einfluss auf internationaler Ebene bei Umweltbeschlüssen nehmen kann.

Ein ähnliches Bild zeichnet ein Artikel in der „Welt“ vom 19. Juni 2012. Die Rio+20-Konferenz ist der Aufhänger, um über den inländischen Konflikt zwischen Umweltaktivisten und Wirtschaftsakteuren in Brasilien zu berichten. Kernthema ist auch hier die umstrittene Novelle des Waldschutzgesetzes wie auch der illegale Raubbau am Amazonas-Regenwald und die Errichtung des Wasserkraftwerks in Belo Monte.

Auch der „Spiegel“ vom 18. Juni 2012 widmet sich aus Anlass der Rio+20-Konferenz dem Kampf zwischen Umweltaktivisten und der Agrarindustrie in Brasilien. Die verschobene Verhandlung zum Waldschutzgesetz wird angesprochen, vor allem aber über den illegalen Raubbau und die illegale Landnahme durch die Agrarindustrie im Amazonas-Gebiet berichtet, die sogar vor Mord an Umweltaktivisten nicht zurückschrecken würde. Das begleitende Foto zeigt beispielhaft gerodeten Urwald. Die „TAZ“ berichtet an diesem Tag auf einer viertel Seite mit einem Bild von Protestaktionen gegen den Staudamm Belo Monte im brasilianischen Urwald. Die Protestaktion, die vom alternativen „Völkergipfel“ ausging, erklärte den Bau des Staudamms als „völlig irregulär [und] verfassungswidrig“. Weiter wird berichtet, dass 14 gerichtliche Prozesse gegen das Bauprojekt angestrengt wurden. Der weitere Bericht über die schwierigen Vorverhandlungen zur Abschlussdeklaration zur Rio+20-Konferenz, bei denen von brasilianischer Seite die „größere Verantwortung des Nordens“ für die „Umweltkrise“ eingeklagt wird, stellt

den Gastgeber wiederum in ein schlechtes Licht. Im Weiteren wird über den geplanten Finanzfonds für nachhaltige Entwicklungsprojekte in den Ländern des Südens und den Technologietransfer informiert. Abschließend wird noch eine Kritik an die Konferenz erwähnt, nach der diese keine Lösung für die Umweltprobleme finden wird.

Auch die „FAZ“ nimmt sich dem Staudammprojekt am 20. Juni 2012 an. Es wird als Beispiel für den Aufstieg Brasiliens zu einer Wirtschaftsmacht aufgrund kontinuierlicher Wirtschaftspolitik unterschiedlicher Regierungen bewertet, wodurch viele Menschen der armen Schichten zu Wohlstand kamen. Zwar wird dieser Wohlstand durch umfassende Korruption gefährdet, noch schlimmer sei der ökologische Preis dafür. Brasilien wird sich darum nicht als ökologisches Vorkämpferland präsentieren können. Dagegen stehen die „monströsen Umweltschäden“ bei der Abholzung für das Staudammprojekt Belo Monte. Im Kommentar derselben Zeitung einen Tag später, am 21. Juni 2012, wird das Wirtschaftswachstum und der Wohlstand wiederum als Ergebnis kluger Politik dargestellt, wobei dafür Umweltsünden in Kauf genommen werden, die anscheinend der Korruption geschuldet sind. Die „FAZ“ berichtet aber am 20. Juni 2012 in der Wissenschaftsbeilage auch von einem Beispiel erfolgreichen Umweltschutzes seit der ersten Rio-Konferenz 1992. Dabei konnten eine kleinräumige Agrarwirtschaft und die Nutzung einer bestimmten Frucht aufgrund verbesserter Landnutzungsrechte die Bewohner zu bescheidenem Wohlstand verhelfen. Diese engagieren sich gemeinsam mit NGOs für den Waldschutz. Im Unterschied zu den anderen Artikeln, die lediglich die Interessenvertretung durch große Verbände ansprechen, wird hier gezeigt, dass die Landnutzungsrechte eine wichtige Voraussetzung für maßvolle Ressourcennutzung und das Umweltengagement der Bewohner sind.

Neben diesen Schilderungen zur Lage der Umweltpolitik in Brasilien sind auch Berichte zur Situation im Konferenzort Rio de Janeiro zu finden. So berichtet die „SZ“ in ihrer Wochenendausgabe vom 2. und 3. Juni, illustriert mit einem Foto zweier Militärpolizisten, über die Favela-Befriedung im Vorfeld der bevorstehenden internationalen Großereignisse, Rio+20, der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und der Olympiade 2016. Kritischer beleuchtet ein Artikel, der am 13. Juni in der „Berlin Zeitung“ und der „FR“ erschien, den Zustand der Infrastruktur von Rio de Janeiro. Der Artikel behandelt die Modernisierung des ÖPNV-Systems in Rio de Janeiro ebenfalls als Maßnahme zur Vorbereitung auf die kommenden Großereignisse. Doch wird bezweifelt, dass die massiven Verkehrsprobleme, Wasserprobleme und Probleme mit der Müllentsorgung aufgrund des fehlenden Verständnisses in der Bevölkerung gelöst werden können. So trägt das schöne Naturidyll, welches die Stadt allenthalben bietet. In gleicher Weise berichtet auch ein Artikel in der „SZ“ am 19. Juni 2012 unter der Überschrift „Paradiesische Kloake“ von der Vermüllung des Veranstaltungsortes und seiner Bucht.

## **Konstellation der Akteure**

Im Vorfeld der Rio+20-Konferenz wurden die Themen immer auch hinsichtlich der Interessengruppen und Akteure dargestellt. Genannt wurden Lobbygruppen und die Industrie, Umweltverbände und andere Nichtregierungsorganisationen, Länder und Ländergruppen sowie Politiker und Aktivisten. Unter den Ländern spielte Brasilien eine herausgehobene Rolle als Gastgeberland, wurde aber auch als Mitglied der BRICS-Gruppe erwähnt. Diese Ländergruppe wurde wiederum den alten Industrieländern gegenübergestellt, wobei auch allgemeinere Gegensätze zwischen Nord und Süd zur Sprache kommen. Vor allem deutsche Politiker und Aktivisten wurden in den Interviews vorgestellt, um persönlich gefärbte Stimmungsbilder zu erzeugen. Einige Artikel konzentrierten sich im Vorfeld der Konferenz mehr als andere auf einzelne Akteursgruppen und Protagonisten.

Die „TAZ“ stellt am 31. Mai 2012 die Aufwertung des Unep unter dem Aspekt der Machtpolitik dar, die dieses Ziel blockiere. Das begleitende Bild zeigt ein kleines Mädchen mit langem Kittel und Kopftuch, das zwei Wasserkessel trägt. Das Bild, entlang der Silhouette ausgeschnitten ohne Hintergrund, deutet allgemein auf Konflikte jenseits bloßer Umweltprobleme hin. Die deutsche Forderung nach einer Aufwertung des Unep zu einer UN-Organisation wird nach Ansicht des Autors auf der Rio+20-Konferenz aufgrund der Interessen „mächtiger Gegner“ wie den „Ländern des Südens“ und der USA scheitern. Wenn auch ein Konsens darüber herrscht, dass die internationale Umweltpolitik eine bessere Koordination benötigt, ist strittig, wie das geschehen soll. Die Zustimmung der Entwicklungsländer würde vermutlich von der gleichzeitigen Zustimmung zu einem UN-Entwicklungsprogramm abhängen, was aber die USA aus finanziellen Gründen ablehnen. Stattdessen würde man dem Freihandel vor dem Umweltschutz den Vorrang geben. Auch wären manche NGOs der Meinung, dass auch die Aufwertung des Unep die Dominanz der WTO nicht brechen könnte. Der zur Diskussion stehende Nachhaltigkeitsrat als neue Institution der UN aber würde wohl schon an den hohen Entscheidungshürden der UN scheitern, weil die UNO-Charta geändert werden müsste. Klar zeichnet der Artikel die Konfliktlinien vor und bestimmt daran viele der tatsächlich zu erwartenden Ergebnisse der Rio+20-Konferenz. Deutlich wird dadurch, dass es in der Politik nicht um rationale Problem- und Lösungsbestimmungen geht, sondern um die Herstellung von Kompromissen, die meistens gegenüber den Problemen unzulänglich sind.

Das Thema der Unep-Aufwertung stellt auch die „OHP“ am 16. Juni 2012 in einer kurzen von dpa übernommenen Meldung ähnlich dar. Hier wird bereits auf die Verhandlungen zum Abschlussdokument Bezug genommen. Als schwierige Themen stellen sich demnach die Aufwertung des Unep und die Erzeugung erneuerbarer Energie dar. Der Zusammenschluss der Entwicklungsländer G77 fordert, wie von einem „TAZ“-Artikel schon zwei Wochen zuvor dargestellt, einen Entwicklungsfonds, den die Industriestaaten finanzieren sollen. Das lehnen diese jedoch mit dem Hinweis auf die globale Wirt-

schaftskrise ab, weshalb sich die G77-Länder aus den Verhandlungen um das Green Economy-Konzept „mit Protest“ zurückziehen.

Hinsichtlich der Konstellation der Akteure spielt immer wieder auch die Abwesenheit führender Politiker eine Rolle, wobei vor allem das Fernbleiben der deutschen Kanzlerin, wie auch des amerikanischen Präsidenten diskutiert wurde. So wurde von verschiedenen Seiten betont, wie wichtig die Anwesenheit der Kanzlerin in Rio sei. Auch die „SZ“ kritisiert ausgehend vom bisher erfolgreichen umweltpolitischen Engagement der Kanzlerin auf internationaler Ebene, dass sie aufgrund fehlender Erfolgsaussichten nicht nach Rio reise. Frühere Konferenzen zeigten eine unerwartete Koalitionsdynamik, die erst durch persönliches Engagement zum Erfolg führte. Die Teilnahme sei wegen des „politischen Gewichts“ der deutschen Kanzlerin notwendig und weil sie vor dem Hintergrund der deutschen Energie- wende die „glaubwürdigste Vertreterin der These [sei], dass sich Wirtschaft und Umwelt sehr wohl vereinbaren lassen, wenn man es klug genug anstellt“. Ebenso wurde verschiedentlich und so auch in der „TAZ“ vom 20. Juni 2012 das Fehlen des US-amerikanischen Präsidenten auf der Rio+20-Konferenz bemerkt, der trotz Bitten des UN-Vorsitzenden und dem Drängen von Umweltverbänden beschloss, nicht nach Rio zu fahren. Obwohl sich Obama im Wahlkampf gegen einen Kandidaten befand, der die anthropogenen Ursachen des Klimawandels leugnete, verschwand das Umweltthema hinter anderen und drängt sich lediglich als Energiethema in den Vordergrund. Die Wiederwahl Obamas wird für die Umweltpolitik erhofft, weil der republikanische Kandidat der „schlimmste Fall für die Umweltpolitik“ wäre.

In einer Reihe von Länderberichten gibt die „TAZ“ im Juni Auskunft über deren Umweltpolitik und Interessen bei den Verhandlungen zur Rio+20-Konferenz. Diese Reihe wird am 7. Juni 2012 mit einem Beitrag über die Nachhaltigkeitspolitik Südkoreas eröffnet. Der Artikel beschreibt dessen „grünes Wachstum“, welches mit der nationalen Wirtschaftsstrategie „Go green“ vorangebracht werden soll. Dabei liegt der Fokus auf dem wirtschaftlichen Wachstum und ist somit ein Beispiel für das Green Economy-Konzept. Für die angestrebte CO<sub>2</sub>-Reduktion setzt Südkorea auf den Ausbau der Atomkraft, weshalb die Umweltstrategie als „Mogelpackung“ bewertet wird. Illustriert wird der Artikel mit einem Foto, das einen beleuchteten, O-förmigen Brunnen vor einem nächtlichen Stadtpanorama zeigt, der das neue „grüne Südkorea bei der Expo in Yeosu“ symbolisiert.

Am 13. Juni 2012 befasst sich ein Artikel mit der europäischen Umweltpolitik, wobei betont wird, dass sich Europa grüner mache als es wirklich sei. Zwar hat die EU im Dezember 2001 eine Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Ziel einer „ressourcen- und klimaschonenden Wirtschaft“ beschlossen, doch kritisiert etwa Greenpeace, dass sich nur wenig bewegt habe. Die nationalen Regierungen hätten vor allem nur ihre jeweilige Wirtschaft im Blick und agieren daher nicht energisch genug. Deutschland schütze zum Beispiel besonders seine Energie- und Automobilindustrie. Auf EU-Ebene will Deutschland

eine neue Energieeffizienz-Richtlinie „möglichst unverbindlich halten“. So „blockiert“ Deutschland mit seiner „selbsternannten Klimakanzlerin“ die nachhaltige Entwicklung. Andere EU-Länder, wie Finnland, Spanien und Portugal, blockieren hier ebenfalls aus Sorge um die Folgen für die nationale Wirtschaft. Spanien wehre sich gegen strengere Fischfangquoten, und Frankreich will keine Umschichtung der Agrarsubventionen auf Öko-Betriebe. Ebenfalls sei der Artenschutz in den EU-Ländern weit hinter den gesteckten Zielen zurückgeblieben. Europa und vor allem Deutschland erscheinen in diesem Artikel eher als grüne Papiertiger.

In einem weiteren Artikel vom 18. Juni 2012 wurde die Umweltpolitik Indiens beleuchtet. Die Reportage zeigt am Beispiel einer indischen Familie wie schwierig es ist, bei der Mehrheit der Menschen in Indien überhaupt ein Bewusstsein für Umweltschutz zu schaffen. Aufgrund der extremen Armut haben diese Menschen vornehmlich andere Sorgen als sich um die Umwelt zu bemühen. Für sie steht jeden Tag das Überleben an oberster Stelle. Ein kleiner Informationskasten verweist auf die Rolle Indiens auf der Rio+20-Konferenz als ein „Störfaktor“, weil es als „aufstrebendes Schwellenland“ vor allem als Umweltsünder angesehen werde. Dabei wird aber das im Artikel dargestellte Armutsproblem als Hindernis nicht erwähnt.

Ein Beitrag dieser Reihe widmet sich am 20. Juni 2012 der Umweltpolitik in Japan, wo das Stromsparen eine nationale Passion sei. Der Artikel konstatiert, dass auch bei Ablehnung neuer Klimaschutzvereinbarungen durch Japan, die Einwohner seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima von selbst mit kleinen und großen Maßnahmen Energie sparen. Der Hintergrundbericht zeigt, dass sich gleichgültig der politischen Beschlüsse etwas hinsichtlich Umwelt- und Ressourcenschutz in der japanischen Wirtschaft und Gesellschaft bewegt.

Noch am 22. Juni 2012 wird über China berichtet. So verursache China zwar den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß, verzeichne aber trotzdem eine gute Bilanz beim Klimaschutz, was von der Internationalen Energieagentur gelobt wird. Wenngleich die Rio+20-Konferenz ohne brauchbares Ergebnis zu Ende geht, erwies sich China nicht allein als Verhinderer, weil sich inzwischen viel mehr Länder desinteressiert verhalten. Allerdings investiert China auch ohne die bindenden Konferenzergebnisse in erneuerbare Energien und hat vor, dies noch zu steigern.

Insgesamt vermitteln die Beiträge den Eindruck, dass die Bewertung der Umweltprobleme sehr stark von den konkreten regionalen Situationen und den jeweiligen Interessen abhängig ist. Die Industrie der wohlhabenden Staaten ist in der Lage, diese Probleme als Chance anzusehen, wobei sich aber leicht weitere Umweltprobleme ergeben können. Andere, vor allem südliche Länder haben dagegen mit der Armut zu kämpfen, die, nicht wie auf der ersten Rio-Konferenz erhofft, gleichzeitig mit der Lösung von Umweltproblemen zu bekämpfen ist. Die Abwesenheit wichtiger Politiker ist dabei vor allem Aus-

druck der Ernüchterung und der nachlassenden Hoffnung auf einen globalen Wurf zur Lösung der Umweltprobleme. Gerade der Hintergrundbericht zu China aber zeigt bereits die Skepsis gegenüber internationalen Umwelt- und Klimaverpflichtungen an, wenn trotzdem in Umwelttechnologien investiert wird. Das deutet auf eine geringe Bedeutung des Großereignisses hin.

## **Synopse zur Vorphase der Konferenz**

Die Bilanz der Beiträge trägt durchgehend Züge der Enttäuschung. Dies wird deutlich, wenn von der Ernüchterung und der Desillusionierung der Akteure und Konferenzteilnehmer berichtet wird, die schon zwanzig Jahre zuvor an der Konferenz in Rio teilnahmen. Wenig bis nichts sei erreicht worden, im Gegenteil, die Lage stellt sich eher schlimmer dar. Statt einer nachhaltigen Entwicklung als Versöhnung sozialer Erfordernisse mit ökonomischen Belangen unter der Bedingung ökologischer Ressourcenschonung bestimme eine neoliberale Marktideologie das globale Geschehen. Aus diesem Grund sollte man keine großen Erwartungen an die Rio+20-Konferenz richten. Schon die erste UN-Konferenz von Rio 1992 krankte daran, dass sie in ihrer Vielzahl an Themen überambitioniert war, die beschlossenen Maßnahmen darum zu unkonkret waren und so 20 Jahre danach keine tatsächlichen Erfolge zu verzeichnen sind. Das grundlegende Problem aber wurde vor 20 Jahren mit dem Widerspruch zwischen der Orientierung auf ökonomisches Wachstum und mangelnder Berücksichtigung ökologischer Ressourcenschonung nicht debattiert. Der so entstandene Wohlstand habe maßloses Konsumverhalten mindestens nicht verhindert. Doch erscheint die Jubiläumsauflage der Rio-Konferenz wiederum thematisch überfrachtet und das neue Leitbild der Green Economy gleichfalls befangen in der Illusion einer Versöhnung ökonomischen Wachstums bei ökologischer Ressourcenschonung. Wenig hoffnungsvoll stimmt da auch, dass die bisher als ökopolitische Treiber wahrgenommenen europäischen Länder mitsamt den anderen Industrieländern in der Finanz- und Wirtschaftskrise stecken. Hoffnung lässt sich einerseits beim Blick auf die – allen voran deutsche – Industrie gewinnen, die Ökologie zunehmend als Marktchance begreife. Damit aber wird gerade die befürchtete Marktgängigkeit der Green Economy und letztlich der Erhalt des ökologisch als verheerend dargestellten Status quo bestätigt. Andererseits werden Hoffnungen hinsichtlich lokaler, regionaler und zivilgesellschaftlicher Initiativen gehegt. Allerdings werden diese wiederum durch die neuen Akteurskonstellationen eingeschränkt. Hier werden verschiedene Abstraktionsgrade und Zuordnungen angesprochen, um Interessen und potenzielle Konflikte darzustellen. Der größte Abstraktionsgrad drückt sich in der Gegenüberstellung vom reichen Norden und armen Süden aus. Zum Norden werden pauschal alle entwickelten Industrieländer gezählt, zum armen Süden die Entwicklungsländer. Diese werden wiederum als G77 bezeichnet, davon aber nochmals die BRICS-Staaten unterschieden. Hier werden Brasilien in seiner Rolle als Gastgeber einerseits, China und Indien als aufstrebende Industrieländer andererseits genannt. Die Länder des Nordens

sind zum einen die USA, die EU und Deutschland. In Länderportraits und den Bilanzen kann kaum ein Land hinsichtlich seines umweltpolitischen Engagements überzeugen. Insgesamt wird das Ziel der Politik als Kompromisslösungen gekennzeichnet, die nie zu befriedigenden Problemlösungen führen. Daneben werden verschiedene NGOs und Umweltverbände sowie die WTO und industrielle Lobbyverbände an der Peripherie politischer Akteure verortet. Der Erhalt des machtpolitischen Status quo und die differenzierte Verantwortung für Umweltschäden scheinen vordringliche politische Ziele zu sein. Als Gastgeber wird Brasilien als Akteur besondere Aufmerksamkeit zuteil. Hier wird bevorzugt am Beispiel eines Landes die aus ökologischer Perspektive wahrgenommene Fehlentwicklung der letzten 20 Jahre aufgezeigt. Wohlstand aufgrund wirtschaftlicher Expansion geht zulasten des Umweltschutzes, wobei die Regierung diesen nur halbherzig unterstützt. Umweltschutz wird wie anderswo in der Welt vor allem durch kleinteilige Initiativen unterstützt. Der Blick auf den Tagungsort aber verdeutlicht eindrücklich, dass die Belange des Umweltschutzes vor allem ohne Wohlstand keine Mehrheiten erreichen werden.

Die Gestaltung der Beiträge in den Zeitungen ist je nach Textart unterschiedlich. Neben kurzen und unauffälligen Beiträgen, die sich durchgängig in den Regionalzeitungen finden, sind gerade die primär bilanzierenden in den meisten überregionalen Zeitungen, aber auch in der „FR“ recht aufwendig gestaltet und nehmen viel Raum von bis zu zwei Seiten ein. Einige Zeitungen markieren ihre Beiträge mit dem Logo der UN-Konferenz. Informationen sind mit Bildern und Grafiken aufbereitet, Interviews und personenbezogene Darstellungen begleiten Bilder der Protagonisten und Kurzdarstellungen. Durch die Darstellung erreichen die Beiträge zur Rio+20-Konferenz in den jeweiligen Zeitungen recht hohe Prominenz, sodass davon auszugehen ist, dass sie die Aufmerksamkeit der Leser binden konnten.

### ***b) Die dritte Berichtsphase: Schwierige Verhandlungen mit enttäuschendem Ausgang***

Am 20. Juni 2012 begann die Rio+20-Konferenz. Innerhalb von drei Tagen sollten die Teilnehmer das im Entwurf vorliegende Abschlussdokument diskutieren und verabschieden. Von diesem Dokument, dessen Zustandekommen und über die Diskussion der zentralen Themen, vor allem der Green Economy, berichteten die Zeitungsbeiträge während dieser Tage.

Die „OHP“ berichtet am 20. Juni 2012 mit einer kurzen Mitteilung, dass mit einem „heftigen Streit“ um das Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz unter den Vertretern der Teilnehmerstaaten zu rechnen sei, da der brasilianische Verhandlungsführer die Vorverhandlungen für abgeschlossen erklärte. Dabei hätten die EU und der deutsche Umweltminister eine Verlängerung der Verhandlungen gefordert.



Am 20. Juni 2012 berichtet die „Berliner Zeitung“ und gleichlautend die „FR“ in einem dreispaltigen Bericht mit einem ab jetzt häufig gezeigten Bild einer Fisch-Skulptur aus Plastikflaschen, dass die Erwartungen in Rio nach Abschluss der Vorverhandlungen auf einem Tiefstand seien. Zwar hätte der Gastgeber den Streit um das Abschlussdokument beenden können, doch blieb vom eigentlichen umfangreichen Entwurf nur noch ein dünnes Papier übrig. Das Abschlussdokument weise vor allem den Weg zur Green Economy im Sinne von Ressourcenschonung, geringer Emission und Armutsverringering auf. Die EU-Delegation äußert sich unzufrieden damit. Dabei wird die Resignation durch das Ausbleiben der Regierungschefs der USA, Deutschlands, Großbritanniens und Russlands noch verstärkt. Der deutsche Umweltminister befand die Entwurf des Dokuments am Montag noch als nicht zustimmungsfähig, weil der Beschluss zum Meeresschutz gestrichen wurde. Dabei blieb es im letzten Entwurf. Gestritten wird auch um die von 1992 stammende Formulierung unterschiedlicher Verantwortung für den Umweltschutz, bei der die entwickelten Länder höhere Kosten übernehmen sollten. Diese fordern heute jedoch, dass die wirtschaftlich aufstrebenden Entwicklungsländer wie Brasilien sich im gleichen Umfang beteiligen sollen. Suspendiert wurde die Idee, einen Fonds für den Umweltschutz einzurichten. Ebenfalls solle das Unep weniger stark aufgewertet werden. Angesichts dessen protestieren die Umweltverbände, weil die Idee von Rio damit zu Grabe getragen worden sei. Somit sei die Konferenz noch vor ihrem Beginn bereits beendet.

Auch die „SZ“ berichtet am 20. Juni 2012 vom fertiggestellten Abschlussdokument. Aufgezählt werden hier ebenfalls die darin enthaltenen wesentlichen Ziele, wie ökologische Ausrichtung des Wirtschaftswachstums, die Finanzierung des Umweltschutzes in armen Ländern durch die reichen Industrieländer, dass in den folgenden drei Jahren Nachhaltigkeitsziele näher bestimmt werden sollen und die hinter den EU-Erwartungen zurückbleibende Unep-Aufwertung. Es wurden keine konkreten Ziele festgelegt. Lediglich das „grüne Wachstum“ wird erwähnt, aber nicht, wie es erreicht werden soll. So beinhaltet der Entwurf keine Hinweise auf den zuvor als Bedingung dargestellten Abbau unökologischer Subventionen. Der deutsche Umweltminister sei gleichwohl zufrieden, weil es überhaupt einen Beschluss gibt. Hingegen reagieren die Umweltverbände sehr unzufrieden und hätten lieber keinen als diesen Beschluss. Für die Regierungschefs bleibt auf der Konferenz kaum noch etwas zu tun, schließt der Bericht.

Vom Unmut vor dem eigentlichen Gipfel in Rio berichtet auch die „FAZ“ am 20. Juni 2012. Das den Regierungschefs zur Abstimmung vorliegende Abschlussdokument sei in seinen Aussagen unkonkret und wird darum von deutscher Seite kritisiert. Der deutsche Umweltminister zeigt sich darüber hinaus verwundert ob der rigorosen Verhandlungsführung der brasilianischen Gastgeber, hielt aber gleichwohl den Entwurf für beschlussfähig. Die erste Rio-Konferenz hatte noch eine Reihe konkreter Ergebnisse wie die Agenda 21 und völkerrechtliche Konventionen über Klima, Artenschutz und Waldschutz her-

vorgebracht. Diesmal könnten die vielen Konferenzteilnehmer darauf nicht hoffen. Zwar wurden viele Themen debattiert und die Green Economy als Leitbild ausgerufen, doch konkrete Maßnahmen wurden dazu nicht besprochen auch keine Nachhaltigkeitsziele festgelegt. Der Leiter des Potsdamer Klimaforschungsinstituts wird mit seiner Einschätzung zitiert, dass der Verlauf der Konferenz für den Umweltschutz gefährlich sei.

In einem Interview mit der „Welt“ vom 20. Juni 2012 betont Bundesumweltminister Altmaier noch, dass die Energiewende positive Auswirkungen für die Wirtschaft haben wird und Deutschland somit eine Vorreiterrolle einnimmt. Ebenso stellt er heraus, dass es dabei nicht nur um die Umstellung auf erneuerbare Energien gehe, sondern um einen dauerhaften Ersatz fossiler Brennstoffe. Hierzu brauche es vor allem technologische Innovationen. Dafür muss Umweltschutz aber auf der internationalen Ebene stark an Gewicht gewinnen, weshalb die Aufwertung des Unep durch eine bessere Finanzausstattung und mehr Autonomie nötig sei. Zudem formuliert der Minister das Ziel, dass sich die Green Economy auch im globalen Maßstab etablieren müsse. Zur Durchsetzung dieser Ziele, misst er der Konferenz eine große Bedeutung bei. Dafür seien internationale und bilaterale Kooperationen unumgänglich.

Die „MOZ“ berichtet an diesem Tag von der gedämpften Hoffnung vor dem UN-Gipfel. Auch hier wird bemerkt, dass der nach vielen Kontroversen verabschiedete Entwurf des Abschlussdokuments vielen Teilnehmerstaaten wie Deutschland zu unkonkret sei. Gegen den Willen der EU haben die USA und Venezuela den Beschluss zum Meeresschutz verhindert, weshalb der brasilianische Verhandlungsführer dieses Thema ganz strich. Der Artikel weist darauf hin, dass trotz zunehmendem Ressourcenverbrauch Probleme wie der Hunger und der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Strom nicht gelöst seien. Um dies zu erreichen, hätte die Konferenz noch viel zu tun. Weiterhin berichtet der Artikel über den Alternativgipfel, der eine tatsächliche Transformation zu mehr Nachhaltigkeit fordert. Aber diese Forderung wird auf der Konferenz nicht gehört, da etwa Brasiliens Regierungschefin den Alternativgipfel erst gar nicht besucht. Stattdessen sprach hier der Unep-Direktor zum Konzept der Green Economy. Aus Sicht der Teilnehmer des Alternativgipfels ist der Abschlussentwurf „katastrophal“, weil damit weiterhin Wohlstand und Wachstum durch Ausbeutung der Natur propagiert werden.

Einige Artikel befassen sich ausdrücklich nach Erscheinen des Entwurfs des Abschlussdokuments mit den darin verhandelten Themen, vor allem mit dem Green-Economy-Konzept. Das Titelbild der „TAZ“ zeigt am 20. Juni 2012 auf der ganzen Seite unter der Überschrift „Die grüne Versuchung“ in Anspielung auf den Sündenfall zwei junge Leute in Schlafanzug und Nachthemd auf einer Wiese, die von Windkrafträdern gesäumt wird. Die Frau überreicht dem Mann einen Apfel. Am Rand werden die Themen zur Rio+20-Konferenz vorgestellt. Die Unterschrift unter dem Bild stellt die Frage, ob es möglich ist, dass der Konsum durch die Green Economy moralisch erleichtert werden kann.

In einem zweiseitigen Streitgespräch zweier Mitglieder der Grünen mit unterschiedlichen Positionen zur Green Economy wird auf den folgenden Seiten deutlich, dass es um die divergierenden Positionen beim Ressourcenverbrauch geht, nämlich um wachstumsreduzierende Suffizienz und wachstumsorientierte Effizienz. Das Wirtschaftswachstum mache ökologischen Fortschritt zunichte, weshalb darauf zu verzichten ist. Das werde von Bürgerinitiativen und neuen demokratischen Produktions- und Konsumformen schon vorgelebt. Die Green Economy als „Green New Deal“ greife da zu kurz, wenn sie nur auf Technik, nicht auf soziale Innovationen setze. Auch regenerative Techniken verbrauchen mehr Ressourcen und verändern die Umwelt zum Schlechteren, sodass Werte wie „Landschaftsästhetik, Heimat, kulturelle Räume“ aufgegeben werden. So werde „der letzte Winkel seelenlos und brutal ausgenutzt“. Dieser Position steht die Meinung gegenüber, dass man Wachstum nicht verbieten kann, sondern neu, nämlich ökologisch definieren muss. Dazu muss die Art des Konsums verändert werden, die eben genau auf Beteiligung setzt, sodass der Bedarf der wachsenden Bevölkerung nachhaltig gedeckt werden kann. Das Streitgespräch wurde mit zwei Bildern der Interviewten und einem Bild vom Verkehrsstau in Peking samt der Kennzeichnung mit dem Rio+20-Logo als Sticker illustriert. Außerdem informiert die „TAZ“ an diesem Tag kurz über den aktuellen Verlauf der Vorverhandlungen zum Abschlussdokument. Dabei wird in einem einspaltigen Artikel der erwartbar mühsame Verlauf erwähnt, und dass es vor allem um die Beschlüsse zum Meeresschutz zum Streit kam.

Einen Tag später, am 21. Juni 2012, fallen die Berichte und Kommentare zum Entwurf des Abschlussdokuments ausführlicher und kritischer aus. Vor allem die Beiträge in der „TAZ“ vermitteln den Eindruck großer Unzufriedenheit. Die Verhandlungen zur Rio+20-Konferenz waren das Tagesthema, das schon mit der Überschrift „Gipfel des Nichtstuns“ bewertet wird. Darunter sind kritische Zitate von Umweltorganisationen zu finden, die auf die Berichte einstimmen, die auf der nächsten Seite präsentiert werden. Auch die satirische Kolumne „Verboten“ nimmt Bezug auf das Abschlussdokument, dessen Ergebnisse im Hinblick auf die eigentlichen Umweltprobleme als nutzlos erscheinen. Der „Gipfel des Nichtstuns“ lässt sich als Hinweis verstehen, dass weniger Substanz kaum möglich gewesen wäre. Die Konferenz ist zum „Skandal“ geworden, weil sowohl die Ergebnisse als überhaupt die Art der Veranstaltung den verhandelten Problemen unangemessen sind, sodass man darauf zum Wohle der Umwelt in Zukunft verzichten sollte. Der Bericht auf der folgenden Seite, welcher zwei Drittel der Seite einnimmt, setzt mit einer Aufzählung der im Entwurf des Abschlussdokuments benannten Probleme ein, nämlich drohender Hunger in Afrika und dem steigenden Meeresspiegel aufgrund des Klimawandels. Die verlangten sofortigen Aktionen aber bleiben unkonkret. Es wird festgestellt, dass das Abschlussdokument vor Eintreffen der Staatschefs unter Regie der brasilianischen Gastgeber fertiggestellt wurde. Aufgrund seines unverbindlichen Inhalts enthalte es nicht den Aktivismus von vor zwei Jahrzehnten. Trotzdem sind Änderungen nicht mehr zu erwarten. Der von Greenpeace und dem BUND

als enttäuschend bewertete Entwurf versucht mit alten Konzepten, Armut durch nachhaltige Entwicklung zu beheben. Als Ergebnisse der Konferenz werden die Ausrufung der Green Economy allerdings ohne Festlegung konkreter Maßnahmen, die Unep-Finanzierung, die Einrichtung einer höherwertigen UN-Institution für Nachhaltigkeit und die Fortschrittsbeurteilung, die sich nicht mehr nur nach der Wirtschaftsleistung richtet, benannt. Außerdem werden der bis 2015 geplante Entwurf verpflichtender Nachhaltigkeitsziele, die Bestätigung der Verpflichtungen zum Klima- und Artenschutz, die Mahnung an die bestehenden Vereinbarungen beim Fischfang bekräftigt. Jedoch sollen weder der Waldschutz noch die Förderung nachhaltiger Energie durch Subventionsstreichungen für fossile Brennstoffe unterstützt werden. Auch gibt niemand den armen Ländern Geld während der Wirtschaftskrise. Das Abschlussdokument wird als Reaktion auf die verpatzte Klimatagung von 2009 gewertet: Um Streit zu verhindern, wurde ein Kompromiss-Dokument verabschiedet, mit dem alle leben können. Weil so aber kein Durchbruch zu erreichen ist, seien die Regierungschefs aus Deutschland und den USA erst gar nicht gekommen. Aus Sicht der NGOs ist die Staatengemeinschaft nicht in der Lage zum umweltbezogenen Handeln. Der Bericht schließt mit der Bemerkung, dass das Dokument nicht mehr überarbeitet werden wird, aber immerhin eine Warnung darin enthalten sei, nicht hinter den Stand beim Umweltschutz vor 20 Jahren zurückzufallen.

Auf derselben Seite findet sich ein weiterer Artikel, der Stimmungsbilder zum Entwurf des Abschlussdokuments präsentiert und mit „Heiße Luft gegen Klimawandel“ überschrieben ist. Der Artikel konstatiert, dass bis auf die Green Economy keine verbindlichen Ziele beschlossen wurden. Mit „Hohn und Spott“ hätten die Umweltaktivisten und auch „progressive Politiker“, die extra nach Rio gekommen sind, darauf reagiert. Umweltaktivisten und Vertretern kleiner Staaten meinten, die Regierungen großer Länder stünden nun „nackt“ da, sodass die „Zivilgesellschaft“ umso mehr gefordert sei. Auch der brasilianische Verhandlungsführer erscheine angesichts des unbefriedigenden Abschlussdokuments in einer schwachen Position. Dieses legitimiere künftiges Fehlverhalten. Konkrete Maßnahmen zum Wald- und Meeresschutz oder zur Einstellung umweltschädlicher Subventionen wurden auf Betreiben der USA verhindert. Das Dokument drückt allein Wirtschaftsinteressen im Glauben an unbegrenztes Wachstum aus. Der „Technologietransfer“ von Nord nach Süd bleibe aus. Letztlich wurden alle Anstrengungen zunichtegemacht. Die Stimmen der Enttäuschten gehören den wirklich Umweltinteressierten am Rande, wobei die hier zu findenden Politiker pauschal zu „Progressiven“ werden.

Unter dem schon präsentierten Bild der Fischskulptur aus Plastikflaschen befasst sich auch die „FAZ“ in einem nüchternen Bericht am 21. Juni 2012 mit dem Entwurf des Abschlussdokuments ausführlicher. Als Quintessenz gilt hier, dass die „grüne Wirtschaft“ oder die „Green Economy“ darin zum Leitbild erklärt wird. Dieses Ziel hätte der EU vor allem am Herzen gelegen. Jedoch bleibt die Umsetzung den Ländern überlassen. Verbände und Aktive befürchten deshalb, dass keine konkreten Ergebnisse da-

bei herauskommen. Als Gemeinplatz wird die Aussage im Dokument bewertet, dass die Umwelt nicht missachtet werden sollte. Die strukturelle Aufwertung des Unep und der radikale Umbau der Nachhaltigkeitskommission bleiben im geforderten Umfang aus.

„FR“ und „Berliner Zeitung“ berichten ebenfalls am 21. Juni 2012 vom Entwurf des Abschlussdokuments als Thema des Tages. Die Titelseite der „FR“ zeigt abermals die Fischskulptur aus Plastikflaschen. Die Stichworte zielen auf das ungenügende Ergebnis des Abschlussdokuments und drücken Enttäuschung aus. In einem umfangreichen Artikel beider Zeitungen heißt es, „Rio enttäuscht noch vor dem Gipfel“. Mit Verweis auf Klaus Töpfer als Konferenzteilnehmer von 1992 wird befürchtet, dass man wohl hinter dem dort Erreichten zurückfalle. Das bestätigte sich als der brasilianische Außenminister das erarbeitete Kompromisspapier für beschlossen erklärte, bevor es überhaupt zur Diskussion kommen konnte. Lediglich die Entwicklungsländer hätten sich wegen der mangelnden Unep-Aufwertung beschwert, was vom Vertreter der USA sofort zurückgewiesen wurde. Die Beschwerden aus Europa fielen noch schwächer aus. So hat sich die Strategie der Gastgeber als erfolgreich erwiesen, die Initiative zu ergreifen und ein schwaches Kompromisspapier zu präsentieren, anstatt die Verhandlungen scheitern zu lassen. Alle Streitpunkte wurden dafür einfach gestrichen, nämlich die Unterstützung für nachhaltige Entwicklung in armen Ländern, die Kappung der Subventionen für fossile Energieträger und die angemessene Aufwertung des Unep. Vermutet wurde weiter, dass sich die Gastgeber von der Erfahrung in Kopenhagen leiten ließen als die Klimatagung 2009 im Streit auseinanderging. Die Umweltaktivisten aber waren anschließend paralysiert und kommentierten die Beschlüsse als Rückschritte, als Scheitern und Sinnentleerung der Konferenz. Herrschte hier seitdem eine bedrückte Stimmung, wurde auf dem Alternativgipfel dagegen protestiert. Dem Versprechen der Green Economy wird nicht geglaubt, dass mit erneuerbaren Energien und Recycling die Welt zu retten sei. Die Konferenz habe mit der Realität nichts mehr zu tun. In einer Meinungsglosse wird dieses Ergebnis kommentiert, dass es sich bei dem Vorgehen des brasilianischen Gastgebers und Verhandlungsführers um eine „Überrumpelungstaktik“ handelte. Der Konferenzerfolg eines Kompromisspapiers wird als „Debakel“ für die Umweltpolitik gewertet, weil hiervon keine Impulse für nachhaltige Entwicklung ausgehen. Die wenigen Beschlüsse wurden in „Öko-Lyrik“ verpackt. Das Dokument sei sogar „gemessen an dem, was eigentlich geschehen müsste, eine Unverschämtheit“, wie anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse im Anschluss belegt wird. Eine begleitende Karikatur zeigt zwei junge Leute, die wegen des Abschlussdokuments nach einer zweiten Erde verlangen.

An diesem Tag finden sich auch in der „Bild“ zwei Beiträge auf der Titelseite. Neben einem kurzen, kritisch gehaltenen Bericht zu den Ergebnissen der Konferenz wird sie als „Gipfel der Sinnlosigkeit“ kommentiert. Ob der mageren Ergebnisse fordert der Kommentar die Gipfel-Teilnehmer auf, sich zu schämen und eine neue Erklärung zu erarbeiten.

Ein Beitrag in der „TAZ“ vom 21. Juni 2012 stellt die Finanzkrise als Hauptursache für das schwache Umweltengagement auf der Rio+20-Konferenz heraus. So wird auch hier festgestellt, dass die Konferenz schon vor der Eröffnung wegen des kaum noch veränderbaren Erklärungsentwurfs beendet war. Es zeigt sich daran, dass die Umwelt gegenüber den Problemen des Finanzmarkts ins Hintertreffen gerät. So werden Unmengen von Geld gern zur Bankenrettung aufgewandt, anstatt den ärmeren Ländern des Südens beim ökologischen Umbau zu helfen. Das Green-Economy-Konzept wird vom Norden als Geschäftsfeld etabliert, wenngleich dieser Ansatz nicht in Gänze verfangen konnte. Immerhin konnte die Feststellung unterschiedlicher Verantwortlichkeiten für die Umweltprobleme durch die gemeinsame Aktion der selbstbewusst auftretenden Entwicklungsländer erhalten bleiben, obwohl die USA das verändern wollten. Gegen die Einschränkung der Nutzung von Meeresressourcen aber fanden sich Länder zusammen, die sonst eher weniger gemeinsam haben, wie die USA und Venezuela. Zwischen dem tatsächlich Handlungsbedarf und dem vorliegenden Kompromissbeschluss aber tut sich ein breiter Graben auf. Fast fatalistisch wird im Artikel festgestellt, dass dies das Wesen aller Mega-Tagungen sei. Allein auf unteren Ebenen ließe sich wirklich etwas bewirken. Und so hat der Entwurf des Abschlussdokuments letztlich auch sein Gutes, weil sich die Verantwortlichen jetzt tatsächlichen, konkreten Problemen zuwenden können. Hier wird schon ein Abgesang auf internationale Tagungen als politisches Instrument gegeben, weil die Differenzen zwischen den Teilnehmerstaaten politisch im umfassenden Maße nicht zu überwinden sind. Das haben schon die ergebnislosen Klimakonferenzen gezeigt. Die Zukunft wird darum wohl viel eher von kleinräumigen Aktionen und Abkommen gestaltet werden.

Am 21. Juni 2012 wird auch in „Die Zeit“ kritisch der Inhalt der Verhandlungen in Rio kommentiert. Zwar würde von der Konferenz die klare Botschaft ausgehen, dass es nicht mehr wie bisher mit Wirtschaft und Konsum weitergehen kann, doch ändere sich tatsächlich eher nichts. Die Umweltzerstörung hingegen beschleunige sich. Der Artikel geht davon aus, dass nur bei Einstellung des Wirtschaftswachstums für nachfolgende Generationen noch etwas zum Leben bleibt. In dieser Situation aber produziere Europa dauerhaft Schulden, die nur durch Wachstum abgebaut werden können. Schließlich würden alle daran glauben, dass eine funktionierende Wirtschaft die Lösung für die Probleme der Welt ist. Aus diesem Grund interessiere sich niemand für die Rio+20-Konferenz. Die Umweltprobleme werden verdrängt, die Chancen für qualifiziertes Wachstum verspielt. Stattdessen erfolge Wachstum auf Pump, um mit einer globalen Umweltkonferenz die negativen Folgen zu bedauern. Dabei hätten die Probleme der Verschuldung und der Umwelt zusammen diskutiert werden können. Gefordert werden mehr Investitionen in Bildung und ein verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen. Die deutsche Energiewende sollte in ganz Europa populär werden und umweltpolitische Maßnahmen nicht als Nachteil erscheinen. Außerdem lassen sich die aufstrebenden Industrienationen wie China und Indien nicht vom westlichen Wachstumsmodell abraten, wenn Europa selbst ökologische Erkenntnisse vergisst.

Die „MOZ“ informiert ihre Leser am 22. Juni 2012 mit einer kleineren Agenturmeldung über den Verlauf der Konferenz und den unbefriedigenden Entwurf des Abschlussdokuments. Dabei wurde herausgestrichen, dass der deutsche Umweltminister den erzielten Kompromiss verteidige. So rät er, das Ergebnis der Konferenz nicht gering zu schätzen. Deutschland und die EU hätten immerhin einige Verbesserungen eingebracht, auch wenn sie sich nicht voll durchsetzen konnten. Der brasilianische Verhandlungsführer begründete den unterdurchschnittlichen Kompromiss damit, dass man für anspruchsvollere Beschlüsse auch bereit sein müsse, viel Geld auszugeben. Am Ende wird als wichtigstes Ergebnis die Förderung nachhaltiger Wirtschaft bei schonendem Ressourcenumgang im Sinne des Konzepts der Green Economy vorgestellt. Jedoch hielten Umweltverbände den Kongress für gescheitert, was mit der Wertung „Farce“ des BUND belegt wird. Eine begleitende Karikatur zeigt die Jesus-Skulptur von Rio mit Spinnweben unter den Armen.

Die Wochenendausgabe vom 23. und 24. Juni 2012 derselben Zeitung widmet der Rio+20-Konferenz zum Abschluss nahezu eine ganze Seite. Unter der Überschrift „Enttäuschung am Zuckerhut“ wird vom Appell einer neuseeländischen Schülerin vor den Delegierten der Konferenz berichtet, der angesichts des lapidaren Dokuments verhallt sei. Auch hier wird festgestellt, dass das Ende schon vor dem Beginn der Konferenz eingeläutet war, da das Abschlussdokument durch den brasilianischen Verhandlungsführer barsch durchgesetzt wurde. Zu bemerkenswerten Veränderungen kam es während der Diskussion nicht mehr. Vielmehr ging die Angst um, dass Rio so enden könnte wie Amsterdam 2009, nämlich im Streit, was der Gastgeber unbedingt vermeiden wollte. Stimmen von Umweltverbänden und Parteien werden zitiert, die zeigen, dass die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis eine allgemein verbreitete Stimmung ist. Der Autor fragt im Anschluss, welchen Sinn es hat, dass sich Regierungsvertreter treffen, wenn es nichts zu diskutieren gibt. Dieser Meinung sei auch der deutsche Entwicklungsminister. Nur der deutsche Umweltminister gibt sich mit dem Wenigen zufrieden. Am Dokument wollte im Grund niemand trotz der Unzufriedenheit noch etwas ändern. Der Artikel endet mit der Frage der eingangs zitierten Schülerin, ob die Delegierten die Konferenz lediglich bewältigen oder die Probleme tatsächlich lösen wollten.

Unter diesem Artikel zeigen zwei Grafiken Daten zum Treibhauseffekt und eine Informationsbox mit dem Titel „Knackpunkte von Rio“ die wichtigsten Verhandlungspunkte und deren Ergebnisse. Die Unep-Aufwertung, Green Economy, Nachhaltigkeitsziele wurden demnach positiv, die Finanzierung der armen Länder durch einen Umweltfond und der Meeresschutz negativ beschieden. Eine weitere Informationsbox präsentiert zwei Paragrafen der Abschlusserklärung. Einer besagt, dass jedes Land selbst seinen Weg finden muss, der andere beinhaltet die lasche Erklärung zum Meeresschutz. Die Schülerin wird hier als die Schutzbefohlene der politischen Entscheidungsträger präsentiert, der gegenüber die Politik versagt hat, indem sie die Erwartungen nicht erfüllte. Die Grafiken erinnern derweil an den Ge-

genstand der Konferenz, während die fünf Verhandlungspunkte das magere Ergebnis zusammenfassen, was durch den Auszug aus dem Abschlussdokument illustriert wurde. Als Illustration wurde auch hier die Fischskulptur aus Plastikflaschen gezeigt.

## **Synopse zur Konferenzphase**

Drei Tage dauerte die Rio+20-Konferenz, wobei das Ergebnis schon vor dem Beginn der Verhandlungen durch den brasilianischen Verhandlungsführer als festgelegt galt. Die Beiträge waren sofort vom Thema der Vorverhandlungen und des Entwurfs für das Abschlussdokument bestimmt. Der Entwurf wurde als unkonkret und darum ohne oder nur mit geringem Wert charakterisiert. Vor allem das Konzept der Green Economy war hier von Interesse. Dieses Thema trug maßgeblich zum Eindruck eines unkonkreten und halbherzigen Entwurfs bei, da die Bedingung, nämlich der Subventionsabbau für fossile Energieträger einerseits und konkretisierte Umsetzungsmaßnahmen andererseits darin fehlten. Auf diese Weise leiste es als neues Leitbild, das vom Norden gewollt wurde, der Wachstumsideologie Vorschub. Darum wurden als bestimmend für die Verhandlungen Wirtschaftsinteressen ausgemacht. Im Zusammenhang mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erscheint die Orientierung auf Wachstum in der bestimmenden ökonomischen Logik beinahe unvermeidbar.

Dies beeinflusst auch die Verhandlungen über andere Themen, wie die Unep-Aufwertung, die von der G77 mit Hinweis auf die mangelnde Zahlungsbereitschaft des Nordens zur Disposition gestellt wurde. Als weitere Akteursgruppen wurde eine unwahrscheinliche Koalition aus USA und Venezuela als Verhinderer des Meeresschutzabkommens bemerkt. Die EU und Deutschland hingegen bildeten in den Darstellungen diejenigen, die gegen den Entwurf in der vorgelegten Form opponierten.

Insbesondere die Rolle Brasiliens als Verhandlungsführer wurde immer wieder hervorgehoben. Im Vorgehen des Verhandlungsführers Streitpunkte nicht zu verhandeln, sondern zu streichen, wurde eine Strategie erkannt, die Konferenz unbedingt zu einem Erfolg zu führen, der sich am Scheitern der Klimakonferenz 2009 maß. Dieses Ziel erschien im Grund akzeptabel. Jedoch wurde kritisch vermerkt, dass sich die scheinbare Stärke des Verhandlungsführers nur auf die formale, nicht aber auf die inhaltliche Gestaltung bezog. Mehr noch aber gab die Art des rigorosen Vorgehens Anlass zur Kritik, die noch durch die vorfristige Erklärung des Entwurfs zum eigentlichen Abschlussdokument, verstärkt wurde.

Die kritischen Stimmen richteten sich nun nicht nur auf einzelne Verhandlungspunkte, sondern auf den Verlauf der Vorverhandlungen und den erwarteten Ergebnissen der Konferenz. Mit der Erklärung des Entwurfs zum Abschlussdokument verloren die Verhandlungen noch vor Beginn der eigentlichen Konferenz ihren Sinn. Die so vorordnete Tatenlosigkeit erschien als Skandal, der Entwurf als Enttäuschung und die gerade erst beginnende Konferenz als Gefährdung der umweltpolitischen Bemühungen. Denn die Erwartungen waren nun nicht nur mehr gering, sondern auf einem Tiefpunkt angekommen.



Nun wurde den Staatschefs, die der Konferenz fern blieben, statt Verantwortungslosigkeit weise Voraussicht attestiert. Der Verhandlungsverlauf vermittelte den Eindruck, dass von Anfang an nichts mehr zu bewegen gewesen sei. Erste Kommentare zweifelten schon, ob die Form einer globalen Tagung überhaupt geeignet sei, die thematisierten Probleme zu verhandeln. Wenn deren Ergebnisse nur Kompromisse ohne Verbindlichkeit seien, dann sind sie nichts weiter als die moralisierende Beruhigung des schlechten Umweltgewissens. Allein Aktionen von unten, also nicht auf globalem, politisch hochrangigem Niveau könnten tatsächlich etwas bewegen und Wirkungen zeitigen. Der Protest von Umweltverbänden und der Alternativgipfel in Rio aber blieben trotzdem weitgehend unbeachtet von den Medien.

Gegenüber dem kritischen und fatalistischen Stimmen aber regte sich in den Verlautbarungen der deutschen Politiker, insbesondere des Bundesumweltministers, trotz aller Unzufriedenheit eine Zuversicht, dass die Konferenz mit dem Abschlussdokument Ergebnisse zeitigen werde. Diese Zuversicht lässt sich als Zweckoptimismus kennzeichnen.

Die Beiträge zur Verhandlungsphase waren neben den eingeführten Kennzeichnungen mit Logos in einigen Zeitungen und den üblichen Porträts im Fall von Interviews vor allem mit ein und demselben Motiv bebildert, der Fischskulptur aus Plastikflaschen am Strand von Rio. Dieses Bild wirkte insbesondere in Nachtaufnahmen durch seine Beleuchtung attraktiv und konnte darum als Aufmerksamkeitsanlass wirken. Die Dominanz dieses Motivs aber deutet auch auf die nachlassende Vielfalt in der Berichterstattung hin, die gerade noch in den ersten beiden Phasen bei den bilanzierenden und Hintergrundberichten zu vermerken war. Die stattfindenden Ereignisse der Rio+20-Konferenz prägten in überaus gleicher Weise die beobachtete Medienlandschaft.

### ***c) Die vierte Berichtsphase: Das Ende globaler Lösungen? Kommentare im Nachgang***

#### **Enttäuschender Kompromiss statt notwendiger Vereinbarungen**

Schon wie ein abschließender Kommentar liest sich ein einseitiges Interview in „Die Zeit“ vom 21. Juni 2012 mit vier jungen Umweltaktivisten, die jeweils mit Foto und Informationen vorgestellt wurden. Die Rio+20-Konferenz bewerteten sie als uninteressant. Besser als ein Kompromissbeschluss wären der offene Streit gewesen oder wenige konkrete Maßnahmen, wie der Verzicht auf fossile Brennstoffe oder Engagement vor Ort. Jedoch sind trotz aller Enttäuschungen internationale Vereinbarungen unabdingbar, weil es nicht nur um Umweltprobleme, sondern globale Gerechtigkeit gehe. Deshalb muss der Norden die ihm zukommende Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für die CO<sub>2</sub>-Emission Chinas, weil diese aus der Produktion für die EU resultiert. Die Beschlüsse von Rio 1992 setzten bei der Bekämpfung von Armut und der Lösung von Umweltproblemen auf wirtschaftliches Wachstum.

Es reicht darum nicht aus, wenn dieser Strategie nun der Name „Green Economy“ gegeben wird. Vielmehr geht es um eine umfassende Transformation der Gesellschaft. Darum sind Aktionen von unten wichtig, denn schon die Lage vor der eigenen Haustür ist bedenklich. So muss man gegen Massentierhaltung oder neue Autobahnanschlüsse protestieren; das sei wichtiger als die internationalen Treffen. Denn Engagement mobilisiert die Politik, indem machtlose Bereiche besetzt werden. Das ist jedoch nur möglich, wenn Kommunen ihre Kompetenz nicht an Unternehmen abgeben. Unternehmen können einerseits Umweltschutz unterstützen, aber auch torpedieren. Allgemein aber müsse weniger konsumiert werden. Diese Freiheitsbeschränkung könne nicht allgemein vorgeschrieben werden, doch seien diese Vorbehalte auch nur Ausdruck einer Freiheitsillusion, wenn der Konsum vom Einkommen abhängt. Eine andere Wirtschaftsordnung sei für die Umwelt nötig, ohne dass man sagen könnte, welche das sein soll. Alternative Konsumpraktiken wie Tauschen aber drängen kapitalistische Prinzipien zurück. Aktionen können heute wirksamer als zuvor mittels der modernen Kommunikationstechnik organisiert werden. Protest ist aber auch noch vor Ort nötig, um in der Politik etwas zu bewegen gegen die wirtschaftlichen Widerstände und Einflüsse. Protest lässt sich konkret auch als Erfolg erleben, wenn sich etwas bewegt. Dann sei auch eine Bereitschaft zum Engagement zu beobachten.

In diesem Interview wird schon die Stimmung der Enttäuschung und Alternativsuche vorweggenommen. Zur Eigeninitiative ermutigen auch die Aussagen des Unep-Chefs, die in der „FR“ am gleichen Tag, dem 21. Juni 2012 erschienen. Er rät zu einer bewussten Ernährung, bei der der Fleischkonsum aus umweltschonenden Gründen eingeschränkt wird. Es geht ihm dabei um einen „bewussteren Konsum“ wie auch um eine größere Effizienz bei der Herstellung, Verarbeitung und dem Transport von Lebensmitteln. Derzeit gehen 40 Prozent der weltweit hergestellten Nahrungsmittel auf dem Weg zwischen Acker und Küchentisch verloren. Dafür muss man die „Abkehr vom Billigprinzip“ bei Lebensmitteln in Deutschland fordern. Wenngleich dieses Thema keine Rolle bei den Berichten über die Rio+20-Konferenz spielte, ist der Beitrag einer der wenigen Beispiele, die an Eigeninitiative der Konsumentinnen und Konsumenten appellieren.

Ansonsten geht es in den Reflexionen vor allem um kommentierende Einschätzungen der Konferenzergebnisse, woran zugleich der Sinn solcher Großveranstaltungen diskutiert wird. Für die umfangreiche Glosse in der „FAZ“ vom 22. Juni 2012 handelte es sich um eine „Floskelkonferenz“ in Rio. Ironisch beginnt der Kommentar, der Gastgeber habe seinem Klischee als Zauderer und Lavierer nicht entsprochen, sondern den Entwurf zum Abschlussdokument durchgesetzt, sodass die Konferenz ihr Ende schon vor dem eigentlichen Beginn fand. Damit wurde den Regierungsoberen die Mühsal des Aushandelns abgenommen. Die Bundeskanzlerin lag also richtig, gar nicht erst nach Rio zu fahren. Überhaupt hätten sich die Teilnehmer die Reise sparen können und im vorhandenen institutionellen Rahmen die Beschlüsse fassen können. Damit ähnelt „Rio+20“ der gescheiterten Klimakonferenz 2009, obwohl der

Gastgeber das gerade vermeiden wollte. Denn das verabschiedete Dokument blieb auf diese Weise inhaltsleer und vage. Es ist nicht zukunftsweisend, sondern ein „Dokument des Versagens“. Auch die Absicht, in den folgenden Jahren Kriterien nachhaltiger Entwicklung aufzustellen, oder die geringe Unep-Aufwertung erscheinen als nicht ausreichende Maßnahmen. Die UNO selbst scheint nicht daran interessiert zu sein, auf Subventionsverzicht für fossile Energieträger und nachhaltige Investitionen zu drängen. Die Enttäuschung wird erst recht vor dem Hintergrund der ersten Rio-Konferenz von 1992 deutlich. Damals gab es nicht nur einen Plan mit der Agenda 21, sondern auch drei konkrete Übereinkünfte, nämlich Klimaschutz, Artenschutz und Maßnahmen gegen die Wüstenbildung. Zwanzig Jahre später wurde viel Luft produziert und viele Flugkilometer verschwendet ohne etwas zum Besseren zu bewegen. Der Ressourcenverbrauch geht ungebremst weiter, weil Globalisierung und Wachstum für Wohlstand sorgen, den die profitierenden Entwicklungsländer nicht eingeschränkt wissen wollen. Das war schon eines der grundsätzlichen Probleme der Klimaverhandlungen, und darum kommen auch die Verhandlungen über Nachhaltigkeit nicht voran. Dazu kommt die Fülle an zu verhandelnden Themen. Besser wäre es, die Probleme einzeln anzugehen. Doch der Slogan von der „grünen Wirtschaft“ weckt eher Befürchtungen um eine daraus folgende Einschränkung wirtschaftlicher Kräfte. Das wird durch die Umweltaktivisten noch befeuert mit Forderungen nach dem Ende des Bevölkerungswachstums, weil der Mensch als Umweltschaden erscheint. Doch können Umweltprobleme nur durch Initiativen wie Forschung und Erfindung bewältigt werden. Das zu erkennen, war die Konferenz weit entfernt. Die Hoffnungen von 1992 wurden 20 Jahre später beerdigt.

Ein nüchterner Bericht in derselben Zeitung schlägt mit seinem kommentierenden Bild einen ähnlich ironischen Ton an: Anstelle von Ergebnissen gründet der UNO-Vorsitzende ein neues Institut. Der Artikel fasst die bekannten Fakten, das früh fixierte Abschlussdokument sowie die Abwesenheit der deutschen Kanzlerin und des US-amerikanischen Präsidenten, nochmals zusammen. Die Kritik am Abschlussdokument richtet sich auf dessen Inhaltsleere, die angesichts der Erwartungen enttäuschte. Die verschobenen, unzureichenden oder negativ beschiedenen Entscheidungen werden ebenfalls aufgezählt. China und die Entwicklungsländer sorgten entgegen den Ambitionen der Industriestaaten mit dem Erhalt des Hinweises auf eine „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ für ihr Schlupfloch, um selbst keine Verantwortung zu übernehmen. Trotzdem äußerte der UN-Vorsitzende die Hoffnung, dass mit dem Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz mehr vorangebracht werden könne als seit 1992. Der deutsche Bundesumweltminister bewertete das Dokument als ein „Etappensieg“, was mehr als nichts sei, da hier eine Grundlage geschaffen worden sei. Der deutsche Entwicklungsminister sah für die kommenden Jahre darin eine Gestaltungsaufgabe, etwa die Millenniumsziele mit den Nachhaltigkeitszielen zu einem „kohärenten“ System abzustimmen. Entgegen der Kritik der Umweltverbände findet der Industrieverband zustimmende Worte für das Konferenzergebnis, weil nur

diejenigen enttäuscht sein können, die unrealistische Hoffnungen pflegten. Einig ist man sich darin, dass die nun folgenden Prozesse wichtiger als die Konferenz selbst sind.

Ein dritter Beitrag in der „FAZ“ vom 22. Juni 2012 ist wiederum eine Glosse im Feuilleton. Hier geht es vor allem um eine Einschätzung des Verhaltens der verschiedenen Protagonisten der Konferenz am Beispiel des Auftretens des UN-Vorsitzenden Ban Ki-Moon. So war die Organisation um einen ruhigen Ablauf der Informationsveranstaltung für den UN-Vorsitzenden bemüht. Protest wurde nach draußen delegiert. Das Treffen des UN-Vorsitzenden mit Vertretern verschiedener Verbände erschien so, als ob „die ‚Zivilgesellschaft‘ öffentlich Hof“ hielt. Dabei hofften jene auf Fürsprache, weil die Delegierten nach einem Tag meldeten, dass das vorliegende Abschlussdokument nicht mehr verändert werden wird. Dabei würde dieses die alte Agenda 21 nur noch „verhöhnen“. Einige suchten darin noch nach kleinen Erfolgen, andere resignierten schon. Deshalb fehlten vor allem die umweltengagierten Aktivisten. Der UN-Vorsitzende selbst wurde als Vermittler zwischen den politischen Interessen freundlich begrüßt und nicht wegen des Ergebnisses kritisiert. Und so redet auch der „UN-Chef, der die Lyrik des Versagens wie kein Zweiter beherrscht“, das Ergebnis zum Erfolg. Jedoch habe das Dokument keine Substanz, weil die geforderten Konkretisierungen abgeschmettert wurden. Die Verbände lassen sich mit der anerkennenden Bemerkung, dass das meiste im Dokument von ihnen stamme, über das magere Ergebnis hinwegtrösten. Dieser Hinweis und die Forderung nach Pragmatik seien jedoch eine „Beleidigung“ angesichts der Kürzungen von zwei Dritteln des ursprünglichen Dokuments, das nur noch aus Satzhülsen bestehe. So macht sich der UN-Vorsitzende gemein mit der Staatenmehrheit und die Verbandsvertreter applaudierten höflich. Der ironische Ton wird hier verschärft zu einem Sarkasmus, der sich jede Hoffnung auf ehrlichem Willen zur Bewältigung der Umweltprobleme entsagt. Auch die Hoffnungsträger enttäuschen, weil sie ihre eigenen Ideen verrieten, werden aber trotzdem noch hofiert. Auf diese Weise steht der UN-Chef prototypisch für die Verkehrung des Scheiterns in einen Erfolg unter der finalen Forderung nach Pragmatik.

Am selben Tag meldet auch die „FR“ den „Abgesang von Rio“. Die ehemalige norwegische Regierungschefin und Namensgeberin des gleichnamigen Berichts, Gro Harlem Brundtland, konstatiert angesichts des Konferenzergebnisses: „Wir brauchen den Druck von der Zivilgesellschaft“. Die Hoffnung liegt „nun wieder bei den Bürgern, die ihre Politiker zwingen müssen, beim Regieren die hehren Ziele nicht aus den Augen zu verlieren“. Die Vision einer nachhaltiger Entwicklung ist nämlich im Abschlussdokument kollabiert, und der „Jubiläumsgipfel wurde zur Trauerfeier“. Zwar können die Beschlüsse auch als Fortschritt ansehen werden, aber sie bleiben doch unzureichend, wie die nur halbe Aufwertung des Unep. Das Ziel der Konferenz war der Konsens, „statt Fortschritte in der Sache zu erreichen“. War der erste Weltgipfel 1992 noch ein „kurzer Lichtblick“ nach dem Ende des Kalten Krieges, wurde dieses Leitmuster durch „Marrakesch“, nämlich der Gründung der Welthandelsorganisation,

die die globale Handelsliberalisierung verfolgt, ersetzt. Priorität habe seitdem die Öffnung der Märkte und nicht mehr die Armutsbekämpfung. Doch führte die Deregulierungsstrategie zur Destabilisierung. Der Hoffnung, dass Maßnahmen zur Bewältigung der Umweltkrise auf der Rio+20-Konferenz beschlossen werden, standen Schuldenkrise, Eurokrise, Bankenkrise und Wirtschaftskrise entgegen. Langfristige Probleme wie Klimawandel und Hunger in Afrika geraten damit aus dem Blick. Vor diesem Hintergrund war das Fernbleiben der deutschen Kanzlerin nur „konsequent“. Doch war dies auch Symbol für das Nachlassen europäischer Umweltambitionen. Trotzdem gibt es wegen der globalen Probleme keine Alternativen zu den UN-geführten globalen Versammlungen. Nun muss der Druck auf die Politik erhöht werden durch die Zivilgesellschaft. Vorreiterländer im Norden müssen modellhaft zeigen, dass die Energiewende funktioniert und ein ressourcenleichtes Produzieren und Konsumieren einen „besseren Wohlstand“ erzeugt. Vorreiterländer müssen bilaterale Allianzen mit Entwicklungsländern eingehen, um „die grüne Wirtschaft in gemeinsamen Projekten voranzubringen“.

Insofern scheint das Scheitern auch Chancen zu bergen. Diese werden insbesondere durch die Industrie im Zusammenhang mit dem Green-Economy-Konzept betont. So berichtet die „SZ“ mit einem vierspaltigen Beitrag am 22. Juni 2012 darüber, dass die deutsche Industrie während der Konferenz ihre umweltfreundlichen Produkte offensiv vorstellte. Dass die deutsche Industrie bei umweltfreundlichen Produkten führend sei, bleibt auch von den enttäuschenden Resultaten der Konferenz unbenommen. Obwohl konkrete Maßnahmen aufgrund der Bedenken der Entwicklungsländer wie Brasilien und Indien nicht beschlossen wurden, tangieren diese nicht das Ökobusiness. Für den deutschen Umweltminister ist die Industrie Partner bei der Lösung der Umweltprobleme. Die Konferenz zeige, dass Umwelttechnik und hier vor allem erneuerbare Energien, ein wichtiger Markt sind. Zwar fällt die Propagierung der deutschen Energiewende nicht leicht, doch ließen sich nach dem Umweltminister hier Exportchancen ausloten, erst recht im Zusammenhang mit der am Umweltschutz gebundene Entwicklungshilfe. Die Kritik an der Green Economy richtet sich gegen das Festhalten am Wachstumsparadigma. Es muss sich zeigen, dass hier nicht nur Imagepolitik und Pragmatismus regieren. Darum ist es bedauerlich, dass sich das deutsche Wirtschaftsministerium nicht für das Umweltthema und die Konferenz interessierte.

Die „OHP“ stellte die Enttäuschung über den Ausgang der Rio+20-Konferenz am 22. Juni 2012 anhand einer Sammlung kritischer Stimmen zum Abschlussdokument heraus. Diese Stimmen sprechen davon, dass es sich um ein „Begräbnis erster Klasse für mehr Umwelt- und Klimaschutz“ (BUND) handelt, jedermann unglücklich mit der Vereinbarung (EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard), auch die Bundesregierung mit dem Abschlussdokument nicht wirklich zufrieden sei (Altmaier). Zur relativierenden Reaktion des deutschen Entwicklungsministers wurde kritisch bemerkt: Er „wusch [sich] zugleich die Hände in Unschuld“, denn vonseiten der EU und Deutschlands wären „verbindlichere Vereinbarungen“ möglich gewesen. Die USA sehen das Abschlussdokument sogar als „Fortschritt“

an. Die unterschiedliche Interpretation des Dokuments zeigt, wie vage dieses an sich formuliert wurde. Allerdings kann man das Abschlussdokument aufgrund der politischen Stimmen als Misserfolg werten. Das begleitende Bild zeigt einen großen Eisbären-Luftballon mit „Greenpeace“-Schriftzug, der an Seilen in der Luft schwebt, während einer Greenpeace Aktion zur Rettung der Arktis.

Tags darauf stellt die „OHP“ mit einer dpa-Meldung diese Ambivalenz der Meinungen nochmals heraus. Umweltschützer waren vom Konferenzergebnis enttäuscht, heißt es. So sprachen die Umweltverbände von einem „kolossalen Scheitern“, wohingegen die meisten Konferenzteilnehmer einen „Schritt in die richtige Richtung“ sahen. Von der Abschlussdeklaration, die ein „Minimalkompromiss“ sei, hatte der deutsche Umweltminister ein „gemischtes Bild“. Positiv sei aber die Feststellung eines erstmaligen Konsens aller Staaten beim Green Economy-Konzept.

### **Die Alternative: Partikulare Vereinbarungen statt globaler Lösungen?**

Die „SZ“ kommentiert am 23. Juni 2012 das Umdeuten des Scheiterns in einen akzeptablen und damit erfolgreichen Kompromiss am Beispiel der Haltung des deutschen Umweltministers. So würde Altmaier einen begrifflichen „Tunnelbau“ betreiben, indem er sich mit Assoziationsketten durch Problemberge gräbt. Ihm erscheine ein grünes Handbändchen als notwendiger Geduldsfaden bei der Einigung verschiedener Partner, die sich etwa beim Bau eines Tunnels treffen müssen. Als solch ein Tunnelbauer begreife sich der Minister, vermutet die „SZ“. Die Europäer wollten an umweltgerechten Lösungen mitarbeiten, nicht aber die anderen Teilnehmerstaaten wie die USA, China und Brasilien. Weil die Europäer im Augenblick wirtschaftlich geschwächt seien, mussten sie auf China zugehen, das derzeit als Retter erscheine. Unter dem oberflächlichen Stillstand bewege sich sehr viel für den Minister. Der Erfolg deutscher Umweltpolitik rührt von der Einsicht, dass der Wandel langsam aber mächtig vorangeht. Deutschland sei beim Umweltschutz und der Energiewende ein Vorreiter. Daran sind andere Länder interessiert, sodass gemeinsames Handeln möglich wird. Das Zusammenführen solcher Interessen sei sinnvoller als Großveranstaltungen wie Rio, wie der Umweltminister per Kurznachrichtendienst mitteilte. Erwartete der Minister auch kaum etwas von der Konferenz, stellt sich diese inzwischen als riesiger Misserfolg heraus, wie die Umweltschutzverbände einschätzen. Da müssen sich der Umwelt- und der Entwicklungsminister nun sehr strecken, wenn sie die Konferenz als Erfolg bewerten und zugleich dessen Sinn infrage stellen. Ironisch schließt der Beitrag mit der Bemerkung, dass Altmaier überlegt, das grüne Geduldsbändchen in Polyethylen gießen zu lassen, sodass dieses immer ganz bleibt. Der fünf-spaltige Bericht, der mit einem Bild Altmaiers im Golfwagen auf dem Weg zwischen zwei Konferenztterminen illustriert ist, erweckt den Eindruck, dass der Umweltminister einerseits zweckoptimistisch argumentiert, andererseits aber Pragmatiker genug ist, um in seinen Erwartungen realistisch zu bleiben. Netzwerkarbeit war darum wichtiger als Verlautbarungen auf der Konferenz. Die konkreten Probleme

werden in Deutschland wie auch von Rio aus gelöst. Darum braucht man solche Veranstaltungen eigentlich gar nicht, wenn man nur konkrete Vereinbarungen und Vernetzungen auf unterer Ebene realisiert.

Die „Berliner Zeitung“ erklärt die Rio+20-Konferenz in der Wochenendausgabe vom 23. und 24. Juni 2012 zu einem „wichtigen Flop“. Blieben die Konferenzergebnisse auch hinter den Erwartungen zurück, will die Bundesregierung doch nach Verlautbarungen des Umweltministers sowieso mit einem Netzwerk eine „neue Allianz“ für die Umwelt bilden. Für den Umweltminister war die Konferenz herausragend, wenn auch nicht in allen Punkten zufriedenstellend. Denn das Green Economy-Konzept wurde wahrgenommen, die Aufwertung des Umweltprogramms der UN kam voran. So wurden kleine Schritte genommen, ein Scheitern wäre hingegen katastrophal gewesen. Die Konferenz verdeutlichte die Grenzen solcher Veranstaltungen, wenn man auf Zurückbleibende Rücksicht nehmen muss. Darum will Deutschland eigene Netzwerke gründen mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, damit man selbst etwas tut und nicht nur fordert. Die Energiewende ist dafür Beleg. Anders als die Politik bewerteten Umweltverbände die Konferenz als Scheitern. So meinte der WBGU man müsse von „Rio minus 20“ sprechen, wenn der Verhandlungsführer einfach alle strittigen Punkte streiche, wie etwa die Stärkung von Frauenrechten, die sogar die amerikanische Außenministerin gefordert hatte. Jetzt sei Basisarbeit angezeigt, um die wenigen positiven Impulse zu nutzen. Auch das Green Economy-Konzept fand keine umfassende Zustimmung, denn die linksgerichteten Regierungschefs Lateinamerikas lehnten es ab, weil nur der ökonomische Zugriff auf Naturressourcen forciert, aber der Westen nicht seiner Verantwortung damit gerecht werde. Ein Interview mit dem Chef des WWF in derselben Ausgabe der „Berliner Zeitung“ unterstreicht die Enttäuschung über das Konferenzergebnis. So sei man als Umweltverband auch auf die Unterstützung von Unternehmen angewiesen, weil die Politik zu langsam agiert, wie der Rio-Gipfel zeigte. Das Abschlussdokument sei nämlich eine Katastrophe, weil es keine konkreten Maßnahmen enthält.

Die Bewertung der Rio+20-Konferenz durch den deutschen Umweltminister als Erfolg war auch Ausgangspunkt in einem zweispaltigen resümierenden Bericht der „FAZ“ vom 23. Juni 2012. Die deutsche Regierung sei nun an einer „Koalition der Willigen“ interessiert. Als Grund für die positive Einschätzung durch Altmaier wird auch hier die Einigung auf das Green Economy-Konzept angegeben. Berichtet wird im Weiteren, dass in den nächsten Jahren konkrete Maßnahmen in Abstimmung mit den Millenniumszielen festgelegt werden müssten. Die Beschlüsse stellten Aufgaben für die deutsche Regierung dar, etwa die Unep-Aufwertung zu einer UN-Organisation später erneut anzustrengen. Neben anderen Punkten, bei den die EU sich nicht durchsetzen konnte, wies der Umweltminister auf den verhinderten Meeresschutz hin. Doch wird die deutsche Regierung die Initiative zu den Klimaschutzvereinbarungen erneuern. Dabei soll schon auf dem Klimagipfel in Qatar eine Vernetzung jener erreicht werden, die

sich hier stärker engagieren wollen. Diesen Vorreitern sollen sich dann weitere Staaten anschließen. Den geringen Erfolg der Konferenz führte Altmaier auf die Notwendigkeit zurück, dass man alle – auch die Zurückbleibenden – mitnehmen müsse.

Neben dem einseitigen umfassenden Bericht zu den Ergebnissen der Rio+20-Konferenz in der „MOZ“ fand sich in der Wochenendausgabe vom 23. und 24. Juni 2012 auch ein Kommentar, in dem explizit die Form der Konferenz kritisiert wird. Rio sei mit „Hoffnung überfrachtet“ gewesen, habe sich mit der Themenvielfalt schlicht übernommen und sei daran gescheitert. Da war das unverbindliche Abschlussdokument nur die logische Folge. Besser wäre es gewesen, wenige konkrete Punkte zu verhandeln. Sicher sei, dass Nachhaltigkeit Verzicht bei sinkendem Lebensstandard bedeute. Hin zu diesem Ziel sei das Green Economy-Konzept nur eine halbe Wende, weil Wachstum und Ressourcenverbrauch als Paradigmen erhalten bleiben. Die Schwäche der Green Economy könne man schon am gescheiterten Beschluss zum Meeresschutz zugunsten der Nutzung von Ölvorkommen ermessen. Nachhaltige Wirtschaftselemente und Anreize werden lediglich für das Image ausgenutzt, aber ansonsten immer weiterer Raubbau betrieben, wie die Anhäufung von Klimazertifikaten und die Auswirkungen des Energiepflanzenanbaus zeigten. Es gibt in der Wirtschaft keine Generationenverpflichtung, sondern nur eine gegenüber den Anteilseignern. Darum muss man einsehen, dass die nachhaltige Transformation keine Mehrheit in der Welt findet. Der resignierte Kommentar spricht sich ausdrücklich für die Interpretation der Nachhaltigkeit als Suffizienz aus und schließt sich der Kritik der Umweltverbände am Green Economy-Konzept an.

Eine scharfe Kritik an den Konferenzergebnissen üben in der Online-Ausgabe der „Zeit“ am 25. Juni 2012 Claus Leggewie, Dirk Messner und Hans Joachim Schellnhuber als Mitglieder des WBGU. Ausgangspunkt der Kritik ist die Einsicht, dass die Konferenz kein Erfolg war. Gleichwohl geht der Umbau zur nachhaltigen Wirtschaft weiter. Insofern sind „Gesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen“ schon „weiter als die Politik“. Doch konnte das Jubiläum nicht am Optimismus der Gründungskonferenz 20 Jahren zuvor anknüpfen, denn das Abschlussdokument ist nicht wegweisend. Es hat eher negative Signalwirkung. Den politischen Führern seien die Anforderungen zu groß, sodass die Staaten der Welt den gesellschaftlichen Umbau nicht durchsetzen und bewältigen können. Nicht einmal die kleinste Zielmarke wurde erreicht, nämlich die organisatorische Betonung der Bedeutung des Umweltproblems durch die Unep-Aufwertung oder die Überführung des Nachhaltigkeitsrates in eine angemessene Organisation. Das Ziel Green Economy als verknüpftes Programm aus Umweltschutz und Armutsbekämpfung bleibt ungenau. Die Autoren zweifelten, ob Großveranstaltungen das geeignete Medium sind, denn sie schaffen es nicht aufgrund der vielen Probleme, wenigstens einzelne einer Lösung zuzuführen. Doch sei Pessimismus angesichts der politischen Misere nicht angezeigt, da der Rest der Gesellschaft die nachhaltige Transformation ohnehin voranbringt und insofern fortschrittlicher ist. Dafür ist der



Energieumbau in Deutschland eine wichtige Motivation. Auch auf der Rio+20-Konferenz ließ sich erleben, dass der Nachhaltigkeitsumbau schon längst stattfindet. So wurde unabhängig vom Abschlussdokument ein ambitioniertes Programm von 50 Entwicklungsländern und Unternehmen für die effiziente Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien verabschiedet. Andere Gruppen wie afrikanische Regierungen, die Weltbank und Unternehmen vereinbarten Naturschutzmaßnahmen. Hochrangige Wissenschaftler unterstützen die nachhaltige Transformation, und Städtebünde arbeiten mit Unternehmen zusammen, um umweltverträgliche Techniken zu entwickeln. Politisch aber war eine gegenseitige Behinderung von EU, USA und Entwicklungsländern festzustellen. Deshalb sind die Initiativen der Zivilgesellschaft umso wichtiger, wozu jedoch auch international zukunftsweisende Übereinkünfte von Staaten gebraucht werden, die Politik und Wirtschaft gleichermaßen über unveräußerliche gemeinsame Güter aufklären. Letztlich muss die „gesamte Gesellschaft“ für die nachhaltige Transformation sorgen, weil „die Natur [...] nicht mit sich verhandeln“ lässt.

Am 26. Juni 2012 weist die „SZ“ mit einer Agenturmeldung auch auf die Unzufriedenheit der deutschen Kanzlerin mit den Konferenzergebnissen hin, die sie vor dem Rat für Nachhaltigkeit ausdrückte. Dabei bedauert sie, dass sich Deutschland bei den Beschlüssen nicht durchsetzen konnte, weil der Widerstand gegen verbindliche Vereinbarungen und die Unep-Aufwertung zu groß gewesen seien.

Zufriedene Stimmen zum Ergebnis der Rio+20-Konferenz präsentiert die „TAZ“ in üblicher Weise markiert mit einem Sticker des Konferenzlogos. Der Beitrag weist auf die Aussage von Boliviens Verhandlungsführer hin, dass die Rechte von Frauen und indigenen Völkern gestärkt worden seien, wenn dies auch nicht im Text des Abschlussdokuments stehe und von Beiträgen in anderen Zeitungen mindestens für die Frauenrechte bestritten wird. Gemeinsam mit dem brasilianischen Verhandlungsführer und der brasilianischen Regierungschefin sei man zufrieden, dass der Emissionshandel beschränkt wurde und so „der Green Economy in dem Abschlussdokument die Zähne gezogen wurden“, denn dies diene nur zur Legitimation weiteren korrupten Raubbaus und der Enteignung der Waldbewohner. Wie die Ausführungen des WGBU betont der Artikel die Bedeutung der Zivilgesellschaft angesichts des Versagens der Politik. Bürgermeister vereinbarten außerhalb der Verhandlungen zum Abschlussdokument Maßnahmen zur Emissionsbeschränkung. Außerdem wurden im alternativen Manifest „Zukunft ist möglich“ Gemeinschaftsgüter als unverfügbar für Politik und Wirtschaft deklariert. Auch wenn dies nicht verbindliche Vereinbarungen sind, so sorgt das Manifest dafür, dass die Politik in Zukunft darauf aufmerksam wird.

Entgegen der Aussage im Beitrag der TAZ wird in einer Glosse der Wissenschaftsbeilage der „FAZ“ vom 26. Juni 2012 eine scharfe Kritik wegen der „vergessenen Frauenrechte“ am Abschlussdokument geübt. Frauen seien die eigentlichen Verlierer im Kampf für Nachhaltigkeit. Der Beitrag hebt damit an, dass der Gipfel „für viele eine herbe Enttäuschung“ war. Jedoch hätten Frauen vor allem in armen und

fundamentalistischen, aber auch wohlhabenderen Ländern und Regionen tatsächlich verloren. Ihnen wurden nämlich die Schwangerschaftskontrolle und das Abtreibungsrecht, die sogenannten reproduktiven Rechte vorenthalten, weil die entsprechende Passage im Abschlussdokument gestrichen wurde, obwohl die UN selbst Gründe dafür anführte. Nur die amerikanische Außenministerin forderte dieses Recht auf der Konferenz ein, weil Frauen die nachhaltige Transformation tragen, und nur sie erhielt lauten Applaus „in einer endlosen Folge von Plenarvorträgen der Staats- und Regierungschefs“.

Am 28. Juni 2012 taucht der Bezug zur Rio+20-Konferenz letztmalig in der „FAZ“ auf. In einem Gastbeitrag zur rechtsstaatlichen Verantwortung für den Klimawandel wird bemerkt, dass sich die Staaten beim 20. Jubiläum der Konferenz unmotiviert getroffen haben, nämlich „ohne Willens oder in der Lage gewesen zu sein“, ein Signal im Kampf gegen den Klimawandel zu setzen. Im Weiteren wird deutlich, dass der Bezug auf die Konferenz nur ein Aufhänger für die Diskussion um rechtliche Verpflichtungen von Staaten für die Folgen des Klimawandels im Rahmen der UNO ist.

In einem Essay des „Spiegels“ vom 25. Juni 2012 kritisiert Harald Welzer nicht nur den Inhalt, sondern auch die Form der Rio+20-Konferenz. Der Text war mit einem Bild illustriert, das symmetrisch links und rechts entlang einer schmalen Tafel angeordnet jeweils drei männliche Personen mit gleichen neutralen, weißen Masken in einer öden Landschaft zeigen. Auf der Tafel stehen leere Teller und Becher, in denen Fahnen stecken. Die Männer halten Schilder auf denen erkennbar „Hungry“, „Fome“ (portugiesisch für Hunger) und „Shame“ zu lesen ist. Die Bildunterschrift erklärt das Bild als Protestaktion während der Rio+20-Konferenz und kommentiert, dass die Ordnung ihre eigene Voraussetzung untergräbt. Das Bild lenkt somit auf einen im deutschen Kontext eher nicht erwarteten Themenkreis von Hunger und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und stimmt entsprechend auf den folgenden Artikel ein. Ein Satz in der Mitte der Doppelseite weist auf eine ironische Kernaussage des folgenden Textes hin, dass nämlich die Arbeitsteilung im Zeichen der Nachhaltigkeit bedeute, hier zu zerstören und sich anderswo darum Sorgen zu machen.

Der Text hebt mit der Frage an, was man angesichts der riesigen Urwaldzerstörung in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Agrarindustrie, angesichts des Artenschwundes, der steigenden CO<sub>2</sub>-Emission und des steigenden Energieverbrauchs tun kann. Die Antwort lautet ironisch, dass man sich bekümmert, so wie man es schon 20 Jahre zuvor getan hat. Dabei verursachte die Rio+20-Konferenz selbst Umweltprobleme durch verkehrsinduzierte Abgase, Energiekosten, Lebensmittel und Müll – und das, obwohl es nichts mehr zu debattieren gab, weil das Ergebnis schon dahin gehend beschlossen war, dass nichts beschlossen wird. Die „20“ im Konferenztitel könne man auch als Hinweis auf das gestiegene Alter der Teilnehmer oder auf den gestiegenen Umfang der Umweltprobleme verstehen. Seitdem in Rio 1992 als Versuch der Weltrettung die „nachhaltige Entwicklung“ beschlossen wurde, fand zwar Entwicklung statt, diese aber war nicht nachhaltig. So wurde das Ziel nur zur Hälfte erreicht. Genauso

wird es dem neuen Motto „Green Growth“ ergehen: Wachstum findet statt, aber grün wird es nicht sein. Das Motto ist nämlich für den Autor nicht erreichbar, hält man am Wachstum fest.

Diese Erfahrungen, dass die rasante Entwicklung in den Entwicklungsländern auf Kosten der Nachhaltigkeit geht, konnte man in den letzten zwei Jahrzehnten sammeln. Das Gastgeberland mit seinem „Extraktivismus“ ist dafür ein Beispiel. In allen Schwellenländern ist diese seit dem Sieg des Kapitalismus zu beobachten. Höherer sozialer Wohlstand, höhere Bildungs- und Gesundheitsstandards halten Einzug, und es entwickelt sich eine mittlere Leistungs- und Konsumklasse. Wirtschaftliche und soziale Prosperität wurden durch Vernachlässigung des Umweltschutzes bezahlt. Damit wird das westliche Modell sozialer Befriedung durch Raubbau an den Ressourcen kopiert. Die Idee des Wachstums findet darum mehr Unterstützer als die Idee der Nachhaltigkeit. Von der Steigerung der wirtschaftlichen Leistung profitieren alle, selbst wenn Gleichheit nicht zunimmt. Diese Strategie ist im Grunde aber nicht einmal ökonomisch sinnvoll, weil die Voraussetzungen des Wachstums vernichtet werden, denn es ist an wachsenden Ressourcenverbrauch gekoppelt. Deshalb kann das aktuelle Motto der Rio+20-Konferenz nicht eingelöst werden. Die „Wahrheit“ sei, dass der moralisch angezeigte Wunsch nach hohem Wohlstand für alle weltweit unrealistisch und kontraproduktiv ist, weil dieser die Nachhaltigkeit verhindert. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit lassen sich global nur auf einem niedrigeren als dem aktuellen Wohlstandsniveau umsetzen, weshalb Verzicht geübt werden muss. Ökonomie und Alltag müssen darum anders organisiert werden. Dies erfordert eine andere Seriosität im Umgang mit den Umweltproblemen als es die auf Konsens fixierte Rio+20-Konferenz zeigte, wo nur wieder ins alte Horn des Wachstums geblasen wurde. Die Aufgabe laute, die „zivilisatorischen“ Errungenschaften unter der Bedingung der Ressourcenschonung zu erhalten. Das gute Leben muss dafür auf Wohlstand verzichten. Von der routinierten Konferenz, dem „Weltrettungskonferenzbetrieb“ geht die falsche Hoffnung aus, dass alles weitergehen kann wie bisher. Schuldzuweisungen an Großkonzerne fallen dann nicht schwer, anstatt einzusehen, dass man selbst deren Agieren erst ermöglicht. Und so wird vor allem über Klimaveränderung und Rohstoffraubbau geredet und nicht über das Konsumverhalten. Die Aufregung der Umweltlobby, der „Alarmismus der Ökos“ und die Hektik der Klimaforscher, informieren nur über das wahrscheinliche Ende dieser Feier. Die Zukunft kann erst beginnen, wenn das Konferenzgeschäft zu Ende ist. Erst dann geht es um die Bestimmung des gegenwärtig Möglichen hinsichtlich zukünftiger Bedingungen. Das sehen auch die Wirtschaftstreibenden als einzige realistische Chance. Ihnen müssen andere Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie „Kreislaufwirtschaft“, „Gemeinwohlökonomie“, das Lernen von erfolgreichen „Vorreitern“ eines Null-Wachstums und die „Einbindung sozialer und ökologischer Prinzipien“. Der Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist nicht vorgezeichnet, aber unausweichlich und darum muss man gemeinsam im Prozess lernen.

Welzer schreibt seinen Kommentar deutlich aus der Perspektive der Suffizienzthese. Diese stellt er einerseits als notwendig und andererseits als realisierbar dar. Vor diesem Hintergrund verliert die Rio+20-Konferenz überhaupt an Bedeutung, weil sie schon das Problem unter dem Druck konsensueller Beschlüsse nicht richtig formuliert. Der Auseinandersetzung und Auflösung des Widerspruchs zwischen wachstumsbasierten Wohlstand und Ressourcenraubbau wird aus dem Weg gegangen. Dabei bedient sich Welzer eigenwilliger Konstruktionen, hinter der sich eine Radikalität des Verzichtens offenbart, wenn Wohlstand aus den zivilisatorischen Errungenschaften herausgerechnet wird, das gute Leben dem Wohlstand als Reflexionswert von Kosten gegenübergestellt wird. Welzer markiert eine aus Enttäuschung radikalisierte Position, die selbst in den vermeintlich eigenen Reihen nur noch Gegner sieht, woraus diktatorische Forderungen für ein höheres Wohl folgen. Als Ausdruck für das Vermeiden des eigentlichen Problems stellt Welzer die internationalen Konferenzen und Anstrengungen zu Themen wie Klima dar. Denn diese liefern dem ungebremsten Raubbau die betroffen-machende Begleitmusik und die moralischen Deckmäntel. Jenseits der Konferenzen sind jedoch tatsächliche Lösungen in kleinteiligen Organisationsformen zu finden, in den Praktiken von Vorreitern der Suffizienz, weshalb man die letzte globale Umweltkonferenz aus gutem Grund ignorieren könne.

Diese Überlegungen Welzers fanden ein Echo in einem Kommentar in „Die Zeit“ am 28. Juni 2012. Vor allem die Bemerkung, dass man auf internationale Umweltkonferenzen verzichten könne, war hier Anlass für die Replik. Ohne den Autor, dafür aber den „Spiegel“ als Ort des Ärgernisses zu benennen, wird zunächst die Haltung des Autors als arrogant charakterisiert, der über die Konferenz „höhnt“, sie sei nur moralischer Ausputz für den alltäglichen Raubbau. Obgleich diese Beobachtung richtig sei, wird doch der Sinn von Gipfeltreffen dabei nicht verstanden. Man kann sich die UN nicht als „Ökodiktatur“ wünschen. Besser sei es, die erreichten, wenn auch geringen Erfolge anzuerkennen. Denn diese „dürftigen Beschlüsse“ legen nahe, „dass es dort um etwas ging“. Fundamentalkritik ist darum nicht angebracht, wenn diese keine besseren Vorschläge macht, sondern nur einen „archimedischen Punkt“ behauptet. Unbestritten sei, dass Konferenzen „die Welt nicht retten, ihre Abschaffung wird es auch nicht“. Die Polemik Welzers und dessen als überheblich verstandene Haltung wird mit einer Mahnung zu mehr wohlwollender Gelassenheit zurückgewiesen. Jedoch lehnt sich die Argumentation im Wesentlichen an einer vagen Hoffnung und einem Gebot der Pragmatik an, die an die Argumentation des deutschen Umweltministers erinnert. Sowohl der Beitrag Welzers als auch die Replik in „Die Zeit“ wirft ein Schlaglicht auf eine Ideologiedebatte, wenn die jeweils anderen wenigsten unterschwellig desavouiert werden.

Zwei letzte Beiträge zu Rio+20-Konferenz finden sich noch am 2. Juli 2012 in der „Welt“ und im „Spiegel“. Die „Welt“ beleuchtet in einem halbseitigen Interview mit dem deutschen Außenminister die Beziehungen Deutschlands zu Brasilien im dortigen Deutschlandjahr. Dabei wurde auch die Rolle Bra-

siliens als Gastgeber der Rio+20-Konferenz thematisiert. Das brasilianische Engagement sei wie das deutsche von der gemeinsamen Sorge um Versorgung der Weltbevölkerung mit Wasser und Nahrung „ohne unseren Planeten zu plündern“ geprägt. Ebenfalls treiben die Brasilianer die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und der Klimawandel um. Dabei hätte Brasilien einen „immensen natürlichen Reichtum“, was zur Verantwortung bei wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Entwicklung auffordere. Die Konferenz hätte zwar „kein Durchbruch, doch Anstöße in Richtung nachhaltiger Entwicklung“ gebracht. Deutschland werde mit „Schlüsselpartnern wie Brasilien“ weiter an der nachhaltigen Entwicklung arbeiten. Auch im Interview mit dem deutschen Außenminister zeigt sich die schon bei den Äußerungen des Umweltministers bemerkte Beschwichtigungsstrategie. Gleiche Interessen sind die Voraussetzung für gemeinsames Handeln, was Brasilien und Deutschland anstreben. Immerhin wird entgegen dem Konsens von Rio betont, dass aus wirtschaftlicher Stärke und Ressourcenreichtum Verantwortung erwächst, die zum Lernen der Art nachhaltiger Transformation verpflichtet. Wenn die Rio+20-Konferenz auch kein entscheidender Schritt war, so gab diese doch Impulse und war darum nicht vergeblich.

Eine kurze Agenturmeldung im „Spiegel“ vom 2. Juli 2012 berichtet über das erste Kunstprojekt in einer Favela überhaupt, das während der Rio+20-Konferenz realisiert wurde. Unter anderem wurde eine Skulptur eines mit Gemüse bepflanzten und mit Fladenbrot belegten Panzers ausgestellt, um darauf hinzuweisen, dass die hohen Militärausgaben besser in die Hungerbekämpfung investiert würden. Die Darstellung wirkt eher unentschlossen wie bei einer Kuriosität in der Rubrik „Szene“, die auch Vermischtes heißen könnte. Der Bezug auf die Rio+20-Konferenz ist trotz des Themas Gerechtigkeit durch den Kontrast von Hunger und Rüstung eher mittelbar. Deutlich hat das Thema seinen Nachrichtenwert hier wie auch im „Welt“-Interview schon überschritten.

## **Synopse zur Reflexionsphase**

Mit der Erklärung des Entwurfes zum Abschlussdokument der Konferenz war diese vor ihrem eigentlichen Beginn schon zu Ende gegangen und im Stillstand gefangen. Während der drei Tage andauernden Konferenz wurden noch Hintergrundberichte den Lesern präsentiert, welche thematisch noch der Vorphase zuzuordnen sind. Diese wirkten gegenüber den schon abgeschlossenen Verhandlungen beinahe anachronistisch. Insofern ist davon auszugehen, dass die Medien vom Verlauf der Konferenz überrascht wurden, weil nicht damit zu rechnen war, dass es zu keiner Diskussion kommt, sondern nur zum Auflauf des vorgesehenen Programms. Im Grunde gab es vom Verlauf der Konferenz selbst kaum noch etwas zu berichten. Das Abschlussdokument blieb inhaltlich damit bei unkonkreten Aussagen und verhinderte Beschlüsse zu konkreten Vorhaben. Das dort getroffene Bekenntnis zu einem ökopolitischen Fortschritt seit der ersten Rio-Konferenz wurde nur noch ironisch registriert.

Damit hatte sich die Konferenz als eine der Floskeln und letztlich des Versagens erwiesen. Die Bewertung der Ergebnisse zog wiederum den Vergleich mit der ersten Konferenz von Rio 1992 heran. Dadurch erschien die von 2012 erst recht als Enttäuschung, denn nun blieb auch keine Hoffnung mehr auf Besserung. Mehr noch als die ungenügenden Beschlusspunkte, die meistens nur noch aufgezählt wurden, geriet stärker als zuvor die Form der Versammlung in den Blick der Kritik. Die Überfülle an Themen und das primär formale Interesse am erfolgreichen Abschluss verhindern das globale Konferenzen tatsächlich etwas bewegen. Im Gegenteil machte sich Frustration breit, die sich auch im Rückzug der Umweltaktivisten ausdrückte. Damit aber nimmt der mit den Bilanzierungen begonnene historische Rückblick den Charakter der Resignation an. Tatsächlich ist nicht nur die ökologische Lage in den letzten 20 Jahren schlimmer geworden, sondern auch die Hoffnung auf Verbesserung verpufft, weil der politische Wille fehlt. Selbst die wenigen positiven Stimmen klingen nicht wirklich optimistisch, wenn deren Erfolg eher beim Verhindern erzielt wurde oder etwa beim marginal behandelten Ringen um die verhinderten Frauenrechte widersprüchliche Aussagen gemacht werden.

Im erfolgreichen Bemühen, ein formales Scheitern der Konferenz zu vermeiden, ist die Rio+20-Konferenz erst recht gescheitert. Dies vor allem wird mit der Rolle Brasiliens als Gastgeber und Verhandlungsführer erinnert. Dieses Mal aber gingen nicht einmal inspirierende Impulse von Rio aus. Doch hat sich die Politik insgesamt als lösungsinkompetent erwiesen. Die wichtigsten Akteure blockierten sich in verschiedenen sachlichen Zusammenhängen und Konstellationen gegenseitig. Allen voran werden die USA genannt bei der Verhinderung von Maßnahmen zum Meeresschutz. Aber auch die EU und Deutschland hätten sich zu wenig engagiert, um ihre Positionen durchzusetzen. G77- und BRICS-Staaten erwiesen sich einerseits als diejenigen, die die Forderung nach ungleicher Verantwortlichkeit für die Umweltschäden zuungunsten der Industriestaaten aufrechterhielten. Andererseits erschien deren Motiv dabei durchaus auch unlauter, wenn gerade den aufstrebenden BRICS-Staaten hier ökonomisches Kalkül unterstellt wurde. Bei dieser Wertung fanden sich am ehesten Hinweise auf die Selbstzuordnung der Zeitungen im politischen Spektrum. Die allgemeine Gegenüberstellung von Nord gegen Süd wurde aber nun fallen gelassen.

In der Analyse des Versagens der Rio+20-Konferenz wurden neben der Aufzählung der entschärften und unkonkret beschlossenen Maßnahmen vor allem das Green Economy-Konzept diskutiert. Einigkeit herrscht darüber, dass dies das neue Leitbild sei, wie es ja schon längere Zeit vor der Konferenz verkündet wurde. Die Vielfältigkeit der Kommentare und Deutungen zu diesem Leitbild illustriert geradezu, wohin unkonkrete Konzepte führen. Im Grunde aber war der Bezug auf die Green Economy Anlass für eine Diskussion des schon bei den Bilanzierungen identifizierten Grundproblems heutiger gesellschaftlicher Zustände, nämlich der unauflösbare Widerspruch von wohlstandserzeugendem Wachstum und nachhaltiger Ressourcenschonung. Weitestgehend einig waren sich die verschiedenen

Zeitungsbeiträge – sieht man von polemischen Zuspitzungen ab, dass das Gebot angesichts der Umweltprobleme Konsumeinschränkung heißt. Die allgemeine Forderung wurde nur einmal als Fleischverzicht konkretisiert. Das Grundproblem führte aber weiter zum fatalistischen Fazit, dass auf Wachstum nicht verzichtet werden könne, weil entweder davon die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise abhinge oder auswegloser, nur der auf diesem Weg erzeugte Wohlstand überhaupt erst zum Umweltschutz motiviert. Die daran anschließende Kapitalismuskritik nimmt sich in ihrer Alternativlosigkeit hilflos aus ebenso wie die radikalisierten Forderungen nach Regression zu einem Wohlstand auf niedrigem Niveau.

Wie schon bei den ersten Reaktionen zum vorgestellten Entwurf des Abschlussdokuments trifft die Kritik auf einen Zweckoptimismus, der sich als Pragmatismus ausgibt. Abgesehen davon, dass dieser Pragmatismus schon Anlass für die Skepsis gegenüber den möglichen Ergebnissen war, führte dieser doch anders als die Beschlüsse der Konferenz zu konkreten Formen. Der Pragmatismus, der das schwache Ergebnis eines Minimalkonsenses nur vor der bedrohlichen Möglichkeit des Scheiterns zum Erfolg verklären konnte, rechtfertigt letztlich das Versagen der Politik. Allen voran wird diese Haltung mindestens implizit mit dem deutschen Umweltminister personifiziert, deutlicher aber noch dem UN-Vorsitzenden zugerechnet. Dabei aber erschien den Zeitungsbeiträgen gerade der pragmatische Zweckoptimismus die einzig verbliebene und realistische Position zu markieren. Diese wurde entweder aus Sicht der Politik als Netzwerk von Vorreitern dargestellt oder als zivilgesellschaftliche Initiative. Die von der Politik favorisierte Netzwerkbildung bezog sich auf bi- und multilaterale staatliche Vereinbarungen weit unterhalb des globalen Niveaus, wie ihn die UN-Konferenz anstrebte. So können konkrete Probleme tatsächlichen Lösungen zugeführt werden. Auf diese Weise müssen aber auch die im Rahmen internationaler Konferenzen Zurückbleibenden nicht mehr beachtet werden – das heißt aber im Grunde, nicht alle Interessen sind unter einen Kompromiss zu zwingen. Die sogenannten Zurückbleibenden müssen selbst einen Weg zum Anschluss finden. Das Interesse für einen solchen Abschluss leitet sich vornehmlich aus der Annahme ab, Umweltprobleme technisch lösen zu können. Indem diese Lösungen technische Formen annehmen, wird im Weiteren davon ausgegangen, dass sich unter dem Erfordernis der ökonomischen Effizienz Märkte bilden, die in Zukunft über den Wohlstand entscheiden. Die Industrie erscheint dann logisch als Partner der Politik, aber auch der Umweltaktivisten. Die von Verbänden und Umweltaktivisten bevorzugte zweckoptimistische Position zielt darauf, dass ohnehin eine nachhaltige Transformation stattfindet in den Praxen von Haushalten und Unternehmen oder allgemeiner in der Zivilgesellschaft. Dabei wird sowohl mit Effizienzkriterien als auch mit solchen der Einsicht in die Notwendigkeit, der Suffizienz, argumentiert. Auch hier wird die Industrie durchaus als Partner dargestellt, der aber Überprüfung und wohlmeinender Beratung bedarf. Beiden zweckoptimistischen Positionen ist gemeinsam, dass die Form einer internationalen Konferenz in Zukunft im Grund verzichtbar sei. Das

tritt selbst unter dem Hinweis zu, dass internationale Vereinbarungen notwendig seien, nur um die Politik für umweltpolitische Fragestellungen zu motivieren, indem in typischer Protestmanier die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema reklamiert wird.

Die reflektierenden Beiträge waren meistens nicht mehr durch Bilder illustriert. Wenn Bilder gezeigt wurden, handelte es sich meistens um solche des Protests. Vor allem der Ton der Beiträge war nun meist ironisch bis sarkastisch bei der Schilderung der Lage gehalten, um von hier aus im tragischen Ton Resignation auszudrücken oder auf die zweckoptimistische Orientierung in Politik sowie Zivilgesellschaft hinzuweisen.

## **4 Rio+20 als Gegenstand von Pressemitteilungen deutscher Parteien und Umweltverbänden<sup>5</sup>**

Kontrastierend zu den zuvor dargestellten Beiträgen in den Printmedien werden nachfolgend Online-Pressemitteilungen der im Bundestag vertretenen Parteien, des WBGU, des Rats für Nachhaltige Entwicklung und verschiedener Umweltverbände zur Rio+20-Konferenz analysiert. Hierbei handelt es sich meistens um kurze, direkt auf die Verhandlungen bezogene Mitteilungen, die in der Hauptphase vom 20. bis 22. Juni 2012 veröffentlicht wurden. Im Vorfeld erschienen längere Artikel, die in der Regel grundlegende Positionen und Forderungen der Verfasser zur Konferenz ausdrückten. Die Veröffentlichungen der Nachphase schließen sich von der Form her an die Hauptphase an, zumal es hier inhaltliche Überschneidungen gibt. Da die Abschlussdeklaration der Konferenz schon vor den eigentlichen Hauptverhandlungen beschlossen wurde, finden sich sowohl in Haupt- als auch Nachphase bewertende Beiträge direkt zu den Konferenzergebnissen. Grundsätzlich werden die Mitteilungen nach denselben Fragen wie die Beiträge in den Printmedien analysiert.

Den verschiedenen Phasen des Konferenzverlaufs zugeordnet, ergibt sich für die Mitteilungen folgendes Bild: Der Umfang der Stichprobe beträgt insgesamt 68 Pressemitteilungen, davon entfallen 34 auf Parteien und Regierungsinstitutionen und 32 auf Verbände. Bei den Parteien verteilen sich die Veröffentlichungen relativ gleichmäßig über die verschiedenen Konferenzphasen: 12 Mitteilungen erschienen in der Vorphase der Konferenz, 12 in der Hauptphase und zehn in der Nachphase. Bei den Verbänden liegt das Gewicht der Mitteilungen vor allem auf der Vor- und Nachphase. In der Vorphase erschienen 16 Mitteilungen, die vor allem den Charakter von Positionspapieren mit Forderungen an die Konferenzteilnehmer hatten. In der Hauptphase sind es lediglich fünf Veröffentlichungen. Hier gibt es eine inhaltliche Überschneidung mit der Nachphase, in der elf Mitteilungen veröffentlicht wurden. Sowohl in der Haupt- als auch in der Nachphase finden sich bei den Verbänden vor allem Bewertungen der Abschlussdeklaration und des Verhandlungsverlaufs.

---

<sup>5</sup> Diese Kapitel beruht auf eine Analyse Julian Hubers.



In der folgenden Darstellung wurden die Beiträge nach ihren Autoren, den Parteien, Organisationen und Verbänden, geordnet ohne die Phasen besonders zu berücksichtigen. Der Vergleich des Materials erfolgt entlang inhaltlicher Hinweise auf die Fragestellung der Untersuchung.

## **a) Die Positionen der Regierungsparteien CDU und FDP**

### **CDU**

Die Positionen der CDU zu Rio+20 waren stark verknüpft mit denen des Bundesumweltministeriums und seines Ministers Peter Altmaier. In der Vorphase der Konferenz positionierte sich der Minister unter anderem mit der Gründung der Initiative „Making it happen“. Diese soll interessierte Entwicklungsländer durch eine Kooperation mit Unternehmen in deren nachhaltiger Entwicklung unterstützen. Puma und Siemens sind die ersten deutschen Unternehmen, die der Initiative beigetreten sind. Die Initiative soll nach Altmaier offen für Firmen aus dem In- und Ausland sein. Eine weitere wirtschaftlich orientierte Position bekundete Altmaier mit dem Memorandum für eine Green Economy in Deutschland, die er gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer des BDI, Markus Kerber, am 12.6.2012 unterschrieb. Das Memorandum betonte die Absicht, einen „kontinuierlichen Dialog“ zwischen Politik und Wirtschaft einzuleiten, der helfen soll, „Ökologie und Ökonomie unter dem Dach der sozialen Marktwirtschaft miteinander zu versöhnen.“ Umwelt- und Effizienztechnologien werden hierbei als „Wachstumstreiber entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette“ gesehen.

Neben diesen beiden Aktionen formulierte die CDU im Vorfeld der Konferenz klare Positionen für eine nachhaltige Entwicklung mit ihrem Bundesvorstandsbeschluss „Rio20plus“. Darin sieht die CDU die Rio+20-Konferenz „als Möglichkeit, wichtige Impulse für eine nachhaltige Entwicklung, eine nachhaltige Wirtschaftsweise sowie mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand weltweit in Entwicklungs- und Industrieländern zu setzen“. In ihrem Nachhaltigkeitsverständnis bezieht sich die CDU auf die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, deren normativen Rahmen „Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung“ bilden. Auf nationaler Ebene werden von der CDU vor allem drei Umsetzungsstrategien verfolgt. Zum einen geht es darum, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie politisch auf der Bundesebene weiter umzusetzen. Hierzu soll die Kooperation zwischen dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung verstärkt werden. Monitoring und Controlling durch Regierung und Parlament werden hier für den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie betont. Zum anderen werden für die Umsetzung die Kommunen angesprochen und „ermuntert“, die die im Zuge der Lokalen Agenda 21 begonnene Arbeit für Nachhaltigkeit weiter fortsetzen. Mit einer dritten Strategie werden die wirtschaftlichen Akteure adressiert. Nachhaltige Umweltpolitik wird als positiver

Wirtschaftsfaktor betont, insbesondere wird dabei die Energiewende als deutsches Beispiel angeführt. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, stellt die CDU die Bedeutung neuer Umwelttechnologien für die nationale High-Tech-Strategie heraus.

Im Bereich der globalen Nachhaltigkeit verweist das CDU-Papier darauf, dass Klimawandel, Ressourcenverschwendung und Artensterben nicht nur unmittelbare Folgen für das Ökosystem haben, sondern auch eine weltweite Gefahr für eine „positive gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung“ darstellen. Die „Umweltherausforderungen“, die dem im Wege stehen, sind keine nationalen Probleme, sondern globale und müssen im Verständnis der CDU daher auch auf supranationaler Ebene angegangen werden. Hierbei sollen die Formulierung globaler Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) vorrangig sein, wie zum Beispiel das „2-Grad-Ziel“ im Klimaschutz. Langfristige globale Ziele sind für die CDU, die Bodenversiegelung zu stoppen und aktuell nicht mehr nutzbare Agrarflächen zurückzugewinnen. Darüber hinaus soll die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden, um dem weltweiten Hungerproblem entgegen zu wirken. Ebenfalls betont die CDU den Schutz der Meere und die bisher mangelnde Umsetzung dieser Aufgabe. Eine zentrale Zielsetzung ist die globale Etablierung einer Green Economy: „Das weltweite Wirtschaftswachstum muss vom Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppelt und der Konsum nachhaltiger werden.“ Das CDU-Papier endet damit, dass die soziale Marktwirtschaft als die am besten geeignete Wirtschaftsordnung für eine globale nachhaltige Entwicklung herausgestellt wird: „Die Soziale Marktwirtschaft ist der Ordnungsrahmen, der die drei Säulen Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – wie keine andere Wirtschaftsordnung in Einklang bringen kann.“ Als erfolgreiche Beispiele werden hierfür der „Aufbau Ost“ und die ökologische Sanierung der neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung genannt. Nachhaltigkeit wird hier nicht als alleinige Aufgabe des Staates gesehen; auch Verbraucherinnen und Verbraucher können mit ihrem Konsumverhalten zur Nachhaltigkeit beitragen. Allerdings soll die staatliche Verwaltung mit ihrem Beschaffungswesen eine Vorbildfunktion für nachhaltigen Konsum erfüllen.

Im Rückblick werden die Ergebnisse der Rio+20-Konferenz in einem Positionspapier des Bundesumweltministeriums grundsätzlich positiv bewertet, auch wenn sie mit „ambitionierteren, konkreteren Zielen“ hätten ausgestattet werden können. Dabei wurde von „wichtigen Weichenstellungen“ für den globalen Nachhaltigkeitswandel gesprochen. Als die zwei grundlegenden Ergebnisse wurden die allgemeine Anerkennung der Green Economy durch die Staatengemeinschaft und die geplante Ausarbeitung global gültiger Nachhaltigkeitsziele bis 2014 herausgestellt. Die beschlossenen institutionellen Veränderungen auf UN-Ebene wurden ebenfalls positiv gewertet. Gemeint sind hiermit die Aufwertung des Unep, die geplante Ernennung eines Sondergesandten für zukünftige Generationen und die Ersetzung der UN-Nachhaltigkeitskommission durch ein höherrangiges UN-Nachhaltigkeitsforum.

In den Pressestimmen wird deutlich, dass aus Sicht der CDU die Politik eine zentrale Verantwortung bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung übernimmt. Politik ist jedoch nicht als alleiniger Problemlöser zu begreifen, sondern schafft vielmehr Kooperationsstrukturen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, um Nachhaltigkeit zu fördern. Dabei werden von der internationalen bis hin zur kommunalen alle politischen Ebenen als relevante Handlungsebenen gesehen. Besonders hervorgehoben wird hier allerdings die bi- und multilaterale Ebene für die zwischenstaatliche Kooperation, die auch transnationale wirtschaftliche Kooperationen umfasst. Für die CDU hat die Einbindung sowohl zivilgesellschaftlicher Akteure als auch privatwirtschaftlicher eine hohe Relevanz. Vor allem aber die Beteiligung der Wirtschaft wird als Erfolgsbedingung für den (globalen) nachhaltigen Wandel herausgestellt. Dies zeigt sich auch an den erwähnten Kooperationsinitiativen des BMU. Das Konzept der Green Economy wird als Lösungsansatz von der CDU ins Zentrum gestellt. Der erfolgreiche Wandel zur Nachhaltigkeit wird für sie vor allem durch die nachhaltige Transformation der Wirtschaftsform erreicht. Die soziale Marktwirtschaft wird als die beste geeignete Wirtschaftsordnung für eine nachhaltige Entwicklung angesehen. Auch die individuelle Handlungsebene wird von der CDU angesprochen. Hier verweist sie darauf, dass ein verändertes Konsumverhalten zur Nachhaltigkeit beitragen kann. Allerdings wird dies nicht weiter im Detail ausgeführt. Des Weiteren soll im Konsumbereich nach Meinung der CDU vor allem das Beschaffungswesen der öffentlichen Verwaltung eine Vorbildfunktion für die individuelle Ebene erfüllen. Betont wird auch die Bedeutung der Kommunen, insbesondere die Lokale Agenda 21, bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

## **FDP**

In der Vorphase der Rio+20-Konferenz trat für die FDP vor allem Bundesentwicklungsminister Niebel mit parteipolitischen Positionen in Erscheinung. Schon bei der Veröffentlichung des Zukunftsberichts des Club of Rome im Mai 2012 betonte er die Notwendigkeit, globale Nachhaltigkeitsziele zu entwickeln und mit den Millenniumszielen zu verknüpfen. Zudem stellte er die Bedeutung der Entwicklungspolitik für eine weltweite nachhaltige Entwicklung heraus und verweist auf den akuten Handlungsdruck in diesem Bereich: „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sind keine Fragen des Glaubens, sondern dringliche Herausforderungen für eine zukunftsfähige globale Entwicklung, die Menschenrechten und Demokratie Rechnung trägt.“ Auch das Konzept der Green Economy bedarf einer engen Verknüpfung zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen. Im entwicklungspolitischen Zusammenhang bedeutet dieser Anspruch beispielsweise die Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung und den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Für die FDP kann der erforderliche „Paradigmenwechsel“ beim globalen Wirtschaften nicht allein durch staatliche Intervention erreicht werden; hierzu bedarf es auch die Einbindung der privaten Wirtschaftsakteure. Deutschland wird hierbei als Vorbild

für die Entwicklungsländer gesehen, mögliche Wege der Nachhaltigkeit aufzuzeigen. Zudem spricht sich die FDP im Vorfeld der Konferenz dafür aus, auf UN-Ebene weitere Institutionen für Nachhaltigkeit einzurichten und bestehende, wie die Unep, zu stärken.

Die FDP und namentlich Michael Kauch, der Leiter der Delegation des deutschen Bundestages, schätzte während der Rio+20 Konferenz die inhaltliche Debatte zur Green Economy als positiv ein: „Die Notwendigkeit der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch sowie die Chancen von Umwelttechnologien scheinen anerkannt zu werden“. Ebenso wurde der deutsche Vorschlag, eine Politikberatung in diesem Bereich für Entwicklungsländer einzurichten, positiv aufgenommen. Enttäuschend war für die FDP hingegen die geringe Aufwertung des Unep. Aus ihrer Sicht sollte es „keine Einigung um jeden Preis [geben]. Besser kein Ergebnis als ein schlechtes.“ Vor dem Hintergrund der verhaltenen Ergebnisse betonte Kauch die „herausragende“ Bedeutung von Nachhaltigkeitsprogrammen auf nationaler Ebene für den Erfolg der globalen Entwicklung, die neben den UN-Verhandlungen intensiviert werden sollten. Dafür sollten aus seiner Sicht auch die nationalen Parlamente stärker in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. Bundesentwicklungsminister Niebel betonte in diesem Zusammenhang vor allem die Rolle der Städte, die auf Grund der zunehmenden weltweiten Urbanisierung beim globalen nachhaltigen Wandel besonders relevant sind. Er geht davon aus, dass das Gewicht der Städte bei zukünftigen internationalen Verhandlungen wachsen wird und ermuntert deutsche Städte, sich aktiv in diese Prozesse einzubringen und Kooperationen mit anderen Städten weltweit aufzubauen.

Nach Rio+20 sah die FDP Bedarfe einer inhaltlichen Konkretisierung der Beschlüsse durch weitere internationale Verhandlungen. Hierbei wurde besonders die inhaltliche Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsziele hervorgehoben. Gleichwohl sprach sich die FDP dafür aus, die „künftigen Abläufe und Strategien“ bei den nächsten UN-Konferenzen „dringend“ zu überdenken. Niebel betonte für den Erfolg einer nachhaltigen Entwicklung die Notwendigkeit, Menschenrechte umzusetzen und Zivilgesellschaft und Wirtschaft enger einzubinden. Wirtschaft, Soziales und Umwelt müssten in Balance gebracht werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. So werden „Fortschritte“ beim Green Economy-Konzept anerkannt, wenngleich sie in vielen Bereichen aus Sicht der FDP „vage“ blieben. Gleichzeitig wurde die fehlende Einbindung anderer gesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozesse auf internationaler Ebene kritisiert: „Die Verhandlungen zu Rio+20 haben gezeigt, dass wir auch über neue Formate nachdenken müssen, wie wir international zu Ergebnissen kommen. Dabei sind auch Akteure der Zivilgesellschaft, der Parlamente oder Vertreter der großen Städte einzubeziehen.“

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die FDP staatliches Handeln allein nicht ausreicht, um einen nachhaltigen Wandel voranzutreiben. Vor allem die Privatwirtschaft sollte in diesen Prozess einbezogen werden. Dem Konzept der Green Economy kommt hierbei ein zentraler Stellenwert zu. Bemerkenswert sind hierbei die Forderungen einer engeren Verknüpfung des Konzepts mit allen drei Di-

mensionen nachhaltiger Entwicklung, auch im entwicklungspolitischen Zusammenhang. Ebenso, wenn auch weniger stark, wird die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure betont. Diese Forderung wird nicht nur für die nationale, sondern auch für die internationale Ebene erhoben. Neben den UN-Verhandlungen auf internationaler Ebene sollten vor allem nationale Nachhaltigkeitsprogramme intensiviert werden. Hier wird beispielsweise die kommunale Ebene im Bereich Stadtentwicklung und deren Bedeutung für die globale Nachhaltigkeitsentwicklung herausgestellt. Die Betonung der nationalen Handlungsebene zeigt sich auch daran, dass die FDP die Vorbildfunktion Deutschlands für andere Länder unterstreicht. Dadurch kommt nationalen Nachhaltigkeitsmaßnahmen die wichtigste Bedeutung in der weltweiten Nachhaltigkeitsentwicklung zu. Dies bedeutet jedoch kein Abgang auf die internationale Verhandlungsebene. Vielmehr wird der Bedarf weiterer internationaler Konferenzen gesehen, um die Beschlüsse inhaltlich weiter zu konkretisieren. Hierbei wird jedoch die Erwartung an neue Konferenzformate und die Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen formuliert.

## ***b) Die Positionen der Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke***

### **SPD**

Der SPD-Bundesvorstand formulierte bereits im Vorfeld von Rio+20 Erwartungen und Forderungen hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte und Ergebnisse der Konferenz. Hierbei wurde auch das Konzept der Green Economy befürwortet. Allerdings darf hierunter aus Sicht der SPD nicht nur eine ökologische Modernisierung verstanden werden, sondern vielmehr ein genereller Strukturwandel des Wirtschaftssystems. Der Nachhaltigkeitsgedanke steht für die SPD im Gegensatz zur bestehenden, neo-liberalen Wirtschaftsform. Gleichzeitig sieht die SPD den Bedarf nach einer neuen Definition von Wachstum und Wohlstand, die von der Weltgemeinschaft in Rio erarbeitet werden sollte. Neben einer Aufwertung des Unep sprach sich die SPD im Vorfeld der Konferenz für die Einrichtung eines Rats für Nachhaltige Entwicklung auf UN-Ebene aus, der mit „starken Kompetenzen und Ressourcen“ ausgestattet werden soll. Auch eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure auf der UN-Ebene wurde betont. Als zentrale Notwendigkeit für eine erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung erachtete die SPD sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene eine nachhaltige beziehungsweise ökologische Investitions-, Subventions- und Steuerpolitik.

Hatte die SPD im Vorfeld dezidierte Erwartungen an die Konferenz gerichtet, so wurde von ihrer Seite die Rio+20-Konferenz als „gescheitert“ bewertet. Matthias Groote, Abgeordneter der SPD im EU-Parlament, meinte, dass die Abschlussdeklaration lediglich eine „reine Absichtserklärung ohne konkrete Forderungen“ darstellt. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorsitzende des Forums „Eine Welt“ (SPD-Beratungsgremium für Globalisierung, Friedens- und Entwicklungspolitik), machte hierfür vor allem die Re-

gierenden der EU verantwortlich, die die Rio+20-Konferenz „in keiner Weise ernst genommen [haben]“. Dies führte dazu, dass die aufstrebenden Schwellenländer sehr starken Einfluss auf die Abschlusstexte nehmen konnten und so die Ergebnisse nur aus „allgemeinen Formulierungen [bestehen], die in fast keinem Bereich Konsequenzen aus den schweren Rückschlägen nach Rio 1992 und dem fortschreitenden Klimawandel ziehen“. Moniert wurde von der SPD – wie von anderen politischen Akteuren – das Fehlen von Schutzmaßnahmen für Meere, Böden und Wälder sowie die nur unzureichende Aufwertung des Unep. Für die Zukunft wurde ein konkreter Maßnahmenkatalog für den Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft gefordert. Wieczorek-Zeul sah zuallererst die Staaten in der Pflicht zu handeln, da die Herausforderungen nicht allein von der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft getragen werden können. Als Vertreterin der SPD formulierte sie vor dem Hintergrund der Rio+20-Ergebnisse zwei wesentliche Ziele für die zukünftige Entwicklung. Zum einen sollten ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele formuliert werden, die noch vor 2015 mit den Millenniumszielen verknüpft werden. Dieser Prozess sollte als aktive Zusammenarbeit zwischen EU- und afrikanischen Staaten sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren gestaltet werden. Zum anderen sollte die Bundesrepublik Deutschland ihrer Finanzierungsverpflichtung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie nachkommen, die sie mit Zustimmung zur Abschlusserklärung eingegangen ist.

Die Pressestimmen der SPD machen deutlich, dass sie als Oppositionspartei deutliche Erwartungen an die Politik richtet und ihr eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der globalen nachhaltigen Entwicklung zuweist. Instrumente zur Nachhaltigkeitsförderung sieht die SPD in finanziellen Anreizsystemen. Staatliche Interventionen sind aus Sicht der SPD das geeignete Mittel, um eine nachhaltige Entwicklung zu forcieren. Zum Konzept der Green Economy positioniert sie sich grundsätzlich positiv, fordert aber eine deutlich umfassendere Reform der Märkte beziehungsweise der Marktmechanismen. Green Economy dürfe nicht nur als ökologische Modernisierung verstanden werden. Im Unterschied zur CDU sieht sie die Idee nachhaltiger Entwicklung im Gegensatz zur bestehenden, neoliberalen Wirtschaftsordnung. Die SPD erkennt den Bedarf einer neuen Definition von Wachstum und Wohlstand. Trotz der unzureichenden Beschlüsse der als gescheitert bewerteten Rio+20-Konferenz setzt die SPD auch in Zukunft auf internationale Verhandlungen, um eine nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab voranzubringen. Hierbei werden vor allem die Nationalstaaten in der Pflicht gesehen. Andere Akteure, wie die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft, werden zwar in ihrer Rolle erkannt, spielen aber insgesamt eine eher nachgeordnete Rolle.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärten die Rio+20-Konferenz zum „Gipfel der Unverbindlichkeiten“. In diesem Zusammenhang wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihr Nicht-Erscheinen auf

dem Gipfel und für ihre Untätigkeit in Sachen nachhaltiger Umweltpolitik auf nationaler Ebene gerügt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderten von der Bundesregierung, sich „das Scheitern von Rio offen einzugestehen und das Abschlussdokument abzulehnen“, um damit ein klares Zeichen zu setzen.

Als alternative Herangehensweise müssten aus Sicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die „drei globalen Krisen“ im Bereich Finanzen, Klima und Hunger als Einheit angegangen werden. Hierfür forderten sie einen „Green New Deal“ für „qualifiziertes Wachstum im Nachhaltigkeitsbereich“. An anderer Stelle stellte Bundesvorsitzende Claudia Roth explizit heraus, dass Deutschland sich auf der Rio+20-Konferenz mit „all seinem internationalen Gewicht“ für ein verbindliches, globales Klimaregime einsetzen muss, das die Halbierung der weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 zum Ziel hat. Besonders kritisiert wurde später an der bereits verabschiedeten Abschlussdeklaration der Rio+20-Konferenz die mangelhafte Unep-Aufwertung, die fehlende Absage an Atomkraft in der Energiepolitik und den erst später startenden Schutz der Meere. Ebenfalls wurde die weiterlaufende Subvention von Kohle und Öl und die fehlende Festlegung internationaler „Sustainable Development Goals“ scharf kritisiert. Die Bundesrepublik Deutschland und die EU waren aus Sicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Position, weltweit eine Vorreiter- und Vorbildrolle in Sachen Nachhaltigkeit einnehmen zu können. Dieser Verantwortung sollten sie stärker gerecht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wie auch andere Parteien vor allem auf die Politik als zentralen Akteur bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. Sie sehen vor allem internationale politische Regulierungen als Problemlösungen an. Daneben fordern sie ein umfassendes Maßnahmen- und Regularienpaket im Sinne eines „green new deal“. Hierbei wird von einer integrativen Perspektive verschiedener globaler Krisen ausgegangen. Mit Blick auf die Wirtschaft wird im Sinne der Nachhaltigkeit ein „qualifiziertes Wachstum“ angestrebt. Die supranationale und nationale Politikebene findet insoweit Erwähnung als hier die mögliche Vorreiterrolle der EU und Deutschlands im Nachhaltigkeitsbereich betont und eingefordert wird. Andere Akteure neben der Politik finden hier keine explizite Erwähnung.

## **DIE LINKE**

Assoziierte DIE LINKE mit der ersten Rio-Konferenz im Jahre 1992 noch positive Aspekte, so erwartete sie von der Rio+20-Konferenz im Vorfeld dagegen wenig Gutes: „Während der Erdgipfel von 1992 noch viele Hoffnungen auf eine Entwicklung ausgelöst hat, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, geht es heute um ‚Green Economy‘.“ Der zentrale Kritikpunkt der LINKEN richtet sich auf die Green Economy, die als Ausweitung der „marktwirtschaftlichen Profitlogik“ auf weitere Lebensbereiche verstanden wird. Deshalb formulierte DIE LINKE für Rio+20 eine direkte, eher universelle Forderung, nämlich „die zerstörerischen Triebkräfte des entfesselten Marktes radikal in Frage [zu] stellen und

nach alternativen Entwicklungswegen [zu] suchen“. Darüber hinaus solidarisierte sich DIE LINKE implizit mit den linken Parteibewegungen in Lateinamerika.

In der Hauptphase der Rio+20-Konferenz fanden sich kaum „Parteistimmen“, sondern vielmehr Statements einzelner Personen, wie der entwicklungspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE Heike Hänsel. Sie sprach angesichts der in den Vorverhandlungen beschlossenen Abschlussdeklaration von einer gescheiterten Konferenz. Zentral in Hänsels Kritik sind die fehlenden Verpflichtungen, besonders für die Industrienationen, und der Fokus der Konferenz auf die Green Economy. Letzteres ist für Hänsel lediglich „der Versuch, die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Nachhaltigkeit zu leugnen“. Weiterhin würde sich darüber der globale Rohstoffwettbewerb auch militärisch zuspitzen. Hänsel zeigt auf, dass die Verteilungsfrage für DIE LINKE die „zentrale Fragestellung des 21. Jahrhunderts“ ist. Daher fordert DIE LINKE einen „Kompensationsfonds“, in den die Industrienationen jährlich 100 Millionen Euro einzahlen. Darüber hinaus müssen aus Sicht der LINKEN „neue Formen des solidarischen Handelns“ und des Technologie- und Wissenstransfers auf der Rio+20-Konferenz vereinbart werden.

Nach der Konferenz resümierte DIE LINKE auf ihrer Website erneut das Scheitern der Rio+20-Konferenz und verband diese Einschätzung wiederum mit einer grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus. Das „Zusammenspiel der ganzen Herde von Geschäftsführern dieses menschenfeindlichen Systems“ hat aus Sicht des Autors Jansen die Rio+20-Konferenz scheitern lassen. Weiterhin kritisierte er das Verhalten der Industrienationen, die vor allem den Schwellenländern Vorwürfe hinsichtlich deren mangelnder Umweltschutzmaßnahmen machten, selbst aber kaum besser agierten. Ein erfolgreicher ökologischer Wandel zur „Rettung der Welt“ ist nach Jansens Meinung nur durch mehr „soziale Gerechtigkeit“ und „demokratische Teilhabe“ auf internationaler Ebene zu erreichen. Genau in diesen Bereichen habe es auf der Rio+20-Konferenz keinerlei Fortschritte gegeben.

Die Pressestimmen der LINKEN machen deutlich, dass vor allem die internationale Politikebene von zentraler Bedeutung ist, um Entscheidungen für eine nachhaltigere Entwicklung herbeizuführen. Als zentrale Lösung wird eine grundlegende globale Wirtschaftsreform gesehen, die eine Abkehr vom Kapitalismus beinhaltet. Das Green Economy-Konzept kann dies aus Sicht der LINKEN nicht leisten, da es die grundlegenden Marktmechanismen beibehält. Dennoch kann eine nachhaltige Transformation für DIE LINKE nur durch internationale politische Entscheidungen herbeigeführt werden. Diese müssen Grundsätze der Verteilungsgerechtigkeit, des solidarischen Handelns und der demokratischen Teilhabe berücksichtigen.



## **c) Unabhängige Beratungsgremien der Bundesregierung**

### **Rat für Nachhaltige Entwicklung**

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) ist ein von der Bundesregierung berufenes Gremium. Die Aufgaben des Rates sind die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates, bewertete die Ergebnisse der Rio+20-Konferenz als insgesamt „mager“. Positiv sah sie lediglich den klaren Aufruf an die Privatwirtschaft für mehr Nachhaltigkeit, eine Verbesserung des globalen Umweltschutzes und die Aufwertung der UN-Institutionen für nachhaltige Entwicklung. Thieme forderte einen „Aufbau von Kompetenzen und Kapazitäten zur nachhaltigen Entwicklung“ und adressierte damit besonders die Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Rio+20-Konferenz war für sie „ein klares Signal, dass alle Akteure die Notwendigkeit sehen, eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten und ihren Teil dazu beizutragen“. Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie bewertete Thieme als „zu schwach“. Gerade hier müsste sich Deutschland auch auf EU-Ebene deutlich mehr profilieren, „um der globalen Nachhaltigkeit wirksame Impulse zu geben“.

Ähnlich wie die Kanzlerin in ihrer Stellungnahme vor dem RNE herausstellt, war für Thieme die Rio-Konferenz hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Deshalb müssen jetzt auf Bundesebene politische Zeichen gesetzt werden. Thieme schlug vor, dass die Bundesregierung es großen Wirtschaftsunternehmen gleichtun und einen Nachhaltigkeitsbericht für den Bundeshaushalt einführen sollte.

Auch wenn der Rat von den Verhandlungsergebnissen in der internationalen Politikarena enttäuscht ist, bleiben politische Akteure entscheidend bei der globalen nachhaltigen Entwicklung. Die Einbindung der Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure wird vom Rat zwar als notwendig angesehen, aber nicht weiter ausgeführt. Das Konzept der Green Economy wird als positiv angesehen und unterstützt. Der Fokus verschiebt sich für den Rat aufgrund der Rio+20-Konferenzergebnisse und der aus Sicht des Rates ungenügenden Nachhaltigkeitspolitik der EU auf die nationalstaatliche Handlungsebene. Die nationale Politik, gerade in Deutschland, sollte Nachhaltigkeit und Innovation in diesem Bereich fördern und so global eine Vorbildfunktion für andere Länder einnehmen. Welche Potentiale bei zivilgesellschaftlichen Akteuren gesehen werden, wird nicht weiter ausgeführt.

### **Position des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen**

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium, das 1992 im Umfeld der Rio-Konferenz von der

deutschen Bundesregierung eingerichtet wurde. Im Laufe seiner jeweils vierjährigen Berufungsperiode übergibt der WBGU dem Bundeskabinett Hauptgutachten mit Handlungs- und Forschungsempfehlungen zur Bewältigung globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme.

Der WBGU bewertete die Rio+20-Konferenz als überwiegend negativ. Der Notwendigkeit eines zielgerichteten, schnellen Handelns haben die UN-Mitgliedsstaaten aus Sicht des WBGU mit der Abschlussdeklaration keine Rechnung getragen. WBGU-Vorsitzender Hans Joachim Schellnhuber sieht aufgrund mangelnder Effektivität und Effizienz das baldige Ende solcher „Mammuttreffen“ gekommen. Der WBGU betonte daher die Rolle sogenannter „Vorreiterallianzen“ zwischen Staaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, die zukunftsweisende Nachhaltigkeitsprojekte auf unterer Ebene entwickeln und umsetzen. Damit werden nach Auffassung des WBGU Handlungsmöglichkeiten für andere Akteure aufgezeigt, die ein größeres Anstoßpotenzial besitzen als die Ergebnisse internationaler Konferenzen. Gerade für den Bereich der Green Economy, der nach Ansicht des WBGU nur unzureichend in der Abschlussdeklaration ausgestaltet wurde, hätten diese Allianzen besondere Bedeutung.

Der WBGU äußerte auch klare Kritik am Verhandlungsverlauf und dessen Resultate. Der internationalen Politik wurde vom WBGU „fehlender Mitgestaltungswille“ attestiert. EU und USA hätten keine gemeinsame Linie finden können. Durch die fest gefahrenen Konfliktlinien zwischen Schwellen-, Entwicklungs- und Industrieländern kam es zu Verhandlungsblockaden, die „handlungsfähige Koalitionen“ verhindert haben. Weiterhin kritisierte der WBGU die unzureichende Aufwertung des UNEP und die fehlende inhaltliche Ausgestaltung bei der geplanten Einrichtung eines hochrangigen UN-Nachhaltigkeitsforums. Der WBGU erwartete angesichts des Verhandlungsverlaufs bei der Rio+20-Konferenz nicht, dass es bis zur nächsten UN-Generalversammlung ernsthafte Fortschritte geben wird. Einzig der Beschluss, einen Zielkatalog für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, wurde vom WBGU grundsätzlich positiv bewertet. Allerdings wurde hier angemahnt, dass dieser Katalog möglichst zeitnah erarbeitet werden sollte.

Der WBGU sieht die Politik auf der internationalen Ebene vor dem Hintergrund der Konferenzergebnisse und des Verhandlungsverlaufs als gescheitert an. Aus diesem Grund verortet er das größere Handlungspotenzial auf den multilateralen, nationalen oder kommunalen Ebenen. Hier sieht der WBGU die Koordination und Kooperation bei Nachhaltigkeitsprojekten zwischen allen relevanten Akteuren als notwendig an, ohne dabei einen dieser Akteure explizit herauszustellen. An dieser Stelle wird die Vorbildfunktion solcher Kooperationen für den globalen Kontext hervorgehoben. Grundlegend sind nach dem WBGU effektivere Entscheidungsprozesse, um den weltweiten nachhaltigen Wandel positiv zu gestalten.

## **d) Positionen nationaler und internationale Verbände im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes**

### **Misereor**

Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor e. V. ist eines der größten Hilfswerke der römisch-katholischen Kirche in Deutschland. Misereor forderte die Bundesregierung im Vorfeld der Konferenz auf, in Rio zu forcieren, dass das Green Economy-Konzept auf der Grundlage der Menschenrechte entwickelt wird. Darüber hinaus appellierte Misereor an die Vertreter der internationalen Politik, ihre Blockadehaltungen bei der Konferenz zu überwinden, um konstruktive Verhandlungen möglich zu machen. Zudem unterstützte Misereor die Forderung des Diakonia Council of Churches aus Südafrika, dass Mutterkonzerne auch in ihrem Heimatland für die Menschenrechtsverletzung und Umweltverschmutzung ihrer Tochterfirmen haftbar gemacht werden können.

Nach der Konferenz resümierte der Misereor-Bischof Werner Thissen, dass die Abschlussdeklaration einen „vorläufigen Tiefpunkt der weltweiten Bemühungen um soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz“ markiere. Besonders negativ stach dabei das Fehlen konkreter Beschlüsse und Maßnahmen heraus. Thissen bemerkte weiterhin kritisch, dass die Abschlussdeklaration überwiegend von zwischenstaatlichen Lösungsprozessen spricht und so zivilgesellschaftliche Akteure außen vor lässt. Einzig der Beschluss, Nachhaltigkeitsziele als Ergänzung der schon bestehenden Millenniumsziele zu erarbeiten, wurde von Misereor positiv bewertet. Die bereits im Vorfeld angemahnte Blockadehaltung der Teilnehmerstaaten der Konferenz stellte für Thissen auch im Rückblick einen zentralen Faktor für das Scheitern der Verhandlungen dar. Während der Verhandlungen hätte sich die alte Nord-Süd-Konfliktlinie wieder gezeigt.

Misereor appelliert in erster Linie an die politischen Akteure, konkrete Entscheidungen auf internationaler Ebene zu treffen. Für Misereor soll die internationale Politik Lösungen gestalten. Umso kritischer werden die Verhandlungsschwierigkeiten auf der Rio+20-Konferenz bewertet. Für die möglichen Lösungsansätze fordert Misereor von der Politik, die Menschenrechte zu achten und darauf aufbauend Lösungskonzepte anzubieten. Dies gilt insbesondere für die Green Economy. Die Wirtschaft wird nur negativ in Bezug auf fehlende Verantwortung bei der Umweltzerstörung genannt. Misereor sieht sie nicht als Akteur im Erarbeitungsprozess für Lösungsansätze an. Anders verhält es sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hier wird gerade die fehlende Einbindung in der Abschlussdeklaration bemängelt.

## **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist der größte deutsche Umweltverband. Er formulierte im Vorfeld der Rio+20-Konferenz sieben „Aufträge“, für die sich Bundesumweltminister Altmaier sowohl national als auch international einsetzen sollte. Hierzu zählen die Senkung des globalen Energieverbrauchs um 40 Prozent bis 2030, eine gentechnikfreie und nachhaltige Landwirtschaft, die Förderung des Schutzes von Biodiversität und natürlicher Ökosysteme, der Stopp der Überfischung und Vermüllung der Meere, keine Übernutzung und Verschmutzung des Grund- und Oberflächenwassers, freie Verfügbarkeit der Staaten über Wissen zu Umwelttechnologien und die Entwicklung einer neuen Definition gesellschaftlichen Wohlstands, die sich vom alten Wachstumsmodell löst.

Die Leiterin der Abteilung internationale Umweltpolitik beim BUND, Antje von Broock, mahnte während der Verhandlungsphase in Rio, das Konzept der Green Economy nicht zu einem „Greenwashing der alten Wirtschaftsformen“ verkommen zu lassen und damit einer nur dem „Etikett nach“ nachhaltigen Wirtschaftsweise Vorschub zu leisten. Von Broock sah durchaus Potenzial in der Green Economy, aber wies gleichzeitig darauf hin, dass dies keine Universallösung sei: „Keine Frage, Green Economy hat Potenziale, zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise beizutragen, sie wird jedoch ebenfalls an Grenzen stoßen“. Von Broock erneuerte auch die Forderung des BUND nach einer institutionellen Reform im Bereich Nachhaltigkeit auf UN-Ebene: „Sowohl das UN-Umweltprogramm UNEP wie auch das zentrale Nachhaltigkeitsgremium der UN müssen hinsichtlich Mittelausstattung und Mandat aufgewertet werden.“ Darüber hinaus soll ihrer Meinung nach das Prinzip Nachhaltigkeit für alle Politikbereiche auf UN-Ebene gelten. Die Staaten müssen sich zu mehr Transparenz, Rechenschaftspflichten und Verbindlichkeiten in den internationalen Verträgen und Vereinbarungen bekennen, einschließlich eines Überwachungsmechanismus im UN-System. Ergänzend zu den Millenniums-Entwicklungszielen braucht es globale sowie auf Länderebene fokussierte Nachhaltigkeitsziele. Weiterhin forderte der BUND eine globale Ausdehnung des Zugangs zur Gerichtsbarkeit in Umweltbelangen, wie es die Aarhus-Konvention bereits für Europa festschreibt, um Unternehmen auch länderübergreifend haftbar machen zu können.

Eine Förderung der nationalen und lokalen Nachhaltigkeitsbestrebungen sollte laut BUND auch durch die Beteiligung aller „Stakeholder-Gruppen“ gestärkt werden. Auf kommunaler Ebene sah der BUND vor allem die Verwaltung als zentralen Akteur in Sachen Nachhaltigkeit; sie sollte ihren Einfluss insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Gebäude nutzen.

Rückblickend kritisierte der BUND die Ergebnisse der Abschlussdeklaration grundlegend. Für den BUND war der Gipfel zu einer „reinen Alibi-Veranstaltung“ geworden, die keinerlei konstruktive Beiträge für die Zukunft hervorbrachte. Daher forderte der BUND, dass nun auf nationaler Ebene Druck

auf die Politik ausgeübt werden muss, um konstruktive Veränderungen zu starten. Vor allem profitiere die Wirtschaft von den Ergebnissen der Abschlussdeklaration: „Die Ergebnisse von Rio nützen der Fischfang- und der Holzindustrie, den Palmölfirmlen, den Profiteuren der fossilen Energieerzeugung und den Öl- und KohleKonzernen. Ein wirkungsvoller Klima-, Natur- und Ressourcenschutz ist auf der Strecke geblieben.“ In der Verantwortung werden vor allem die EU und Deutschland gesehen, die sich nicht genug für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt hätten.

Hubert Weigert, Vorsitzender des Bundes für Naturschutz in Bayern und des BUND, sah bei den Konferenzergebnissen lediglich Fortschritte in den Bereichen Ozonschichtschutz, Meeresverschmutzung, Trinkwasserzugang und Bleireduzierung in Kraftstoffen. Trotz aller Kritik sieht Weigert in solchen globalen Konferenzen durchaus das Potenzial, etwas verändern zu können. Dabei verwies er auf den Völkergipfel, die Alternativveranstaltung zur offiziellen Rio+20-Konferenz, der parallel stattfand.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch für den BUND politische Akteure auf allen Ebenen bedeutend für die Lösung der Nachhaltigkeitsfrage sind. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure wird vom BUND befürwortet, ohne darauf ein starkes Gewicht zulegen. Von der Politik fordert der BUND vor allem regulierend aktiv zu werden, um Umweltzerstörung einzudämmen und Nachhaltigkeit zu fördern. Bedeutend ist dies für den BUND vor allem auf internationaler Ebene im Rahmen der UN, sowie der supranationalen (EU) und nationalstaatlichen Ebene. Bei letzterer wird auch die kommunale Ebene angesprochen, wo explizit auf den Handlungsspielraum der Verwaltung verwiesen wird. Dieser kann laut BUND ebenfalls für nachhaltige Maßnahmen genutzt werden. Politische Regulierung stellt für den BUND das probate Interventionsinstrument dar. Die Wirtschaft wird insgesamt eher als Kontrahent betrachtet, der nicht eingebunden werden sollte, da seine Interessenlage konträr zum Nachhaltigkeitsgedanken steht. Das Green Economy-Konzept wird an sich zwar positiv gewertet, aber dabei immer wieder auf die Gefahren eines reinen Green Washings verwiesen, was der alten Wirtschaftsform lediglich einen „grünen Anstrich“ verpasst, ohne dabei wirklich nachhaltige Veränderungen zu bewirken.

## **Greenpeace**

Greenpeace ist eine internationale und unabhängige Umweltorganisation. Sie wurde vor allem durch Kampagnen gegen Kernwaffentests und Aktionen gegen den Walfang bekannt. Später konzentrierte sich die Organisation darüber hinaus auf weitere Themen wie Überfischung, die globale Erwärmung, die Zerstörung von Urwäldern und die Gentechnik. Im Vorfeld der Rio+20-Konferenz formulierte Greenpeace zwölf Forderungen für eine global nachhaltige Entwicklung. Diese beinhalten beispielsweise den „weltweiten Raubbau an der Natur zu stoppen“, das Konzept der Green Economy mit klaren Obergrenzen für Energie- und Ressourcenverbrauch zu verknüpfen, sich vom bisherigen Wachstums-

modell zu verabschieden, den „Lebensstil der Verschwendung zu beenden“, eine nachhaltige Entwicklung in der Green Economy nicht nur auf technologische Neuerungen zu beziehen, sondern auch Soziales mit berücksichtigen, eine strikte Finanzmarktregulierung einzuführen und umweltschädliche Subventionen abzubauen.

Rückblickend wertete Greenpeace die Rio+20-Konferenz als gescheitert. Maßgeblich hierfür waren die Blockadehaltungen der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie der USA und die schwache Verhandlungsmacht der EU und Deutschlands. Dabei trat auch die „alte Schwarz-Weiß-Teilung der Welt“ wieder zutage.

Aufgrund des Scheiterns der internationalen Politik setzt Greenpeace zukünftig auf das Engagement der Zivilgesellschaft, um die Politik unter neuen Handlungsdruck zu setzen. Greenpeace hofft, dass es so zu neuen, diesmal konstruktiven Verhandlungen kommen wird. Politik erscheint Greenpeace als das zentrale Aktionsfeld im globalen Nachhaltigkeitsprozess. Allerdings haben politische Akteure Entscheidungsmacht an die Wirtschaft verloren. Diese müsse zurückgewonnen werden. Dies ist besonders wichtig, weil politisch gesetzte Regulierungen und Interventionen als globale Lösungsansätze zu begreifen seien. Eine Konsequenz des politischen Scheiterns der Rio+20-Konferenz ist für Greenpeace, verstärkt auf das Engagement der Zivilgesellschaft zu bauen. Sie soll Druck auf die politischen Akteure ausüben und diese so zum konkreten Handeln zwingen.

## **Naturschutzbund Deutschland e. V.**

Der Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) ist eine deutsche nichtstaatliche Organisation, die sich vor allem konkreten Zielen des Naturschutzes im In- und Ausland zuwendet, etwa dem Schutz von Flüssen, von Wäldern oder einzelner Tierarten. Der NABU formulierte vor der Konferenz zentrale Forderungen, die aus seiner Sicht Gegenstand der Konferenz sein müssten. Insgesamt war es für den NABU notwendig, dass globale „Leitplanken“ für eine nachhaltige Entwicklung auf der Konferenz festgelegt werden, die allen Ländern die Richtung hin zu einem nachhaltigen Strukturwandel weisen, ohne dabei die jeweils nationale Entwicklung im Detail vorzuzeichnen. Die zentralen Forderungen des NABU für die Verhandlungen in Rio waren die Reform der UN-Institutionen, die Stärkung von „Sustainable Energy for All“-Initiativen, die Sicherung der Welternährung und einer nachhaltigen Landnutzung, Maßnahmen zur Ressourcenschonung und die Etablierung einer Zero Waste Economy, ein Entwaldungsstopp und der Meeresschutz.

Der NABU sieht aufgrund der unbefriedigenden Verhandlungsergebnisse der Rio+20-Konferenz zukünftig kaum Handlungs- und Entscheidungspotenzial auf internationaler Politikebene und richtet seine Erwartungen eher auf multilaterale Abkommen: „In Rio ist deutlich geworden, dass der internationale Verhandlungsprozess bei den existenziellen Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit und dem Schutz

von Umwelt und Klima nicht mehr funktioniert, wenn konkret etwas erreicht werden soll.“ Hinsichtlich der Green Economy forderte der NABU im Anschluss an die Rio+20-Konferenz einen „verbindlichen Rahmen“ und „konkrete Zeitpläne“, um die beschlossenen Ziele umzusetzen. NABU-Präsident Olaf Tschimpke sieht Deutschland dabei in der Pflicht, eine Vorreiterrolle einzunehmen: „Deutschland als Industrienation muss eine Vorbild- und Führungsfunktion für die Ausgestaltung einer ‚Green Economy‘ einnehmen.“

Der NABU hat bereits im Vorfeld der Rio+20-Konferenz einen konkreten Forderungskatalog aufgestellt, bei dem die internationale Politik die zentrale Rolle spielt. Das Scheitern der Konferenz verändert für den NABU den Fokus hinsichtlich der adressierten Politikebene, wenngleich die Politik aber als entscheidender Akteur für den NABU erhalten bleibt. Vor allem die zwischenstaatliche Ebene wird nach der Konferenz für den NABU zur wichtigsten Handlungs- und Umsetzungsebene der Lösungsansätze. Die nationale Ebene findet nur insofern Erwähnung als dass eine mögliche Vorbildfunktion einzelner Länder positive Effekte auf die globale Nachhaltigkeitsentwicklung hat. Die Green Economy wird als eine mögliche Lösung akzeptiert, bedarf aber einer stärkeren Konkretisierung der Inhalte sowie regulierender Beschlüsse.

## **Naturfreunde**

„Naturfreunde“ ist eine international tätige Umwelt-, Kultur-, Freizeit- und Touristikorganisation. Die Wurzeln der Naturfreunde liegen in der Arbeiterbewegung im späten 19. Jahrhundert. Sie verstehen sich als „Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur“. Anlässlich des Weltumwelttages im Vorfeld der Rio+20-Konferenz kritisierten die Naturfreunde eine passive Haltung der Politik bei der Ausgestaltung des Konzepts der Green Economy. Aus ihrer Sicht wälzen Politiker momentan die Verantwortung zur ausgewogenen Gestaltung und Konkretisierung des Green Economy-Konzeptes zu stark auf die Wirtschaft ab, die das nicht erfüllen kann und sollte. Dies sei so auf nationaler, aber auch internationaler Ebene, denn die UN setze zu große Erwartungen in die Handlungsfähigkeit und -willigkeit der Privatwirtschaft. Die Naturfreunde warnten davor, weil eine solche Delegation eine Gefahr für die Demokratie darstelle: „Diese Verantwortung [des Green Economy Konzepts] darf und kann nicht einfach an ‚die Wirtschaft‘ delegiert werden [...] Das Versagen der Politik gefährdet unsere Demokratie.“ Sie appellierten daher an die Politiker dieser Verantwortung in Rio angemessen nachzukommen.

Im Rückblick schätzten die Naturfreunde die Rio+20-Konferenz als gescheitert ein: „Der Erdgipfel Rio+20 war ein Gipfel der Verantwortungslosigkeit, eine Verschwendung von Geld, eine Belastung der Umwelt und ein Beitrag zur Enttäuschung“. Insgesamt habe die internationale Politik seit dem Rio-Gipfel 1992 keine Fortschritte im Bereich Nachhaltigkeit erzielen können. Vor allem die Industrieländer

werden hierfür verantwortlich gemacht: Sie haben „in den letzten 20 Jahren ihre Chancen leichtfertig vertan“.

Für die Naturfreunde ist die Politik die wichtigste Gestalterin der globalen nachhaltigen Entwicklung, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Die Wirtschaft darf aus Sicht der Naturfreunde diese Rolle nicht übernehmen und besitzt hier auch nicht die entsprechenden Kompetenzen. Eine besondere Brisanz bekommt eine solche Aufgabendelegation für die Naturfreunde vor allem beim Ausgestalten der Green Economy. Hier wird von ihnen sogar eine Gefahr für die Demokratie als solche gesehen.

## **World Wide Fund for Nature (WWF)**

Der WWF, der „World Wide Fund for Nature“, ist eine der größten internationalen Naturschutzorganisationen der Welt. Der WWF kritisierte im Vorfeld der Konferenz den vorläufigen Entwurf der Verhandlungsziele für Rio+20 als „zwar mit guten Ansätzen versehen, aber zu wenig ambitioniert.“ Es wurde die Forderung nach klaren Handlungsoptionen, besonders im Bereich Green Economy, gestellt, die ebenfalls in der Abschlussdeklaration ihren Platz finden sollen. Ebenso wurde die Forderung nach „neuen messbaren, ambitionierten und glaubhaften“ Nachhaltigkeitszielen formuliert.

Im Rückblick auf die Rio+20-Konferenz schätzte Alois Vedder, Leiter im Politikbereich beim WWF Deutschland, ein: „Das Ergebnis ist Lichtjahre entfernt von dem, was die Erde und die Menschheit braucht“. Aus Sicht des WWF war es vor allem der Untätigkeit der Industrienationen geschuldet, dass die Konferenzergebnisse insgesamt wenig verbindlich geblieben sind. Die Industrieländer hatten den Entwicklungs- und Schwellenländern, insbesondere der G77, nichts entgegenzusetzen, sodass diese die Abschlussdeklaration in ihrem Sinne aufweichen konnten. Die EU habe ihre Vorreiterrolle im Bereich Nachhaltigkeit verloren und mache sich zudem in den Verhandlungen unglaubwürdig, da sie etwa an den EU-Agrarsubventionen festhielt und daher nur „Lippenbekenntnisse zur Nachhaltigkeit“ lieferte. Aus diesem Grund appellierte der WWF an die Bundesregierung auf EU-Ebene „mehr Flagge zu zeigen“ und dort konkrete Reformen anzustrengen.

Auch für den WWF steht die Politik im Fokus der Betrachtung. Auf der internationalen Ebene ist sie zwar aus der Sicht des WWF gescheitert, aber verliert dadurch dennoch nicht an Relevanz für die globale nachhaltige Entwicklung. Stattdessen fordert der WWF gerade von der Bundesregierung mehr Engagement auf der supranationalen Ebene der EU – auch um langfristig das Verhandlungsgewicht bei solchen internationalen Konferenzen wieder zu stärken. Wie viele andere Verbände lehnt auch der WWF das Green Economy-Konzept nicht per se ab, fordert aber dessen stärkere inhaltliche Konkretisierung.



## **Zusammenfassung**

Die Rio+20-Konferenz wurde von allen Beteiligten im Nachhinein als gescheitert angesehen. Dem allgemeinen Konsens nach sind die Beschlüsse der Abschlussdeklaration zu wenig konkret. So meldeten alle Parteien und Verbände einen Bedarf inhaltlicher Ausgestaltung dieser Beschlüsse in naher Zukunft an. Dabei sind Unterschiede hinsichtlich der Präsentation der Konferenzergebnisse in den Pressemitteilungen festzustellen. Die Regierungsparteien FDP und CDU stellten durchweg die positiven Seiten der Beschlüsse heraus. Von einem Scheitern wird bei beiden Parteien nicht direkt gesprochen. Vermutlich wird dies vermieden, da FDP und CDU als Führung der deutschen Delegation mit verantwortlich für die Konferenzergebnisse gemacht werden. Eine entsprechende Äußerung könnte als Selbstkritik verstanden werden. Offene Kritik wird von beiden nur am Verhandlungsverlauf und den Verhandlungspartnern geübt. Damit wird auf die Konstellationen bei den Verhandlungen hingewiesen, der man trotz gutem Willen nur wenig entgegen setzen konnte. Die Oppositionsparteien und auch die Verbände üben im Gegensatz dazu ganz klare Kritik an der Abschlussdeklaration. Die Einschätzungen variieren dabei nur wenig.

Für die Parteien sind solche internationalen Konferenzen trotz der aktuellen Ergebnisse nicht grundsätzlich ein Auslaufmodell. Beschlüsse auf internationaler Ebene werden immer noch als notwendig erachtet. Die Kritik am Verhandlungsverlauf zielt auch darauf ab, dass dieser bei zukünftigen Konferenzen dieser Art verbessert wird. Lediglich der WBGU setzt für die Zukunft nicht mehr auf das Modell internationaler Konferenzen. Bei den Verbänden werden internationale Konferenzen dieser Art ebenfalls nicht grundsätzlich abgelehnt, aber das Scheitern von Rio+20 führte hier zu einer Fokusverschiebung auf andere Politikebenen. Das Scheitern der internationalen Politik bei Rio+20 führte bei allen Betrachteten dazu, den Handlungsschwerpunkt für nachhaltige Maßnahmen von der internationalen Politikebene auf die darunterliegenden zu verschieben. Hierbei sticht vor allem die nationale Ebene heraus, die von allen Akteuren als besonders wichtig herausgestellt wird. Da ebenfalls allen Betrachteten bewusst ist, dass ein nachhaltiger Wandel auch global angegangen werden muss, wird daneben die multilaterale Ebene für Nachhaltigkeits- und Umweltabkommen betont. Sowohl in der Politik als auch von den Verbänden wird, mehr oder weniger stark ausgeprägt, die Bedeutung der kommunalen Ebene unterstrichen, die nach Meinung der Akteure ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur weltweiten nachhaltigen Entwicklung leisten kann.

Trotz des Versagens der Politik auf der Rio+20-Konferenz nimmt sie für alle Beteiligten nach wie vor eine zentrale Stellung in Sachen Nachhaltigkeit ein. Die Einbindung anderer Akteure wie der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wird ebenfalls von allen als notwendig für das Gelingen eines nachhaltigen Wandels erachtet. Allerdings gehen hier die Positionen deutlicher auseinander: Für FDP und CDU übernimmt die Politik klar eine koordinierende Funktion. Sie soll lediglich Kooperationsstrukturen

schaffen, die dann von den anderen Akteuren aktiv genutzt werden. Besonders die Wirtschaft steht dabei im Fokus der beiden Parteien. Anders verhält es sich mit den Oppositionsparteien und den Verbänden. Sie sehen die Politik auf allen Ebenen ganz klar als Gestalterin des Nachhaltigkeitsprozesses. Dabei setzen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und vor allem die Umweltverbände auf die Implementation regulierender Maßnahmen. Die SPD betont daneben noch stärker die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch das Setzen finanzieller Anreize über Steuer- und Subventionspolitik.

Die Green Economy als Lösungsinstrument wird von allen Betrachteten mit Ausnahme der LINKEN nicht grundsätzlich abgelehnt. Die LINKE sperrt sich gegen das Konzept, weil es aus ihrer Sicht keine wirkliche Reform der Wirtschaftsweise beinhaltet. FDP und CDU sehen in dem Konzept die zentrale Lösung und fokussieren daher auch mit ihrer Politikidee von „Koordination und Kooperation“ auf die Wirtschaft, die den Kern des Green Economy-Konzepts bildet. Die übrigen Oppositionsparteien und auch die Verbände sehen das positive Potenzial des Konzepts, bemängeln aber die ungenügende Gewichtung von sozialen und ökologischen Komponenten gegenüber den wirtschaftlichen. Auch wird von ihnen immer wieder aufgezeigt, dass die Umsetzung des Konzepts strukturelle Marktveränderungen mit sich bringen muss, um wirklich nachhaltig zu wirken. Gerade die Verbände sehen die Gefahr eines Green Washings der klassischen Wirtschaftsweise durch mangelhafte Reformen der Green Economy, was die grundlegende Problematik nicht auflösen würde.

## **5 Das Ende einer globalen Umweltkonferenz als Beginn einer umweltpolitischen Pragmatik**

Die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 war ein politisches Ereignis mit globaler Bedeutung. Dieses Ereignis aber fand für die Öffentlichkeit, also all jene, die nicht an der Konferenz oder dem Alternativgipfel beteiligt waren nur in seiner medialen Präsentation statt. Die Konferenz selbst war als solche darauf nicht angewiesen, ihre Beschlüsse konnten ohne mediale Beobachtung gefasst werden. Doch war die mediale Beobachtung zugleich unverzichtbar, denn erst die mediale Inszenierung für ein weltweites Publikum versorgte die Konferenz mit der beanspruchten globalen Bedeutung.

Dabei aber ist die mediale Inszenierung auf Neuigkeitswerte angewiesen. Für die Umweltkonferenz Rio+20 kann der Neuigkeitswert aber gerade nicht mehr als gegeben angenommen werden. Thema und Form der Konferenz sind durch die Vielzahl ähnlicher Veranstaltungen über zwanzig Jahre hinweg normalisiert worden. Auf diese Art zur Routine geworden, können globale Umweltkonferenzen nur noch schwerlich einen Neuigkeitswert behaupten. Als globale Konferenzen sind sie auch formal in ihrer behaupteten Reichweite nicht mehr zu steigern.

Als globale Umweltkonferenz hatte Rio+20 nur ein geringes Potenzial, die Aufmerksamkeit eines breiten Publikums zu binden. Das wurde durch die ausgewählten Ergebnisse der Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2012 und auch in Gruppendiskussionen zum selben Thema belegt. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, wie die für die internationale Umweltpolitik ohne Zweifel bedeutende Konferenz beim Publikum Wirkung entfalten konnte. Hierzu wurden die folgenden konkreten Fragen untersucht: Wie wurde der sachliche Gegenstand der Konferenz aufbereitet? Wer wurde durch die Berichte in welche Weise angesprochen? Lässt sich davon ein Aktivierungspotenzial für das Publikum ableiten, dass die gebundene Aufmerksamkeit in Engagement transformiert? Welche sachlichen Bezüge werden für das Engagement angesprochen, dargestellt und vorgeschlagen?

Diese Reihe von Fragen leitete die Analyse der Beiträge zur Rio+20-Konferenz in ausgewählten deutschen Tageszeitungen, einer Wochenzeitung und einer Zeitschrift an. Die im Anschluss damit kontrastierten Pressemitteilungen deutscher Parteien und von Umweltverbänden lassen einerseits Schlüsse auf die mediale Konsistenz der Darstellung des Ereignisses zu, andererseits lässt sich vergleichen, welche Akteursgruppen von der Politik hinsichtlich ihres Engagements für Umweltbelange angesprochen werden. Welche Probleme werden benannt und welchen Lösungen gegenüber gestellt? Welche Akteure spielen für die Lösungen aus politischer Sicht tatsächlich eine Rolle?

Die *Aktualität des Ereignisses* im Sinne einer Relevanz für die Gegenwart wurde auf zweierlei Art für die Rio+20-Konferenz erzeugt, die beide maßgeblich für die spätere Rezeption waren. Zum einen setzten früh und ohne eine allzu enge Bindung an das kommende Ereignis Beiträge ein, die aktuelle Ereignisse und Themen mit der Konferenzen verbanden, indem sie diese als Anlässe für die Berichte nutzten oder die Bedeutung ihrer präsentierten Themen mit Bezug auf die Konferenz unter Beweis stellten. Beiträge die locker im Bezug zu *aktuellen Themen* wie Energiewende, Energieeffizienz oder Mobilität gruppiert wurden sind hier besonders zu nennen. Daneben wiesen andere Beiträge Bezüge zum *Alltag* des Publikums auf, wie das Schülerprojekt am Bauzaun in Berlin. Zum anderen wurde die Aktualität, besonders kurz vor Beginn der Konferenz, mit den Bilanzierungen erzeugt. Das Sujet der *Katastrophe und Krise* wurde dazu durchgängig bedient. Die Beiträge schilderten dazu den aktuellen Zustand der ökologischen Leitprobleme im Vergleich mit der Lage vor zwanzig Jahren. Diese waren schon Anlass für die erste globale Nachhaltigkeitskonferenz in Rio de Janeiro 1992 und führte zu den Beschlüssen für nachhaltige Entwicklung, Biodiversität, Klimaschutz und vor allem die Agenda 21. Nach zwei Jahrzehnten aber muss man einsehen, dass die mit den Beschlüssen avisierten Umweltprobleme sich verschärft haben. Zuerst waren die Umweltthemen und die Beschlüsse zu komplex und unpräzise, als dass sie Verbindlichkeit entfalten konnten. Ausflüchte, Schlupflöcher und halbe Lösungen waren die Folge. Außerdem habe sich die politische Weltlage in einer Art verändert, die weit weniger günstig für die Lösung

der Umweltprobleme sei. Die die erstarkten Entwicklungsländer folgten einer westlichen Marktlogik, die zu Wohlstand führt, aber zulasten der Umwelt geht. Der Raubbau an allen Umweltressourcen nimmt zu, die Klimaziele werden nicht erreicht. Selbst Europa und für das Publikum besonders von Interesse Deutschland schneiden im Vergleich nicht immer gut ab. Die Industrieländer zumal litten unter der Wirtschafts- und Finanzkrise. Angesichts dieser teilweise dramatischen Schilderungen ist der Bedarf nach einer erneuter globalen UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung beinahe selbstevident.

Dieser Bedarf aber trifft dabei auf eine *Stimmung*, die mindestens vom aufmerksamen Publikum erwartet wird: Statt optimistischer Aufbruchsstimmung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des kalten Krieges macht sich Resignation, Desillusionierung und Hoffnungslosigkeit breit. Auf diese Weise wird das Publikum auf zweierlei Weise aus seiner Desinteressiertheit gerissen. Die Normalisierung wird durch die Katastrophe suspendiert, die begründete Hoffnungslosigkeit de-sensibilisiert indem sie zum Thema wird.

Im Anschluss daran wurden die *Erwartungen* entlang der Aufgabenschilderung der Rio+20-Konferenz reduziert. Das Programm mit seinen wichtigsten Punkten erschien so von Anfang an vor allem als ein erneuter Aufbruchsversuch, von dem man sich angesichts der Erfahrungen und der aktuellen Umstände nicht zu viel versprechen dürfte. Im Mittelpunkt der Schilderung der Aufgabenstellungen standen das Konzept der Green Economy, die zuerst auch als grüne Wirtschaft eingeführt wurde und die Unep-Aufwertung. Beide wurden entsprechend den bilanzierend gedämpften Erwartungen mit ambivalenter Skepsis begegnet. Die Ambivalenz bezog sich beim Green Economy-Konzept auf dessen marktbezogener Orientierung. Einerseits wurde dies als Chance begrüßt und die führende ökonomische Position Deutschlands herausgestrichen. Andererseits war diese Orientierung Anlass für den Zweifel an der ökologischen Wirksamkeit des Konzeptes. Diese Zweifel verstärkten sich als der Entwurf der Vorverhandlungen vorfristig zum Abschlussdokument erklärt wurde. Neben den fehlenden, reduzierten und abgemilderten Beschlusspunkten erschien nun auch das Green Economy-Konzept zu unkonkret formuliert. Jetzt wurden auch Hinweise darauf laut, dass dieses Konzept als Leitbild anstelle der Nachhaltigkeit treten soll, die aber schon an derselben Vagheit krankte.

Diese Vagheit und die Marktorientierung veranlasste erste Kommentare zum Zusammenhang der *Resistenz marktorientierter Wachstumsideologie* und dem dadurch forcierten Ressourcenverbrauch sowie der Ablehnung von Wachstumsbeschränkung. Spätere Kommentare nach dem Ende der Konferenz ergänzten diese Perspektive noch um den ausgeweiteten Konsum, der einerseits als Wohlstandsindikator zu begrüßen sei, andererseits aber das ressourcenverschwenderische Wachstum forcieren. Erst hier wird implizit das Alltagsverhalten des Publikums angesprochen. Doch bleibt dies weitestgehend unkonkret. Nur ein Beitrag forderte dazu auf, den Fleischkonsum einzuschränken. Viele weitere entwicklungspolitische

Themen wie etwa der Streit um die reproduktiven Rechte von Frauen wurden aber in den printmedia-  
len Berichten und Pressemitteilungen kaum oder gar nicht erwähnt.

Von der Kritik der Wachstumsorientierung aus erweiterte sich die abschließende Reflexion zu einer *Dis-  
kussion* zwischen Effizienz- und Suffizienzorientierungen. Die Argumentationen aber verliefen nicht  
klar getrennt zwischen diesen Polen. Die Effizienz war in der Kritik verknüpft mit dem Profitstreben,  
welches einer kapitalistischen Wirtschaftsweise eingeschrieben sei. Außerdem wurde dabei das Ziel der  
Aufrechterhaltung des machtpolitischen Status quo durch wirtschaftliche Überlegenheit unterstellt. Der  
deshalb geforderte Regimewechsel aber wurde nirgends aufgeführt. Insofern blieb diese Kritik zahnlos,  
sogar bei der zu erwartenden Pressemitteilung der LINKEN. Es waren keine konkreten Ausführungen  
zur Alternative der, die Umweltressourcen ruinierenden Wirtschaftsweise zu finden. Effizienz als Argu-  
ment für die Green Economy hingegen wurde vor allem mit dem in Deutschland populären Thema  
Energiewende verknüpft. Das Sparen von Energie und die Erzeugung erneuerbarer Energie wurden  
hier als wichtigste Elemente vorgestellt, mit denen gerade am Beginn des Berichtszeitraums locker an  
den alltäglichen Belangen des Publikums angeknüpft wurde. Auch wurde das Publikum hier als Kollektiv  
deutscher Staatsbürger angesprochen, wenn die Vorbildrolle Deutschland anhand der Energiewende  
herausgestrichen wurde. Auf diese Weise konnte Effizienz mit dem an Nachhaltigkeit erinnernden Ge-  
danken des schonenden Umgangs mit der Umwelt und dem Wohlstand verknüpft werden. Die Suffizi-  
enz wurde primär als Einschränkung des Konsums thematisiert. Nur wenige konkrete Beispiele fanden  
sich, an denen sich die Alltagserfahrungen des Publikums halten konnte. Diese Beispiele aber wurden  
als Möglichkeiten von Engagement und Partizipation präsentiert, die die kapitalistische Wirtschaftswei-  
se selbst aus der Nische heraus schon unterminierten. Meistens blieb die Forderung aber nach der Suf-  
fizienz mit dem Hinweis auf den zu starken, unökologischen Konsums abstrakt. Die Notwendigkeit der  
Suffizienz, deren Heraustreten aus der Nische und die Anknüpfung an die Effizienzorientierung der  
Ökonomie wurden seltener thematisiert, zeigten aber den komplexen Zusammenhang dieser Aufgabe  
auf und enthielt sich der üblichen Schuldzuweisungen.

Andere gerieten dafür in den Blick, nämlich die Schuldzuweisungen an die *Akteure*. Dabei wurden vor-  
nehmlich Länder und Ländergruppen genannt. Schon bei der Bilanz wurden sie meistens in ihrem Ver-  
sagen beschrieben, so auch vor allem Brasilien, das aber auch als Beispiel für den Wandel der Schwel-  
lenländer ohne Rücksicht auf die Umweltbelange gelten konnte. Letztlich erschienen die meisten Ak-  
teursgruppen als Gefangen in ihren Interessen, die sich nicht von den akuten Umweltproblemen oder  
notwendigen Beschlüssen leiten ließen. Demgegenüber erschienen die Umweltverbände und auch Ein-  
zelpersonen meistens hilflos. Die interviewten Teilnehmer bis hin zum deutschen Umweltminister, die  
Umweltverbände und deren alternativer Gipfel in Rio – sie alle waren machtlos gegenüber den Interes-  
sensverbänden der anderen Staaten. Hier wurde während der Konferenzphase auch Deutschland und

sogar die EU eingereicht. Insbesondere die Pressemitteilungen der Regierungsparteien bedienten diese Zuordnung, wenn auch sie, wenigstens implizit, das Scheitern der Rio+20-Konferenz erwähnten.

Die abschließenden Kommentare in den Printmedien beschrieben die Konferenz im Verlauf und im Ergebnis als *Scheitern* der Hoffnung. Die wenigen beschlossenen Punkte reichten angesichts der bei dieser Gelegenheit nochmals erinnerten globalen Umweltprobleme nicht aus. Dabei hätten die Printmedien sich in ihren skeptischen Prognosen im Grunde bestätigt sehen können. Allenthalben wurde stattdessen die Frage laut, ob solche Tagungen den verhandelten Problemen angemessen sind. Die aus der Komplexität der Umweltprobleme erwachsene Überambitioniertheit, die mageren Ergebnisse und das Versagen interessenbezogener Politik wurden als Zeichen dafür verstanden, dass die Form an ihr Ende gekommen war. Diese Einsicht resultierte daraus, dass die Erwartung geringer Ergebnisse nochmals unterboten wurde. Geradezu schockiert wirkten die Vertreter der Umweltverbände in den Zitaten der Printmedien. Solche Zweifel finden sich auch in den Pressemitteilungen – aber nur eben der Verbände und der Oppositionsparteien.

Lediglich in den wiederholt vorgebrachten fatalistischen Hinweisen auf die Bedeutung internationaler Vereinbarungen ließ sich noch ein Sinn der Konferenz erkennen. Darin stimmten auch die Regierungsparteien überein. Deren Stimmen in den Printmedien wie auch in ihren eigenen Pressemitteilungen aber war von einem eigentümlichen behauptenden „Trotzdem“, von einem noch ausgeprägten *Zweckoptimismus* gekennzeichnet. Aber auch die Verbände und die Oppositionsparteien bedienten sich nach der grundsätzlichen Kritik dessen, wenn sie die Sinnhaftigkeit internationaler Konferenzen als umweltpolitischen Probleminkubator und als Rahmung einerseits und die auch ohne globale Vereinbarungen ablaufende Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft andererseits behaupteten. Übereinstimmend erkennen die Parteien und Verbände Lösungen auf untergeordneten Ebenen. Von lokalen und multinationalen, kommunalen und staatlichen Vereinbarungen und Initiativen ist die Rede. Die Regierungsparteien gingen in ihren durch die Printmedien wie auch durch die Pressemitteilungen veröffentlichten Stellungnahmen darüber hinaus. Sie betonten den Vorteil partikularer Lösungen, indem rücksichtsloser bei der Lösung von Umweltproblemen vorangeschritten werden kann, weil man die Zauderer und Bedenkensträger nicht beachtet, sondern diese durch den eigenen Erfolg zum Anschluss zwingt. Damit zeichnet sich eine Marktlogik ab, die auf Partikularlösungen durch Kooperation und in Konkurrenz setzt. Dies wurde schon zuvor von den marktkritischen Kommentatoren in den Printmedien befürchtet. Doch ohne Alternative muss sich eine zweckoptimistische Lösung behaupten, die hinter der Einsicht notwendiger gemeinsamer Lösungen für die eine Welt zurückbleibt. Jedoch erscheint auch bei der Lösung der globalen Umweltprobleme der Spatz in der Hand die bessere Option zu sein als die Taube auf dem Dach.

Für das *Publikum* hatten sich die Berichte am Ende weit von ihren unmittelbaren Belangen entfernt. Als Partner der Politik wurde im Rahmen der Green Economy vor allem die Industrie vorgestellt. Einzig die behauptete Führungsposition der deutschen Wirtschaft bei den Umwelttechnologien kann patriotische Reminiszenzen aktivieren, doch bleiben auch diese unkonkret. Effizienz und Suffizienz erscheinen beide als Optionen des Sparens. Effizienz bezieht sich dabei auf das Sparen von Energie, was unmittelbar an ein monetäres Sparinteresse anknüpft. Dabei werden die technischen Lösungen für Umweltprobleme betont. Doch fehlt hier nie der Hinweis, dass gleichzeitig Lebens- und Konsumweisen verändert werden müssten. Welche dies sein könnten, wird durch die Appelle zur Suffizienz deutlicher, die dann allerdings eher reformistisch ihrem revolutionären Anspruch zum Umsturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems entsagen: Tauschen und Teilen sowie eine längere Nutzung werden als alternative Alltagspraktiken empfohlen. Der Verzicht auf Konsummöglichkeiten aber als radikale Variante bleibt nie unkommentiert ihres nur per Diktat durchzusetzenden Charakters. So gerät dann letztlich sogar die Frage nach der Gestaltung der Gesellschaft zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit in den Blick.

## 6 Literatur

- Bohnsack, Ralf (1997): Dokumentarische Methode. In: Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske+Budrich: 191-212.
- Bohnsack, Ralf (2010): Dokumentarische Methode und Typenbildung – Bezüge zur Systemtheorie. In: John, René; Henkel, Anna; Rückert-John, Jana (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wiesbaden: VS: 291-320.
- John, René (2012): Umwelt als Problem. Gruppendiskussionen zur Relevanz der Umweltthematik im Alltag. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 9. Berlin: Institut für Sozialinnovation [<http://www.isinova.org/images/literatur/BzS9.pdf>, 6. April 2013].
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt: 468-475.
- BMU/UBA (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.



## Beiträge zur Sozialinnovation (ISSN 1610-7152)

Bisher erschienen:

- |       |  |  |
|-------|--|--|
| Nr.1  | René John  | Innovation im evolutionären Wandel   |
| Nr.2  | Ralf Wetzel  | Gesichter einer Innovation. Disparate Deskription eines sozialpolitischen Instruments und ihre Einsichten                                |
| Nr.3  | Tino Vordank und Kristin Klages  | Messung der Arbeitszufriedenheit bei einem Engineering-Dienstleister der Automobilbranche. Methodische Überlegungen und Befragungsdesign |
| Nr.4  | René John und Jens Aderhold  | Neuheit als Problem der Gesellschaft. Zur Bedeutung eines problematisierenden Selbstverständnisses einer Wissenschaft                    |
| Nr.5  | Jens Aderhold und Florian Döring   | Corruption revisited. Zur Unvermeidbarkeit sozialer 'Verschmutzungseffekte'  |
| Nr.6  | Jens Aderhold (Hg.)  | Eliten und ihre Bedeutung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen   |
| Nr.7  | Inka Bormann, René John, Jana Rückert-John   | Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft  |
| Nr.8  | René John  | Innovativität der Alltagsroutinen – Stabilität, Veränderung und Umweltaffinität  |
| Nr.9  | René John  | Umwelt als Problem. Gruppendiskussionen zur Relevanz der Umweltthematik im Alltag  |
| Nr.10 | Jana Rückert-John  | Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung aus Expertensicht: Probleme und Lösungen  |
| Nr.11 | Jana Rückert-John, Melanie Jaeger-Erben, Martina Schäfer, Jens Aderhold, René John | Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Kriterien zur Analyse und Systematisierung   |
| Nr.12 | Götz Richter, René John, Edelgard Kutzner  | The sustainability of a social innovation in work relations: a diversity management tool. Barriers and opportunities for its diffusion   |

Zu beziehen über [www.isinova.org](http://www.isinova.org).